Technik und Wirtschaft

Herausgeber: Dr.-Ing. Otto Bredt und Dr. Georg Freitag / VDI-Verlag GmbH, Berlin NW 7

27. Jahrgang

Februar1934 Heft

Ständischer Aufbau und Kartellierung

Von Reg.-Rat a. D. RUDOLF OTT, Bunzlau

Die Kartellfrage nimmt nach wie vor im Rahmen unserr Wirtschaftspolitik einen bevorzugten Platz ein. Wir setzen mit diesem Aufsatz unsre bereits in früheren Heften durchgeführte Aussprache über dieses wichtige Problem fort. Die Ausführungen von Reg.-Rat a. D. R. Ott sind u. E. vor allem deshalb beachtenswert, weil sie sich auf die Meinungen einer Reihe führender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens stützen.

Die vom Reichswirtschaftsministerium herausgegebenen Wirtschaftsnachrichten enthalten unter der Überschrift: "Unternehmertum" eine Äußerung des Gauwirtschaftsberaters für Westfalen-Süd, welche in dem hin und her wogenden Kampf der Meinungen um die Licht- und Schattenseiten der Kartelle und den Standpunkt, welchen die Regierung angeblich zu dieser Grundfrage unsrer künftigen Wirtschaftsgestaltung einnimmt, einen erfreulichen Anhaltspunkt dafür gibt, daß die Regierung durchaus nicht das Heil in der möglichst umfassenden Kartellierung unsrer deutschen Industrie auf dem Zwangswege erblickt. Die Äußerung besagt:

"Die Voraussetzung zur Verwertung der technischen Leistungskraft sei das Kalkulieren und ein gesunder kaufmännischer Geist überhaupt. Der heutigen Unternehmergeneration mangele es einfach an kaufmännischer Kinderstube. Der Nationalsozialismus habe den Unternehmer in seine angestammten Rechte wieder eingesetzt, aber dieser wolle sie gar nicht, er zeige vielmehr eine überraschende Sehnsucht nach dem vergangenen System, belagere die Vorzimmer der Berliner Ministerien und erbettele von der Bürokratie Hilfe gegen den Konkurrenten. Die deutsche Wirtschaft habe sich offenbar daran gewöhnt, auf den Krücken der Staatshilfe zu gehen. Das Kapitel Fachschaften sei traurig. Anstatt daraus ein Sammelbecken zur Förderung der freien Initiative zu machen, sei das Gegenteil daraus geworden. In der primitivsten Weise hätte man Richtpreise festgesetzt, Preiserhöhungen beschlossen und die Branchen in ein starres System gezwängt. An der Wiege der deutschen Industrie hätten einst nicht Syndikate und Quoten, diese Spielart moderner Industrieversicherung, gestanden, sondern Sorgen und Blut. Man müsse wieder auf die Tradition eines Alfred Krupp zurückgreifen, der 25 Jahre um den Erfolg gerungen habe."

Diese nach Inhalt und Ursprung höchst beachtliche Äußerung steht jedenfalls im schärfsten Gegensatz zu dem Standpunkt, wie er mit unermüdlichem Eifer immer wic-

der in der Presse von den Befürwortern der Kartellbewegung vertreten wird, wonach die Kartelle unentbehrlich seien für die Beruhigung der Märkte und die Festigung der Wirtschaftszweige gegen die unterminierende Tätigkeit der Außenseiter, "welche in ungezügeltem kapitalistischen Wettbewerb durch Preisunterbietungen Privatgewinne in ihre Taschen schaufeln und sich als Schmarotzer von den Opfern mästen, die die Kartellmitglieder ihren Organisationen bringen" (so zu lesen in einer angesehenen Wirtschaftszeitung!).

Gegen das Überwuchern der Kartellbestrebungen

Im Anschluß hieran sei ferner die Tatsache erwähnt, daß der Staatssekretär im Bayrischen Wirtschaftsministerium, Stocker, am 23. Oktober v. J. vor der Bayrischen Wirtschaftspresse in sehr entschiedener Weise gegen das Überwuchern der Kartellbestrebungen Stellung genommen hat, indem er u. a. ausführte:

"Mit dem Grundsatz der freien Wirtschaft läßt es sich aber auch nicht vereinbaren, wenn heute zahlreiche Wirtschaftsgruppen danach trachten, ihren Wirtschaftszweig durch Zwangskartelle zusammengeschlossen zu sehen. Letzten Endes sind die Kartellierungen ja doch fast immer durch den Wunsch nach Festsetzung nicht nur für alle Angehörigen des Berufszweiges verbindlicher, sondern auch höherer Preise veranlaßt. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich derartigen Zusammenschlußbestrebungen mit der größten Sorge entgegensehe. Wenn sich alle Wirtschaftszweige gegen das Erstehen neuer Konkurrenzbetriebe abschließen, wenn sie durch Preisbindungen den freien Wettbewerb vollkommen ausschalten wollen, so unterbinden sie damit die private Initiative, die als notwendige Voraussetzung für die Entwicklung der großen wirtschaftlichen Möglichkeiten, die in Deutschland an sich vorhanden sind, unbedingt erhalten bleiben muß.

Eine Ausdehnung der Kartellierung müßte zwangsläufig dazu führen, daß der Staat die Tätigkeit dieser Zusammenschlüsse genauestens überwacht und kontrolliert, und daß wir immer mehr in eine Planwirtschaft hineinsteuern, die für die deutsche Wirtschaft im deutschen Wirtschaftsraum nicht paßt. Alle Kreise der Wirtschaft müssen die Regierung tatkräftig in ihrem Bemühen unterstützen, alle Sonderbestrebungen hintanzusetzen und sich einzig und allein von dem Geist der unbedingten Volksgemeinschaft leiten zu lassen. Gerade die mittelständische Wirtschaft hat allen Anlaß, den Wünschen auf Zusammenlegung von Betrieben und auf Stillegung wenig rentierlicher Betriebe mit größter Besorgnis zu begegnen. Der nationalsozialistische Staat muß sich in erster Linie vor die kleineren und mittleren Betriebe stellen, die seines Schutzes gegenüber der Übermacht des Leihkapitals am meisten bedürfen."

Ich habe in meiner Arbeit "Die Stellung des Konzernund Kartellwesens im nationalen Staat" 1) auf die vielen Schattenseiten der Kartelle mit ziemlicher Schärfe, die in der Kritik mehrfach als Mangel an Unparteilichkeit aufgefaßt wurde, hingewiesen. Ich hielt aber diese Entschiedenheit der Tonart für notwendig, weil die Presse bisher ganz überwiegend für die Kartelle Stellung genommen und dabei die Stellung der kartellfreien Industrie vielfach heruntergesetzt hat. Ferner wurde bemängelt, daß ich die bei dem einen oder dem andern Kartell vielleicht vorgekommenen Mißstände unzulässigerweise verallgemeinert habe, und daß ich mich in der Stellung der Regierung zur Kartellfrage geirrt habe, die im wesentlichen kartellfreundlich sei. Anderseits ist mir gerade in der nationalsozialistischen Presse sehr viel Zustimmung zu meinem Standpunkt entgegengebracht worden.

Was den Standpunkt der Regierung betrifft, so kann ich mich auf die oben wiedergegebenen zwei Verlautbarungen berufen, ganz abgesehen davon, daß Anträge auf Zwangskartellierung von großer Bedeutung, die mit großer Zuversicht vorgebracht worden waren, im letzten Vierteljahr glatt abgelehnt worden sind.

Mißstände im Kartellwesen

Bezüglich der ungerechtfertigten Verallgemeinerung von Mißständen kann ich mich auf die Ausführungen in dem gegen die Kartelle sehr kritisch eingestellten Aufsatz von Dr. Müller-Schultze in der Augustnummer 1933 von "Technik und Wirtschaft" über "Die Neugestaltung des deutschen industriellen Kartellwesens" beziehen. — Hierin hebt der Verfasser folgende Tatsachen hervor, die für die gesamte kartellierte Industrie belastend sind:

- In den Kartellen sind die größten Kartellsünder meistens die Vertreter der leistungsfähigsten Werke, die die Stützen des Kartells sein sollten, sie leiden am meisten an Verbandsmoral. Die gegen Kartellvergehen angedrohten Strafen werden aus Opportunitätsgründen in der Regel nicht durchgeführt. Demnach dienen die Verbände nicht der Förderung des Gedankens von Treu und Glauben.
- 2. Die zur Zeit für die Mehrzahl der Kartelle bestehende Kontingentierung und Quotenfestsetzung begünstigt die Durchschleppung leistungsunfähiger Betriebe.
- 3. Die Kartelle schädigen die Wirtschaft durch uferlose Preisunterbietungen auf dem Auslandsmarkt, was nur durch die teuren Inlandpreise finanziert werden kann.
- 4. Die Kartelle haben eine solche Macht im Staate erlangt, daß eine scharfe staatliche Kartellaufsicht dringend gefordert werden muß.
- Durch die Konzerne (Verkaufssyndikate) wird dem Unternehmer jede Initiative und jedes Risiko genommen, trotzdem aber sein Verdienst nicht geschmälert.

Während man mit dieser Kartellkritik sich durchweg einverstanden erklären kann, gilt dies leider nicht von den positiven Vorschlägen von Dr. Müller-Schultze. Die

1) Berlin 1933, Georg Stilke.

grundlegende Bedingung für das gesunde Gedeihen der Wirtschaft ist, das Grundgesetz der Wirtschaft, die freie Preisbildung nach Angebot und Nachfrage, weder durch staatliche Eingriffe noch wirtschaftliche Machtzusammenballungen außer Wirkung treten zu lassen. Hiermit ist ein Barometer gegeben, mittels dessen sowohl die Wirtschaft selbsttätig ablesen kann, ob sie ihre Produktion auszudehnen oder einzuschränken hat, als auch der einzelne, ob er in seinem Betrieb rationell arbeitet oder nicht. Wer aber die Wirtschaft der Preisdiktatur des Staates unterwerfen will, der zwängt sie in ein Prokrustesbett ein, in dem sie zum Absterben verurteilt ist.

Freie Wirtschaft und freie Preisbildung durch Angebot und Nachfrage sind in den letzten Jahren zu einem wahren Ungetüm von verwerflichem Eigennutz gestempelt worden, welches mit Feuer und Schwert ausgerottet werden müßte. Die Angriffe kamen namentlich aus den Reihen des "Tatkreises", von Männern mit äußerst geschickter Feder, die für eine verschwommene Planwirtschaft eintraten, und deren Bewunderung für die Ziele und "Erfolge" Sowjetrußlands auf diesem Gebiete ziemlich unverhüllt zur Schau getragen wurde. Diese Richtung, die sich besonders des Schutzes der Kartelle angenommen hat, führt einen erbitterten Kampf um das Ohr der Regierung. Ihrem konzentrierten, auf die hinter ihr stehende Kapitalmacht der Großbanken gestützten Angriff steht die kartellfreie zersplitterte Wirtschaft ziemlich machtlos - rein wirtschaftlich gesehen - gegenüber. Doch ein großes Imponderabile steht auf der andern Seite: Die tief im Volk und namentlich seinem nationalsozialistisch denkenden und fühlenden Teil eingewurzelte Abneigung gegen die volksfremden Einflüsse, welche den freien deutschen Menschen zum Sklaven des Leihkapitals gemacht und ihn an der Entfaltung seiner Kräfte gehindert haben. Daß sich dieses Volksempfinden im Grunde mit der Einstellung der Regierung, die ja aus dem Volke hervorgegangen ist, deckt, ist anzunehmen und geht auch aus den Erklärungen des obersten Führers und seiner Berater hervor.

Aber nicht nur um eine ungeklärte und nach der Meinung der Planwirtschaftler der Belehrung bedürftige Volksanschauung handelt es sich bei dieser Einstellung zugunsten der freien Wirtschaft, nein dieselbe Einstellung findet sich bei den besten Vertretern der Wirtschaft, die an hervorragender Stelle stehend, einen vollen Einblick in den Gegensatz zwischen Konzern- und Kartellwirtschaft und der freien Wirtschaft durch jahrzehntelange Praxis gewonnen haben. Es soll hier an erster Stelle auf den langjährigen Generaldirektor von Hugo Stinnes, Friedrich Minoux, verwiesen werden, der in seinem Ende 1932 vor der Gesellschaft zum Studium des Faschismus in Berlin gehaltenen Vortrag: "Wirtschaftswende durch Soziale Individualwirtschaft" mit großer Klarheit ein Bild davon entworfen hat, wie er sich den Aufbau einer von echtem Gemeinnutz erfüllten, dabei aber von keinerlei planwirtschaftlichen Eingriffen gehemmten freien Wirtschaft denkt (leider ist der Vortrag nicht im öffentlichen Buchhandel zu haben, es wäre aber ein großer Gewinn. wenn sich der Verfasser zur Freigabe für den Buchhandel entschließen könnte). Minoux, der doch als Leiter des Stinneskonzerns die tiefsten Einblicke in das Gewirr der Truste und Kartelle hat tun können, hat seinen damaligen Chef selbst veranlaßt, das Kohlensyndikat zu kündigen. was aber dann auf Grund anderer Einflüsse wieder rückgängig gemacht wurde. Minoux ist von der Schädlichkeit der "fieberhaften Zusammenballungsbestrebungen des geld- und machtgierigen Trust-Syndikats- und Konventionssystems" überzeugt und verlangt dessen gesetzliches Verbot unter schärfster Strafandrohung; und zwar sollen diese Gebilde zuerst in der Schlüsselindustrie, darauf in der Halbzeug- und Fertigindustrie beseitigt werden. Er weist auf die Ungerechtigkeit hin, die darin liegt, daß allen Herstellern bei ganz verschiedenen Herstellungskosten dieselben Verkaufspreise zugebilligt werden, auf die wirtschaftslähmende Wirkung der Syndikate, die die Entwicklung junger Kräfte, den Nachwuchs für einen gesunden industriellen Mittelstand, hemmen (Beispiel: Die I. G. Farben mit ihrem überwältigenden Einfluß hätte es jederzeit in der Hand, das Entstehen einer neuen chemischen Fabrik im Keime zu ersticken), auf die Feindschaft zwischen Industrie und Landwirtschaft, hervorgerufen durch das wirtschaftliche, auf den Kartellpreisen begründete Übergewicht der Industrie, und auf die besondere Gefahr der Internationalität der Kartelle, durch die die Wirtschaft noch mehr in Fesseln geschlagen wird.

Ebensowenig will Minoux irgendwelche zunftähnliche Berufsorganisationen, insbesondere auch die Organe des berufsständischen Aufbaues, zu Eingriffen in die Preisregelung ermächtigen, wohl aber sollen diese Organe durch ihre Standesgerichtsbarkeit die Befugnis erhalten, gegen wirkliche Preisschleuderei vorzugehen.

Durchaus richtig ist es, wenn Minoux dem durch die Konzerne und Kartelle geführten Kampf der Betriebe zur Erlangung von Monopolpreisen den Kampf der Arbeiterorganisationen um Monopollöhne an die Seite stellt und die gleichzeitige Ausschaltung beider Elemente aus dem Wirtschaftsleben verlangt, um das Grundgesetz der freien Preisbildung wieder voll in Wirksamkeit treten zu lassen. Gleichfalls muß man seinem Urteil beipflichten über die Stellung der intellektuellen Schicht zu solchen grundlegenden Wirtschaftsfragen, von der er sagt, daß ihre Urteilsfähigkeit gelähmt ist, weil sie in "Pseudoweisheiten" verstrickt ist, sowie über die Stellung der "Wissenschaft" als Beraterin der Gesetzgebung. Er beklagt es, daß die zünftige Wissenschaft hier die Politik restlos im Stich läßt, daß kein führender Nationalökonom bis jetzt für einen bestimmten Weg eingetreten ist, den die Wirtschaft zu gehen hat. Dies muß für die neueste Zeit besonders mit Rücksicht auf die Kartellfrage bestätigt werden, wobei auf die Broschüre von Hans Kemmler "Struktur und Organisation der deutschen Zementindustrie"²) hingewiesen werden soll, die ausgezeichnet zusammengestelltes statistisches Material enthält, auch die Mißstände auf diesem Gebiet klar hervorhebt, sich aber nicht zu einem klaren Vorschlag, wie nun die gesetzliche Regelung dieses Gebietes erfolgen soll, emporschwingen kann.

Ein wertvoller Bundesgenosse hinsichtlich der Stellung zur Kartellierung der Wirtschaft ist dem Minouxschen Standpunkt neuerdings in der Person des Industriellen Pferdmenges erstanden, der seiner Auffassung als wesentlicher Anteileigner des in neue Bahnen gelenkten Ullsteinverlages vermutlich bald in weiten Kreisen Gehör verschaffen wird. Sehr aufschlußreich ist seine programmatische Erklärung in Nr. 553 der Berliner Börsenzeitung vom 26. November v. J., "Nationalsozialismus und Wirtschaftliche Selbstverwaltung". Pferdmenges tadelt in diesem hochbedeutsamen Artikel das Überwuchern rein wirtschaftlicher Gesichtspunkte in den Verbänden und vermißt die Berücksichtigung der psychologischen Probleme. Er hält es für falsch, die Marktregelung in den 2) Stuttgart 1932, W. Kohlhammer.

Mittelpunkt des Verbandswesens zu stellen und bezeichnet die Verbände, die dies tun, als Rückstände des liberalisfischen Wirtschaftssystems, woran die Tatsache nichts ändert, daß ihnen "das Führerprinzip künstlich aufgepfropft wird". Denn die Marktregelung, wie sie zur Zeit von den Kartellen aufgefaßt wird, ist ein "Fremdkörper im glutvollen Vorwärtsdrang der Kräfte". Er warnt ernstlich jetzt, wo wir noch am Anfang der Entwicklung stehen, vor der Weiterbeschreitung des hie und da eingeschlagenen Weges. Eine Entwicklung, welche mit dem ständischen Aufbau die Wiederbelebung und Stärkung des alten Kartellgedankens verfolgt, würde ein groteskes Zerrbild dessen ergeben, was eine in echt nationalsozialistischem Geist geführte Entwicklung aus den Verbänden machen könnte. Wenn diese Entwicklung statt des erhofften Aufstiegs der Wirtschaft zum Gegenteil führt, können Folgen von unabsehbarer Tragweite daraus entstehen. Der Staat, der dieser Entwicklung die Wege ehnet, wird schließlich gegen die in ihrem Zuge eintretende Atomisierung des Unternehmertums zu dem letzten durchaus unerwünschten Mittel des Staatssozialismus, wider seinen Willen, gedrängt werden.

Fachschaften und Marktregelung

Wir haben im vorstehenden vier bedeutsame Stimmen von Männern gehört, die mitten in der Wirtschaft bzw. in unmittelbarer Fühlung mit ihr an leitender staatlicher Stelle stehend, teils der nationalsozialistischen Partei angehörend, sicher aber von ihrem echten Geist erfüllt — alle aber sicherlich von dem planwirtschaftlichen Phrasenschwall unbenebelt geblieben — sich ernstlich gegen die Aufpfropfung des rein materialistischen Kartellgedankens auf das Prinzip des ständischen Aufbaues ausgesprochen haben. Die Gefahr, daß auf diesem Wege eine hoch ideal gedachte Entwicklung in einen materialistischen Sumpf geleitet wird, wie sie besonders von Pferdmenges mit aller Schärfe erkannt worden ist, ist ungeheuer groß.

Obwohl die Regierung wiederholt deutlich erklärt hat, daß ständischer Aufbau und Kartellierung streng voneinander getrennt zu halten seien, und sie neugegründeten Kartellen die Bezeichnung als Fachschaft, die für den ersteren zu reservieren sei, versagt hat, kommt nun die Gefahr der Vermengung von der andern Seite, von den eigentlichen Fachschaften, her. Es mehren sich die Fälle, daß die Fachschaften des ständischen Aufbaues in ihren Satzungen die "Marktregelung" zum Mittelpunkt ihrer Tätigkeit machen und die Befolgung der hierüber erlassenen Vorschriften den Mitgliedern bei schweren Strafen auferlegen.

Wenn dieses Vorgehen allgemein wird und der Beitritt zu den Fachschaften obligatorisch ist, wird auf diesem Umweg in Kürze die Zwangskartellierung der gesamten Industrie erreicht, die nach der Novelle zur Kartellverordnung vom 15. Juli 1933 nur als äußerste Notmaßnahme vorgesehen war.

Möchte dieser Entwicklung von zentraler Stelle aus beizeiten entgegengetreten und ein direktes Verbot erlassen werden, daß die Organe des ständischen Aufbaues Kartellinteressen aller Art (Regelung der Preise und sonstigen Verkaufsbedingungen, Kontingentierung usw.) zum Gegenstand ihrer Satzung machen. Wohl aber soll ihnen nach dem Vorschlag von Minoux eine Standesgerichtsbarkeit gegenüber Verletzungen der Berufsehre, wozu echte Preisschleuderei zweifellos gehört, übertragen werden.

[1931]

Betriebswirtschaftslehre und Gesamtwirtschaft

Von Professor Dr. CARL RUBERG, Frankfurt a.M.

In der einheitlichen Geisteshaltung der deutschen Volksgemeinschaft kann das in den letzten Jahren entwickelte Wissenschaftsprinzip der Betriebswirtschaftslehre fest verankert werden. Die Betriebe als Einzelwirtschaften haben die Aufgabe, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen und besitzen jeweils nur dann Daseinsberechtigung, wenn sie wirtschaftlich und rentabel arbeiten. Die Betriebserträge stehen allen Beteiligten nach ihrem Leistungsanteil zu; ihre gerechte Verteilung ist bei vollendeter Anwendung der Führeridee gewährleistet.

Betriebswirtschaftslehre als Wissenschaft

Die Frage, oh die Betriebswirtschaftslehre eine Wissenschaft oder eine Kunstlehre sei, wurde in den vergangenen Jahrzehnten teilweise mit solcher Heftigkeit erörtert, daß man sich heute darüber wundert, daß bei einem so hohen Grad der Erregung nur ein sehr mangelhaftes Ergebnis gezeitigt wurde. Vielfach war es nur ein Streit um Worte. Hätte man bescheiden von wissenschaftlicher Methode, von wissenschaftlicher Arbeit gesprochen, dann wäre die Verständigung leichter gewesen. Wissenschaftlich arbeiten heißt ein Erscheinungs- oder Tatsachengebiet erforschen, das Sein auf die Gründe zurückführen, um vielleicht zur Erkenntnis der Ursachen zu gelangen; wissenschaftlich arbeiten heißt weiter die Erscheinung oder Tatsache als Grund und Wirkungsträger erfassen und die sich ablösenden und aufeinander folgenden Wirkungen verfolgen; wissenschaftlich arbeiten heißt aber auch Begriffe bilden und in den Begriffssystemen die Einheiten erfassen, heißt Gesetzmäßigkeiten aus verworrenen Einzelerscheinungen herausschälen. Wer wissenschaftlich arbeitet, wirkt konstruktiv; er zerlegt ein Ganzes in seine Teile und fügt die Teile nach ihrem inneren Zusammenhang und ihren Abhängigkeiten aneinander, einerlei ob diese Zusammenhänge und Abhängigkeiten in den Begriffen oder in den realen Tatsachen begründet sind 1).

So gesehen, kann kein Zweifel bestehen, daß der Betriebwirtschaftler Erkenntnisse nach wissenschaftlicher Methode zu erarbeiten imstande ist. Nebensächlich ist dabei, ob dieses wissenschaftliche Arbeiten auf ein bestimmtes praktisches Ziel ausgerichtet ist, nämlich auf die Erreichung der Unternehmungs- und Betriebsaufgaben. Dadurch kann die Tatsache des wissenschaftlichen Arbeitens nicht berührt werden.

Das muß gegenüber jenen, die nicht zufrieden sind, wenn sie ein Wissensgebiet nicht in den Rahmen der sogenannten reinen Wissenschaft oder der von ihnen geringer angesehenen Kunstlehre eindeutig eingeordnet haben, hin und wieder betont werden. Aber heute sollte man auf solche Auseinandersetzungen nicht zuviel Zeit verlieren. Viel Wichtigeres drängt sich für die Betriebswirtschaftslehre in den Vordergrund: die Frage nach der endgültigen Orientierung in einer Zeit der Verjüngung alles geistigen Lebens, insbesondere, nachdem die Kräfte, aus denen solche Bewegungen erwachsen, sich auf Teilgebieten bereits mit Macht den Durchbruch verschafft haben: auf dem Gebiete der Politik, des Rechts, des kulturellen Schaffens. Die tragende Idee dieser Bewegung ist die Erkenntnis der zen-

1) Vgl. hierzu: Schneider, Wirklichkeit, Wissenschaft, Wirtschaft, Techn. u. Wirtsch. 1933 S. 361 und die hier angegebene Literatur; ferner: Schönpflug, Das Methodenproblem in der Einzelwirtschaftslehre, Stuttgart 1933.

tralen Kraft eines völkisch-politischen Gemeinwesens, das der Höherentwicklung fähig ist. Das ist ein Glaube, der aus der Geschichte der Jahrtausende erwächst und schon in kurzer Zeit bisher ungekannte Kraftströme entfesselt hat. Dieser Glaube muß auch die Einstellung zur wissenschaftlichen Arbeit auf allen Gebieten bestimmen, wenn sie sich nicht abkapseln und ein isoliertes Dasein führen will, das schließlich mit ihrem eigenen Tod endigen müßte.

Die Betriebswirtschaftslehre richtet ihre wissenschaftliche Arbeit auf Unternehmung und Betrieb, also auf Einheiten der Wirtschaftsgemeinschaft. Diese betätigen sich mit dem Ziel der Deckung des Bedarfs einer größeren oder kleineren Menschengruppe. Jede Betätigung in diesem Rahmen m uß sich in einem Betrieb vollziehen, also in einer Organisation, in einer Stätte, die für den technischen Werkablauf geschaffen wurde. Dazu sind die mannigfachsten wirtschaftlichen Gebilde zu rechnen: der einfachste und mangelhaft organisierte Haushaltsbetrieb ebenso wie das Organisationswunderwerk eines vollkommen rationalisierten Fabrikbetriebs. Der Betrieb braucht nicht immer einer Unternehmung anzugehören. Der private Haushaltsbetrieb beispielsweise wird finanziell nicht organisiert im Hinblick auf seine Arbeit und sein Ziel; er wird vielmehr aufgebaut nach dem Lebensstandand einer Familie. Betriebe der Erwerbswirtschaft aber gehören einer Finanzorganisation an, die man Unternehmung nennt: Vermögen und Kapital sind nach den Bedürfnissen der zugehörigen Betriebe aufgebaut. Die Unternehmung dient der Kapitalund Vermögensverwaltung; so weit damit ein technischer Vorgang verbunden ist, wickelt er sich in einem Betrieb ab: Kalkulationsbetrieb, statistischer Betrieb usw. Der Betriebist eine technische Einheit, die Unternehmung eine Einheit der Finanzkonstruktion. Die Unternehmung tritt als Firma in Erscheinung, der Betrieb vollzieht sich vielerorts unter Abschluß von der Öffentlichkeit oder kommt mit der Außenwelt in seiner technischen Lebensäußerung in Berührung.

Über die Frage, ob die Betriebswirtschaftslehre als wissenschaftliche Disziplin die richtige Bezeichnung trägt, hat man sehr viel geschrieben. Richtig ist, daß jedes Betriebsgeschehen, das nicht als technischer Vorgang der Wertschöpfung zu bezeichnen ist, Untersuchungsgegenstand der Betriebswirtschaftslehre ist. Damit sind auch die meisten Wirtschaftsvorgänge im Dienste der Unternehmung erfaßt, nicht aber die eigentlichen Unternehmungsvorgänge, wie beispielsweise Kapitaldispositionen. Da hier ein inniger Zusammenhang zwischen Betriebs- und Unternehmungsvorgängen besteht, ist es natürlich, daß sich die Betriebswirtschaftslehre auch über die engen Grenzen des Betriebes hinaus mit der Unternehmung befaßt. Aber offensichtlich ist hiermit eine Kluft aufgezeigt zwischen dem Inhalt des Begriffes und demjenigen, den das Begriffswort im täglichen Leben bezeichnet: der Umfang des Begriffes geht hier über den Umfang des Begriffswortes hinaus. Das kommt in allen Kultursprachen bei den verschiedensten Begriffen häufig vor.

Darum sollte man von dieser Tatsache gar nicht ein solches Aufsehen machen.

Nun verlangt man von einer Wissenschaft, daß sie ihre Objekte unter einem spezifischen und einheitlichen Gesichtspunkt betrachtet, daß sie "auf die Erörterung der zentralen Frage" eingestellt ist ²), daß sie eine "normative

²⁾ Weyermann-Schönitz, Wissenschaftliche Privatwirtschaftslehre, Karlsruhe 1912, S. 48.

Relevanz" anerkennt³). Damit ist eine Frage angeschnitten, die bisher noch nicht endgültig beantwortet werden konnte. Heute jedoch dürfte hier eine einheitliche Grundanschauung im größeren Rahmen der gleichgerichteten Geisteshaltung der deutschen Volksgemeinschaft Platz greifen können.

Der größere Rahmen

Bereits seit Jahrzehnten ist ein grundlegender Wandel in der Problemstellung der Betriebswirtschaftslehre zu verzeichnen. Die einseitige Kennzeichnung der Privatwirtschaftslehre — jetzt Betriebswirtschaftslehre — als Lehre vom privaten Profitstreben, als Kunstlehre zur Anhäufung privater Reichtümer wurde nicht nur aufgegeben, sondern auch stark bekämpft. Richtunggebend waren hierbei Schär und Schmalenbach. Sie entwickelten die Lehre von der gemein wirtschaftliche nProduktivität der Betriebe und Unternehmungen. Der Kaufmann steht im Dienst der menschlichen Gesellschaft und der Volkswirtschaft; das Sekundäre bleibt der Erwerb⁴).

"In unserer Lehre ist lediglich zu erforschen, wie und auf welche Weise der Betrieb seine gemeinwirtschaftliche Produktivität beweist"; seine Aufgabe ist nicht "zuzuschauen, ob und wie sich jemand ein Vermögen oder ein Einkommen verschafft" 5). Inhalt dieser Auffassung ist, daß Zentralpunkt der betriebswirtschaftlichen Forschung das gemeinwirtschaftliche Interesse ist im Gegensatz zum privaten. Wenn man diesen Kerngedanken herausschält, braucht man sich nicht an Worten zu stoßen. Gewiß kann die Vorstellung von den höchsten Zwecken und Zielen der Gcsamtwirtschaft wechseln; das hindert aber nicht, daß die Betriebswirtschaftslehre sich nach der gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeit ausrichtet. Ein offensichtlicher Mangel dieser Lehre besteht darin, daß der Sachapparat der Wirtschaft hiernach sehr stark in den Vordergrund gerückt werden kann, und daß die dort wirkenden Menschen in ihrer Sonderstellung übersehen werden. Allerdings braucht das nicht der Fall zu sein, wenn der rechte Geist der Menschenachtung herrscht, wenn der "Gemeinnutz als Ausgleich der Einzelinteressen" das Handeln aller Betriebsbeteiligten bestimmt 6).

Den entscheidenden Schritt zur Einordnung der Betriebswirtschaftslehre unter einer einheitlichen Wissenschaftsidee hat dann Nicklisch getan, der die Wirtschaftlichkeit und Rentabilität im Dienst der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zum Wissenschaftsprinzip der Betriebswirtschaftslehre erhebt. "Der oberste Zweck der Betriebswirtschaftslehre ist, an der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse mitzuwirken. Deshalb ist jeder Betrieb Glied der allgemeinen Bedarfsdeckungswirtschaft. Er kann diese Aufgabe aber nur erfüllen, wenn er sich selbst erhält und bis zur höchsten Stufe seiner Leistungsfähigkeit zu entwickeln sucht. Dazu gehört, daß alle Glieder der Betriebsgemeinschaft empfangen, was ihnen nach ihren Leistungen als Lohn und Gewinnanteil zukommt, daß für die Kapitalnutzung, die die Kapitaleigner den Betrieben überlassen, Zins vergütet wird, und daß die Entwicklung der Arbeitsausrüstung und der Arbeitsverfahren schon durch Rück-

stellungen gesichert wird 7)." In der Forderung der höchsten Leistungsfähigkeit liegt diejenige nach Wirtschaftlichkeit eingeschlossen. Wirtschaftlichkeit kann auch dann vorhanden sein, wenn kein Gewinn erzielt wird. Rentabilität wird hier nicht als Verhältnis eines Überschusses zum Kapital (Kapitalrentabilität) verstanden. Es handelt sich vielmehr um eine Rentabilität der Leistung. "Ihren Ausdruck findet, wer den Ertrag zu der Gesamtsumme der festen Löhne und Gehälter des gleichen Aufwandsfeldes setzt. Es muß gleich hinzugefügt werden, daß dieses Verhältnis noch unvollständig ist. Auch der Unternehmerlohn gehört zur Summe der Gehälter und Löhne 8)." Rentabilität ist vorhanden, wenn der Ertrag die Aufwendungen übersteigt. Die Rente steht dann den Betriebsbeteiligten "nach ihren Leistungen" zu. Damit wird das ethische Postulat der Gerechtigkeit als betriebswirtschaftliches Problem vertreten. Natürlich weist Nicklisch selbst ausdrücklich darauf hin, wie schwierig es ist, den gerechten Lohn zu verteilen, selbst wenn das beste Lohnsystem angewandt wird. Sieber 9) geht bei der kritischen Betrachtung dieser Auffassung so weit, daß er von der "unlösbaren" Aufgabe spricht; er glaubt, daß die "Betriebswirtschaftslehre, die auf Allgemeinverbindlichkeit ihrer Schlußfolgerungen ausgehen muß, ihren Gegenstand nicht unter ethischen Aspekten betrachten darf". Demgegenüber darf wohl zunächst auf das Grundsätzliche verwiesen werden. Bei Nicklisch werden Betrieb und Unternehmung jeweils als eine Gemeinschaft aufgefaßt. "Sie beruht auf den gemeinschaftlichen Interessen aller derer, die im Betrieb arbeiten.... Manche stehen zu ihm, weil er Werte verkörpert, an denen sie innerlich hängen. Andere fühlen sich wohl in ihm, weil er ihnen ermöglicht, die Mittel für ihr Leben zu gewinnen 10)." Die Erstellung des Werkes löst die Notwendigkeit einer gemeinsamen Beteiligung an dem Ertrag aus. Vielleicht läßt sich diese Aufgabe heute noch nicht endgültig lösen, wohl aber dem Geiste nach. Hier wäre der Punkt, wo das Führerprinzip wertvollen Ausgleich schaffen müßte. Voraussetzung ist einerseits die allseitige Unterwerfung unter diese Idee und anderseits die Fähigkeit zur objektiven Abgrenzung des Ertrages für die einzelnen Beteiligten bei den Menschen, die für die Verteilung verantwortlich sind 11).

Nicklisch selbst ist nicht der Meinung, daß die Schwierigkeiten der "gerechten" Verteilung des Betriebsertrages, d. h. der Differenz aus Erlös und Erlösersatz minus Ausgaben dafür, unüberwindbar seien. Er stellt aber gewisse Forderungen auf, die erfüllt sein müssen, bevor der Plan gelingen kann: statistische Untersuchungen über Verteilung des Betriebsertrages in den verschiedenen räumlichen und wirtschaftlichen Bezirken, Untersuchungen der Haushaltsgebarung, Auswertung der Steuerstatistik ¹²).

Er geißelt den privaten Egoismus, der die Wirtschaft zum Erliegen bringt; dieser Egoismus bei den meisten leitenden Menschen ließ bisher nicht zu, "daß sich die Gemeinschaft der Wirtschaftenden in gleichem Maße wie die Arbeitsteilung der Wirtschaft entwickelte" ¹³). Dies äußerte

- Nicklisch, Handwörterbuch der Betriebswirtschaftslehre, Artikel Betriebswirtschaft, Spalte 1129, Bd. 1.
- 8) Nicklisch, Wirtschaftliche Betriebslehre, 6. Aufl. S. 222.
- 9) a. a. O. S. 130 ff.
- 10) Nicklisch, Die Betriebswirtschaft, 7. Aufl. S. 294.
- 11) Theissinger, Das Führerprinzip in der Wirtschaft, Zeitschr. für Betriebswirtschaft Heft 11/1933.
- Nicklisch, Neue deutsche Wirtschaftsführung, Stuttgart 1933,
 28 ff.
- 13) Nicklisch, Neue deutsche Wirtschaftsführung, S. 65.

³⁾ Sieber, Objekt und Betrachtungsweise der Betriebswirtschaftslehre, Leipzig 1931.

⁴⁾ Schär, Handelsbetriebslehre, 5. Aufl. S. 9.

⁵⁾ Schmalenbach, Dynamische Bilanz, 4. Aufl., S. 94 ff.

⁶⁾ F. Schmidt, Frankfurt a. M., Die Weiterentwicklung von Wirtschaftslehre und Wirtschaftsforschung. Zeitschrift f. Betriebswirtschaft, Heft 12/1933. Bedeutsam ist, daß in diesem Aufsatz eine Verschmelzung von Betriebs- und Volkswirtschaftslehre gefordert wird.

sich im Streben nach Überdimensionierung der Betriebe, gemeinschaftsschädlicher Ausnutzung von Kartellpositionen, Klassenkampf. Er verlangt grundsätzlich eine harmonische Abstimmung der Betriebe, wobei er den Kartellen (bei denen Außenseiter nicht möglich sein dürfen) eine ganz besondere Bedeutung zuweist; er sieht in dem ständischen Aufbau der Wirtschaftsgruppen die Voraussetzung für die Herausbildung höheren Gemeinschaftsgeistes zur Beurteilung der Leistungen bei den Wirtschaftsbeteiligten und demgemäß auch zur Bestimmung der Anteile am Betriebsertrag.

Neuorientierung

Aus dieser Grundeinstellung heraus konnte Nicklisch seine Auffassung über "Die Betriebswirtschaftslehre im nationalsozialistischen Staat" entwickeln 14). Er unterstreicht für jede Betriebswirtschaft das Leistungsprinzip und die Forderung nach dem gerechten Lohn, der ein Leistungslohn sein muß. Da jeder Wirtschaftende Teil einer Gemeinschaft ist, von deren Wohl er abhängt, muß das Gedeihen des Ganzen in erster Linie erstrebt werden, auch wenn damit harte Opfer für die Leistenden verbunden sind. Die Gesamtwirtschaft wird nur dann gedeihen können, wenn die Wertbewegungen durch die Betriebe insgesamt in der Produktionssphäre wie in der Konsumsphäre harmonisch abgestimmt verlaufen. Die Betriebswirtschaftslehre hat sich mit den Bedingungen zur Erreichung dieses Zieles zu befassen. Für die Betriebe besteht immer noch die Forderung nach Erhöhung der Wirtschaftlichkeit, aber nur insoweit, als die Abstimmung in der Gesamtwirtschaft dadurch erhöht wird. Das will besagen, daß der Betriebswirt als Wirtschaftsführer, der für die Richtung, das Maß und die Technik der Leistung verantwortlich ist, sich aus der Betriebsenge losreißen und in großen Zusammenhängen sein Handeln ansetzen muß. Von gleicher Bedeutung ist die Bestimmung des gerechten Lohnes als Gegenwert für die Leistungen der Betriebsbeteiligten. Das wird nicht möglich sein ohne genaue Errechnung des Betriebsertrages, woraus sich die Forderung nach einem straff organisierten und fein registrierenden Rechnungswesen ergibt. Dabei handelt es sich nicht allein um äußere Methoden für die Zwecke des eigenen Betriebes. Vielmehr steht das betriebliche Rechnungswesen auch im Dienst der Gesamtwirtschaft, für die typische Richtzahlen aus den Einzelbetrieben Voraussetzungen für ihren organischen Ablauf schaffen. Die gerechte Verteilung des Betriebsertrages wird weiter nicht möglich sein ohne eingehende Untersuchungen der Lebensnotwendigkeiten der Betriebe und der Haushalte, die sich in den Betriebsertrag teilen müssen. Auch die Lehre von der Marktverbundenheit der Betriebe hat den größeren Rahmen der Beteiligung der Einzelglieder in der Gesamtwirtschaft am Sozialprodukt zu berücksichtigen. Ganz besondere Aufgaben weist Nicklisch der Untersuchung der Spannen in den vertikal nacheinander geschalteten Betrieben zu und zeigt die damit verbundenen Fragen der Konjunkturlehre, der Marktanalyse, der Werbung, der Kartelle und der Planung.

14) Zeitschrift "Die Betriebswirtschaft", Heft 7/1933.

So ordnet Nicklisch alle Arbeitsbereiche der wissenschaftlichen Betriebswirtschaftslehre einem großen Ziel unter: Aufbau einer Gemeinschaft, in der jeder einzelne befähigt ist, "die normativen Zusammenhänge zu achten und sich so, wie der Verlauf dieser es erfordert, einzugliedern". Damit wird das Streben nach Ertragserzielung aber nicht als unnütz und unnötig bezeichnet. Es ist in den größeren Forderungen nach Wirtschaftlichkeit und Rentabilität der Leistungen enthalten, worauf insbesondere gegenüber jenen Wirtschaftlern hinzuweisen ist, die die Erzielung einer Rente auf das in der Unternehmung tätige Kapital als einzige "normative Relevanz der Betriebswirtschaftslehre" bezeichnen ¹⁵).

Nicklisch gibt, wie wir gesehen haben, der Betriebswirtschaftslehre als Wissenschaft ein bestimmt bezeichnetes großes Ziel. An seine Seite stellt sich auch Kalveram 16). Er verlangt für die Betriebswirtschaftslehre die "lebendige Teleologie..., die vorausschauend alle gesellschaftlichen Teilprozesse in einem sinnvoll bedachten System der Zwecke zueinander in Beziehung bringt.... Die wertfreie Wissenschaft, der man bisher huldigte, und die nur Selbstzweck war, ist innerhalb der neuen Gesellschaftsauffassung zu einer logischen Unmöglichkeit geworden". Zu den gleichen Einsichten kommt auch Bredt: "Der tiefe Sinn jeder Wissenschaft ist es, ein zur Erkenntnis vertieftes Wissen vom Leben aus dem Leben für das Leben zu schaffen" 17). Kalveram verlangt, daß die Betriebswirtschaftslehre ihre Grundprobleme auf das Gesamtziel der Wirtschaft bzw. des Volkes ausrichtet und dabei auf die hohen und höchsten Zwecke der Gesellschaftsordnung Bedacht nimmt. Das hindert nicht, daß sich einzelne Zweige der Betriebswirtschaftslehre, wie auch der Betriebswirt in seinem Betrieb selbst, untergeordneten Teilfragen zuwenden, deren Richtung auf den Gesamtzweck nicht jederzeit erkennbar ist. Damit ist die Unterscheidung von Berufsgesinnung und Berufskönnen angedeutet 18). Die der Gemeinschaft dienende Betriebsarbeit wird sich in erster Linie ständisch orientieren und vom Berufsstand aus Richtung und Inhalt empfangen. Dabei wird sich die "Wiederherstellung der organischen Preisharmonie" als besonders dringlich erweisen. Unberührt von dem höheren Ziel, das der Betriebswirtschaftslehre gesteckt wird, bleibt ihre wissenschaftliche Arbeitsweise: Erforschung der Tatsachen, Aufdeckung der Zusammenhänge, Durchdringung der Gründe und Wirkungen beim Betriebsgeschehen. Es bleibt dann übrig, die Ergebnisse in ein System und dies "in die Ganzheit und Hierarchie der wirtschaftlichen und kulturellen Wertwelt einzuordnen und . . . zur Erreichung des hohen Zieles einer lebendigen Volksgemeinschaft nutzbar zu machen". Ihre Aufgabe kann sich somit nicht darin erschöpfen, für die wirtschaftliche Praxis "wissenswerte und zweckdienliche Unterlagen" zu schaffen 16), obschon auch dieses Ziel Wertschätzung und Beachtung durchaus verdient.

¹⁵⁾ Sieber, a. a. O., S. 138.

¹⁶⁾ Kalveram, Die Betriebswirtschaftslehre im ständischen Staat, Der deutsche Volkswirt vom 3. Nov. 1933.

¹⁷⁾ Bredt, Wirtschaft und Wissenschaft. Techn. u. Wirtsch., 1933. Heft 8.

¹⁸⁾ vgl. Krieck, Die soziale Funktion der Erziehung. Langensalza, Beltz-Verlag, S. 23 ff.

Deutschlands Energiewirtschaft

Von Dr. HANS ROSENTHAL, Berlin

In gedrängter Form gibt erstmalig 1930 eine wertvolle Arbeit von Oberbergrat Haidegger ein Bild über die Energiewirtschaft von elf mitteleuropäischen Ländern¹). Eine Fortsetzung und Erweiterung erscheint für Deutschland gerade jetzt notwendig, wo die Fragen der Selbstversorgung mit füssigen Treibstoffen, der fortschreitenden Einführung der edleren Energieformen Elektrizität und Gas, der Fern-Elektrizitäts- und Fern-Gasversorgung entschieden werden müssen.

Deutschland mit seinen 62,5 Mill. Einwohnern auf 468 718 km² Bodenfläche verbraucht für seine Energiewirtschaft jährlich etwa 1400 Billionen keal, davon rd. 80 % für Wärme, rd. 19 % für mechanische Kraft, rd. 1 % für Licht und Sonderzwecke.

Die umstehende Aufstellung (Zahlentafel 2) bringt in ihrem ersten Teil die Energie-Rohstoffe bzw. Rohkräfte nebst den damit vorgenommenen Veredelungsverfahren, während im zweiten Teil die Verwendung der gewonnenen einzelnen Energieträger gezeigt wird.

Alle darin angegebenen Mengen beziehen sich auf die Zeit vor der Weltkrise, d. i. zwischen 1927 und 1930.

Man sieht, daß im ganzen die Rohstoffe jetzt nur zu einem Drittel ausgenutzt werden. Man errechnet auch leicht daraus, daß sich verhält die Elektrizität zu den flüssigen Treibstoffen, zu Gas, zu Koks, zu den festen unveredelten Brennstoffen wie 1:1,3:3,3:10:38 (alles im gleichen Kalorien-Maße gemessen).

Für eine Urteilsbildung über die Möglichkeit von Verbesserungen ist noch eine ganze Reihe von andern Zahlen aus der Technik und vor allem aus der Wirtschaft unentbehrlich. So muß man wissen, daß von den flüssigen Treibstoffen zurzeit neun Zehntel aus dem Ausland eingeführt und nur ein Zehntel in Deutschland gewonnen werden. So muß man die neueren Verfahren einer gesteigerten Urteergewinnung und einer verbesserten Benzolgewinnung kennen.

Jedoch läßt schon die Aufstellung die Hauptwege deutlich erkennen, welche zu einem vernünftigen Ziele führen. Diese sind:

- 1. Sparen mit der Kohle als Brennstoff
 - a) durch Überführen in die Gasform, wobei mit einem thermischen Wirkungsgrad von 80 % bis 90 % gerechnet werden kann;
 - b) durch Ausnutzung der Abwärme bei der Krafterzeugung aus Kohle (insbesondere bei der Elektrizitätserzeugung), wobei der thermische Wirkungsgrad der Energie-Umsetzung von $15\,\%$ auf $60\,\%$ erhöht werden kann 2).
- 2. Heranziehen der Kohle als Rohstoff für die Selbsterzeugung flüssiger Treibstoffe, Schmieröle und anderer wertvoller Produkte
 - a) durch Entgasung der Kohle,
 - b) durch Kracken, Hydrieren usw. der Kohle oder ihrer Zerfallprodukte.

Ich erwarte zuversichtlich, vor einem Jahrzehnt eine wesentlich günstigere Aufstellung bringen zu können, die ¹) Haidegger, Weltkraftkonferenz 1930, Bericht 386 und Heft 4, 1933 dieser Zeitschrift.

²) Rosenthal, Weltkraftkonferenz 1933, Bericht 44; Schulz, "öffentliche Heizkraftwerke und Elektrizitätswirtschaft in Städten".

in ihrem ersten Teil eine viel größere und weitergehende Veredelung der Rohstoffe als tatsächlich erreicht wiedergibt. Technisch durchgebildet sind alle hierzu notwendigen Verfahren.

Während die Veredelungstufen für die einzelnen Energieformen Elektrizität, Gas, flüssige Treibstoffe usw. in der angegebenen "Ausnutzung" klar ausgedrückt sind (für Licht sind die angegebenen Prozentsätze nur relativ richtig), kann leider die Aufstellung keine Angaben machen sowohl über die Gesamtkosten ihrer Erzeugung, als auch über die Kosten der Verteilung bis zum Verbraucher, als auch über die verschiedenen Vorzüge, z. B. der Sauberkeit, der Regelbarkeit, der Speicherbarkeit. (Elektrizität ist leider im großen wirtschaftlich nicht speicherbar. Da aber in der Hauptsache das Licht nur in den Morgen- und Abendstunden und die mechanische Kraft nur während der Arbeitszeit am Vormittag und Nachmittag benötigt werden, so beschränkt sich die Ausnutzung einer Elektrizitätsanlage im Jahre von 8760 möglichen Stunden auf durchschnittlich 2000 Stunden).

Mit allen notwendigen Vorbehalten kann man wohl sagen, daß an der Erzeugungsstelle die 1000 Kalorien in Form von Kohle oder Koks etwa 0,3 Rpf., in Form von Gas 0,5 bis 1,0 Rpf. und in Form von Elektrizität 3 bis 6 Rpf. kosten.

Für die Fortleitungs- und Verteilungskosten bestand bisher in Deutschland bei den Kohle-Sondertarifen der Reichsbahn für Steinkohle, Gas und Elektrizität, unter Berücksichtigung aller praktischen Verhältnisse, ungefähr das Verhältnis 1 zu 2 zu 4 bis 5. In Zukunft wird insbesondere für das Gas durch Druckerhöhung hier eine erhebliche Verbesserung erwartet werden können, die sich mengenmäßig außerordentlich auswirken wird, weil ja Wärme in der Wirtschaft viel mehr gebraucht wird als Licht und Kraft, und weil die Anlagekosten für eine verbrauchte Kalorie in ihrer Größenordnung bei der Gaserzeugung bis auf ein Zehntel derjenigen bei der Elektrizitätserzeugung herabgesenkt werden können, während im Gaswerkbetrieb an Arbeitslöhnen ein Mehrfaches bezahlt wird.

Wieder mit allen notwendigen Vorbehalten wird man wohl an der Verwendungsstelle die 1000 Kalorien bewerten können in Form von Kohle oder Koks mit etwa 0,5 Rpf, in Form von Gas mit 1 bis 2 Rpf. und in Form von Elektrizität mit 4 bis 8 Rpf.

Zahlentafel 1 gibt in tausend Kalorien den Jahresverbrauch eines Einwohners in einigen Ländern an:

Zahlentafel 1. Energie-Jahresverbrauch je Einwohner in 1000 kcal

Land	Elektri- zität	Flüss. Treibst.	Gas	Koks u. Holz- kohle	Feste Brenn- stoffe
Deutschland	366	480	1200	3900	14 400
	298	1012	300	2500	8 470
	333	2000	800	2100	16 000
	217	365	50	100	2 320
	631	853	240	1550	4 070
	168	800	80	3330	12 000
	622	8900	5000	2900	26 700
	90	210	40	200	4 500

In beiden Zahlentafeln habe ich eingesetzt:

1 kg Steinkohle = 7000 kcal	1 kg Braunkoh-
1 kg Rohbraun-	lenbriketts = 4 500 kcal
kohle = 2200 kcal	1 kg Benzin usw. = 10 000 kcal
1 kg Holz = 4000 kcal	1 m ³ Gas = 4 000 kcal
1 kg Koks = 7000 kcal	1 Kilowattstunde = 864 kcal

Veredlungsstätte	Ausnutzung in %		Steinkohle 140 Mill. t = 980×10^{12} kcal		
Kokereien	90	$ \begin{array}{c c c c c c c c c c c c c c c c c c c $	6,8 Mill. t = 48×10^{12}	$11,2 \text{ Mill. t} = 78 \times 10^{12}$	72 Mill. t $= 504 \times 10^{12}$ kcal
Gaswerke	75 bis 90		$ \begin{array}{c c c} Koks & Gas & Teer \\ 4 \ Mill. \ t & 3 \times 10^9 m^3 & 300 000 \ t \\ = 28 \times & = 12 \times \\ & \times 10^{12} kcal \end{array} $		
Elektrizitäts- werke	b. Wasser- kraft 75 b. festen Brenn- stoffen 15			$19.5 \times 10^{9} \text{ kWh} = 17.6 \times 10^{12} \text{ kcal}$	
Unveredelt					Steinkohle 504×10^{12} kca

II. Verwendung der zum Teil

				III TOTTICITAL.	ig der zum Ten
Verwendungsgebiet	Ausnutzung in %	Koks aus Koke- Gas- Schwele- reien werken reien 266 48 4,6 298,6 × 1012 kcal	Gas aus Koke- Gas- reien werken 40 12 52×10 ¹² kcal	Steinkohle 72 Mill. t = 504 × 1012 kcal	Braunkohlen-Briketts 40 Mill. t = 180 × 1012 kcal
Oran and American		Ausfuhr: 6 Mill. t			C-11/2 / /
Heizung	Zentralheizung 60 Gas 80 Kohle und Holz 20	8 Mill. t = 56×10^{12} kcal 33.6×10^{12}	$0.3 \times 10^{9} \text{ m}^{3}$ = 1.3 \times 10^{12} 1.1 \times 10^{12}	$ 5 Mill. t = 35 \times 10^{12} 7 \times 10^{12} $	$ 20 \text{ Mill. t} \\ = 90 \times 10^{12} \\ 18 \times 10^{12} $
Küche und Warmwasser	Kokszentrale	4 Mill. t = 28 × 1012 14 × 1012	$ 3 \times 10^{9} \mathrm{m}^{3} \\ = 12 \times 10^{12} \\ 8.4 \times 10^{12} $	$ \begin{array}{c} 1 \text{ Mill. t} \\ = 7 \times 10^{12} \\ 1,05 \times 10^{12} \end{array} $	$8 \text{ Mill. t} = 36 \times 10^{12} \\ 5,4 \times 10^{12}$
Licht und Kraft in Häusern und Straßen	Gas		$0.7 \times 10^{9} \text{ m}^{3}$ = 2.8 × 10 ¹² 0.8×10^{12}		
Eisenbahn	Kohle			$ 15,4 \text{ Mill. t} \\ = 108 \times 10^{12} \\ 10,8 \times 10^{12} $	
Schiffahrt	Kohle			$ 8 Mill. t = 56 \times 10^{12} 8.4 \times 10^{12} $	
Auto und Flugverkehr	25	The state of the s			
Hütten-Industrie	Rohbraunkohle 30 bzw. 70 Koks 60 Gas 80 Elektrizität 90	$ \begin{array}{c} 16 \text{ Mill. t} \\ = 112 \times 10^{12} \\ 67,2 \times 10^{12} \end{array} $	$ 5 \times 10^{9} \text{ m}^{8} = 22 \times 10^{12} 17.6 \times 10^{12} $		
Chemische Industrie	Steinkohle und Koks 40 Rohbraunkohle 30 bzw. 70 Gas 60 Elektrizität 80	$3 \text{ Mill. t *} = 21 \times 10^{12} \\ 8.4 \times 10^{12}$	$0.5 \times 10^{9} \text{ m}^{3}$ = 2.3 × 10 ¹² 1.4×10^{12}		4 Mill. t * = 18 × 1012 7,2 × 1012
Maschinen-Industrie	Koks und Kohle 40 Gas 70 Elektrizität 90	$ \begin{array}{c} 3 \text{ Mill. t *} \\ = 21 \times 10^{12} \\ 8.4 \times 10^{12} \end{array} $	$ \begin{array}{c} 1,5 \times 10^9 \text{ m}^3 \\ = 6 \times 10^{12} \\ 4,2 \times 10^{12} \end{array} $	$ 20 \text{ Mill. t} \\ = 140 \times 10^{12} \\ 56 \times 10^{12} $	$ \begin{array}{c} 4 \text{ Mill. t} * \\ = 18 \times 10^{12} \\ 7.2 \times 10^{12} \end{array} $
Sonstiges	Koks 35 Steinkohle 35 Rohbraunkohle 30 bzw. 70 Gas 60 Elektrizität 90	$ \begin{array}{c} 2 \text{ Mill. t *} \\ = 14 \times 10^{12} \\ 4.9 \times 10^{12} \end{array} $	$ \begin{array}{c} 1 \times 10^{9} \text{ m}^{3} \\ = 4.5 \times 10^{12} \\ 2.7 \times 10^{12} \end{array} $	$ \begin{array}{c} 17.6 \text{ Mill. t} \\ = 123.2 \times 10^{12} \\ 43.1 \times 10^{12} \end{array} $	$= \frac{4 \text{ Mill. t }^*}{18 \times 10^{12}}$ $= 7.2 \times 10^{12}$
Ausnutzung in % .	gast in rd. 2700 Gasgenerator		36,0 × 10 ¹² kcal 69,2 Schwachgas die zus	$131,0 \times 10^{12} \mathrm{kcal}$ $25,9$	45×10^{12} kcal 25

	Braunkohle 1 385×10^{12} $26,6^{-9}/$	kcal			Brennho 12,2 Mill Torf 1 M 51 × 10 ¹² 3,5 %	l. t ill. t kcal	Benzin 1 Mill. diverse Öle 1,45 Mill. t 24,5 × 10 ¹² 1,7 ⁰ / ₀	Wasserkraft (1,5 Mill. PS) 1,8×10 ⁹ kWh 1,6×10 ¹² 1,2 %	1442×10 ¹⁵ = 100 °C	
3,2 Mill. t == 7 × : Koks Tee 0,8 Mill. t 1200 =4,6×10 ¹² ==1,1>	10 ¹² 90 Mill. t 200×10 ¹² kcal	12 Mill. t = 26×10^{12}	=193	Mill. t 1×10 ¹² cal					$von \\ 357 \times 10^{12} \\ auf \\ 327, 5 \times 10^{12} \\ keal$	2
									$\begin{array}{c} \text{von} \\ 48 \times 10^{12} \\ \text{auf} \\ 42,2 \times 10^{12} \\ \text{kcal} \end{array}$	
		$6 \times 10^{9} \text{ kWh}$ = $5,4 \times 10^{12} \text{ kcal}$						$1.8 \times 10^{9} \text{ kWh}$ = $1.6 \times 10^{12} \text{ kcal}$	$von \\ 106 \times 10^{12} \\ auf \\ 24,6 \times 10^{12} \\ kcal$	
Brike 180×10				unkohle 0 ¹² kcal	Holz u. '		$24.5 imes10^{12}\mathrm{km}$	al	$929,5\times10^{12}$ kcal	6
eredelten Ene	rgieträger						1330>	(10 ¹² kcal		9
Rohbraunkohle 78 Mill. t = 171 × 10 ¹² kcal	Brennholz und T 13,2 Mill. t = 51 × 10 ¹² kca	Schmi	ieröl	21	nd Asphalt Mill. t < 10 ¹² kcal	2	Elektrizität 4,6 × 10¹² kcal	$1330 imes 10^{12}$ kcal	Ausgenutzt Kalorien in der Rohsto (1400 × 10 = 100 %)	% ffe
	6,5 Mill. t							42.		
	$= 25 \times 10^{12}$ $= 25 \times 10^{12}$ $5,2 \times 10^{12}$	1				1	$2 imes 10^9\mathrm{kWh}$ $2 imes 10^{12}$	202 65,1	4,64	
	5,0 Mill. t = 20×10^{12} $3,0 \times 10^{12}$						$5 imes 10^9 \mathrm{kWh}$ $5 imes 10^{12}$	100 33,4	2,42	
						ļ.	$6 imes 10^9 \mathrm{kWh}$ $6 imes 10^{12}$	7,8 5,8	0,42	
							$2 imes 10^9 \mathrm{kWh}$ $2 imes 10^{12}$	111	0,93	
		0,4 M == 4 × 0,8 ×	1012					60 9,2	0,67	
		1,6 M = 16 × 4 ×						16 4	0,29	
$= \begin{array}{c} 12 \text{ Mill. t} \\ = 26.2 \times 10^{12} \\ 7.8 \times 10^{12} \end{array}$							$3 imes 10^9 \mathrm{kWh}$ $7 imes 10^{12}$	164 95,3	6,8	
$30 \text{ Mill. t *} = 66 \times 10^{12} \\ 25,6 \times 10^{12}$				= 10	$egin{array}{l} ext{Mill. t} \ imes ext{10}^{12} \ imes ext{10}^{12} \end{array}$		$1 imes 10^9 \mathrm{kWh}$ $2 imes 10^{12}$	170 61,3	4,4	
						1	$2 imes 10^9 \mathrm{kWh}$ $3 imes 10^{12}$	249 98,4	7,1	
$ \begin{array}{c} 16 \text{ Mill. t *} \\ = 35.2 \times 10^{12} \\ 10.5 \times 10^{12} \end{array} $	1,7 Mill. t = 6×10^{12} $1,8 \times 10^{12}$	0,6 Mi = 5 × 2,5 ×	1012	= 8	$egin{array}{l} ext{Mill. t} \ imes 10^{12} \ imes 10^{12} \end{array}$		$3 imes10^9\mathrm{kWh}$ $3 imes10^{12}$	229 78,5	5,55	
$50,9 imes 10^{12} ext{kcal} \ 29,7$	$10 imes 10^{12} \mathrm{kca}$ 19,6 ergast in rd. 2700	30,	7		0 ¹² kcal 50		$7 imes 10^{12} ext{kcal}$	$448,4 imes 10^{12} ext{ kcal} \ 33,7$		

Ökonometrische Forschung

Von Privatdozent Dr. ERICH SCHNEIDER, Bonn

Wir haben in unser Zeitschrift von jeher alle Bestrebungen verfolgt, die eine Förderung der sogenannten exakten Wirtschaftsforschung zum Ziele haben. Die Arbeiten der erst vor wenigen Jahren in USA gegründeten ökonometrischen Gesellschaft dürften um so mehr Interesse bei unsern Lesern finden, als zu ihren Mitgliedern nicht nur Vertreter Deutschlands, sondern auch der technischen Wissenschaften gehören. Wir haben daher unsern langjährigen Mitarbeiter Dr. E. Schneider gebeten, uns einen kurzen Überblick über die ökonometrische Forschung, insbesondre über das bisherige Wirken der neugegründeten internationalen Arbeitsgemeinschaft zu geben. Für Hinweise auf Veröffentlichungen aus den Kreisen von Technik und Wirtschaft, die zu diesem Problemkreis in Beziehung stehen, sind wir dankbar.

Naturwissenschaftliche Betrachtungsweise in der Wirtschaftswissenschaft

Wer die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften kennt, weiß, daß es seit dem Tage, an dem Menschen begannen, die Erscheinungen des Wirtschaftslebens zum Gegenstande wissenschaftlicher Analyse zu machen, nie an Versuchen gefehlt hat, die mathematische Denktechnik für die Arbeit an ökonomischen Problemen nutzbar zu machen. erkannte sehr früh, daß eine, und zwar eine sehr wesentliche Seite der ökonomischen Erscheinungen quantitativer Natur ist, und daß man einen tieferen Einblick in diese Seite der ökonomischen Erscheinungen nur unter Benutzung des mathematischen Apparates gewinnen konnte. Nie ist diese Erkenntnis verloren gegangen, und die Großen im Reiche unserer Wissenschaft, denen in ihrer Forscherarbeit das Funktionieren des wirtschaftrosscherarbeit das Funktionieren des wirtschaftlichen Mechanismus, nicht sein historisches Werden am Herzen lag, und denen wir die tiefsten Einsichten in den Ablauf der Wirtschaft verdanken — Ricardo, von Thünen, Cournot, Marshall, Edgeworth, Barone, Walras, Pareto, Wicksell, Böhm-Bawerk usw. —, sie alle waren metalsche Köpfe ersten Bangers promit auch einzelne weren ihren des wirtschaften. Ranges, wenn auch einzelne von ihnen die mathematische Technik selbst nur ganz unvollkommen und nur in ihren Elementen beherrschten. Sie alle waren Ökonometriker, d. h. Ökonomen, die bewußt aus der Tatsache, daß eine wesentliche Seite der ökonomischen Erscheinungen quantitativer Natur ist, die Folgerungen in der Wahl der Instrumente zogen, um diese Seite des Problems anzugreifen. Ihre Ergebnisse gehören heute zum eisernen zugreifen. Ihre Ergebnisse gehoren heute zum eisernen Bestand unseres ökonomischen Wissens und sind heute Allgemeingut aller geworden. Der Art und Weise dagegen, wie sie die wirtschaftlichen Probleme auffaßten, ihrer ökonometrischen Position, ist die allgemeine Anerkennung versagt geblieben. Erst in neuester Zeit ist eine Wendung eingetreten, indem man in steigendem Maße gerade die ökonometrische Seite ihrer Arbeit in den Mittelpunkt des Intergeses gerückt hat Die ökonome Mittelpunkt des Interesses gerückt hat. Die ökonometrische Position in unserer Wissenschaft, die bisher immer nur von einzelnen gehalten und ausgebaut wurde, hat in den letzten Jahren immer mehr Verteidiger gefunden.

Die ökonometrische Gesellschaft

Am 29. Dezember 1930 versammelte sich auf Einladung von Professor Irving Fisher (Yale University, New Haven) eine kleine Gruppe von amerikamischen und europäischen Wirtschaftswissenschaftlern, Statistikern und Mathematikern in Cleveland (Ohio-USA) zum Zwecke der Gründung einer neuen Gesellschaft: "The Econometric Society; an international society for the advancement of economic theory in its relation to statistics and mathematics". Nach zweistündiger Beratung wurde die offizielle Gründung beschlossen und Irving Fisher zum ersten Präsidenten gewählt. Folgende Note machte die wissenschaftliche Welt mit den Zielen der neuen Gründung bekannt:

"Die ökonometrische Gesellschaft ist eine internationale Gesellschaft zur Förderung der ökonomischen Theorie in ihren Beziehungen zur Statistik und Mathematik. Die Gesellschaft wird als eine vollständig uneigenmützige wissenschaftliche Organisation arbeiten. Ihr Hauptziel soll die Förderung von Studien sein, die auf eine Vereinigung der theoretisch

quantitativen und der empirisch quantitativen Arbeitsmethoden auf ökonomischem Gebiet abzielen und die durchdrungen sind von der gleichen Strenge und Exaktheit des Denkens, das in den Naturwissenschaften zur Herrschaft gelangt ist. Jede Tätigkeit, die eine solche Synthese von Theorie und Tatsachen im Gebiete der Wirtschaftswissenschaften erstrebt, wird im Interessenbereich der Gesellschaft liegen."

Die Ziele der Gesellschaft fanden lebhaftes Interesse und ungeteilte Zustimmung in allen Kulturländern. Wirtschaftler, Statistiker und Ingenieure aller Nationen erklärten ihren Beitritt. Heute, drei Jahre nach ihrer Gründung, zählt die Gesellschaft bereits einige hundert Mitglieder, unter denen alle führenden Wirtschaftswissenschaftler und Statistiker der Welt zu finden sind. Seit dem Januar 1933 verfügt die Gesellschaft auch über eine eigene Zeitschrift "Econometrica", die von dem Norweger Ragnar Frisch (Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Universi-

tät Oslo) herausgegeben wird.

Dem mündlichen Gedankenaustausch dienen jährliche Tagungen sowohl der amerikanischen wie der europäischen Gruppe der Gesellschaft. Die europäische Gruppe hat bisher drei Tagungen in Lausanne, Paris und Leyden abgehalten. In diesem Jahre wird die Tagung voraussichtlich in Italien stattfinden. Das Problem der wirtschaftlichen Entwicklung, das Problem des Aufbaues einer dynamischen Wirtschaftstheorie, die statistische Ermittlung von Nachfragekurven, Kostenkurven usw. sind Gegenstände der Diskussionen auf diesen Tagungen gewesen. Neben den rein wissenschaftlichen Problemen beschäftigt man sich auch intensiv mit den Fragen des akademischen Unterrichtes, so z. B. mit dem so wichtigen Problem, wie die mathematische Ausbildung unserer Studenten der Wirtschaftswissenschaften nach Umfang und Inhalt gestaltet werden soll, ein Problem, das auch jetzt bei uns auf dem Mathematikerkongreß in Würzburg lebhaft erörtert worden ist. Für die Leser dieser Zeitschrift, die sich ja immer für eine enge Zusammenarbeit zwischen Ingenieuren und Wirtschaftswissenschaftlern eingesetzt hat, wird es von besonderm Interesse sein, zu hören, daß die amerikanische Sektion der Econometric Society ihre Tagung im Juni 1933 in Chicago zum ersten Male zusammen mit der American Society of Mechanical Engineers, The American Society for testing materials, und The American Institute of Electrical Engineers abgehalten hat. Mehr als zweihundert Ingenieure nahmen an dieser Tagung teil und zeigten stärkstes Interesse an den Zielen und bisherigen Arbeiten der Gesellschaft. Die Tagung stand unter dem Motto "Some fundamental problems of mutual interest to scientific economists and engineers". Der Schlußvortrag behandelte das Thema "The engineering economist of the future".

Neben dem ständigen Gedankenaustausch auf den jährlichen Tagungen arbeiten Sonderausschüsse an besonders wichtigen und für die Gegenwart bedeutsamen Einzelfragen. So wurde auf der Pariser Tagung 1932 ein Ausschuß eingesetzt zur Beschaffung und Auswertung von Material, das geeignet ist, Aufschluß über die für Theorie und Praxis wichtigen Zusammenhänge in der industriellen Produktion zu gewinnen: Struktur der Produktionsfunktion; Variation von Gesamtkosten, Stückkosten und Grenzkosten mit dem Produktionsumfang; Verschiebung der Kostenkurven im Zeitablauf; Wirkungen von industriellen Zusammenschlüssen auf die Kosten

gestaltung usw.

Ausblick

Vielleicht ist nichts für die gegenwärtige Lage in den Wirtschaftswissenschaften so kennzeichnend wie die Gründung der Econometrie Society. Das, was die Gründung der Gesellschaft und ihren ungeheuren Erfolg für die Gegenwart so bedeutsam erscheinen läßt, sind sicher nicht ihre Ziele, die, wie oben dargetan, alles andere sind als neu. Das Bedeutsamste dieser Gründung liegt vielmehr darin, daß die ökonomische Forschung nunmehr allgemeine Anerkennung gefunden hat, und daß zu ihr auch die Forscher gehören, die ihre eigene Arbeitskraft andern Seiten der wirtschaftlichen Erscheinungen widmen. Damit ist endlich eine Periode unglücklicher Mißverständnisse zwischen "Richtungen" und sogenannten "Schulen" abgeschlossen und eine neue Periode fruchtbarer konstruktiver Zusammenarbeit aller, die am Bau der Wirtschaftswissenschaften arbeiten, begonnen, eine Periode, in der wir zueinander das einzig mögliche Verhältnis einnehmen, das Verhältnis nämlich, das den Theoretiker und Experimentator in den Naturwissenschaften auszeichnet. [1938]

Saisonkredite für die Industrie

Von Dr.-Ing. GUIDO PRACHTL, öffentlich best. Wirtschaftsprüfer, Berlin

Eine der Hauptaufgaben unserr Wirtschaft ist die Erhaltung der neueingestellten Belegschaft über die umsatzschwache Zeit, besonders über die Wintermonate. Mit der Festlegung des Arbeitsminimums bei einer bestimmten, nicht kündbaren Belegschaft ist aber auch die Mindestfertigung und damit die untere Grenze des Gesamtaufwandes bestimmt. Diese Mindestfertigung bedeutet weiter eine Lagerauffüllung in der stillen Zeit, hierzu notwendige vorübergehende Kapitalinvestitionen und daher saisonmäßigen Bedarf an Betriebskrediten. Die hierbei auftretenden Beziehungen zwischen Lieferung und Zahlungseingang einerseits, Lager und Fabrikation anderseits werden in einer Zahlentafel ausführlich dargestellt.

Durch meine Prüfungstätigkeit als Gutachter einer Großbank hatte ich im abgelaufenen Geschäftsjahr die zunächst zaghaften Ansätze zum wirtschaftlichen Aufstieg in der Maschinen- und Metallwarenindustrie beobachten können. Die Erholung wäre in manchen Branchen viel ausgeprägter eingetreten, wenn nicht Ausfuhrhemmungen durch Devisenschwierigkeiten, Pfund- und Dollarsturz hinzugetreten wären. Außerdem war in vielen Fällen ein neuerlicher Rückgang des Umsatzes durch die deutschfeindliche Propaganda festzustellen.

In ihrer positiven Einstellung zu den Bestrebungen der Reichsregierung hatte die Industrie in mehreren Fällen mit der Einstellung von Arbeitskräften nicht erst gewartet, bis sie durch den Auftragseingang dazu gezwungen war, sondern - soweit es in ihrer finanziellen Möglichkeit stand - zunächst Leute eingestellt und gearbeitet. Die Umsatzerhöhung kam dann auch, und mit ihr wurden weitere Neu-Einstellungen vorgenommen, so daß inzwischen auch in der eisen- und metallverarbeitenden Industrie eine, den Stand des Jahres 1932 weit überschreitende Belegschaft nachgewiesen werden kann Die Rohstahlerzeugung des deutschen Zollgebietes hatte nach Generaldirektor Vögler eine Steigerung um 60 % (Inlandverbände) gegenüber dem Jahre 1932, die der Walzeisenverbände sogar eine Steigerung um 96 % zu verzeichnen. Daraus wäre zu ersehen, daß die Fertigindustrie zunächst ihre Vorräte bis zur Neige aufgearbeitet hatte, und daß durch die im Sommer eingetretene Umsatzsteigerung plötzlich bedeutende Aufnahmen von Rohmaterial und Halbware erforderlich wurden, um die Lager zu füllen und die Nachfrage möglichst zu befriedigen.

Diese Konjunkturwelle, die ihren Höhepunkt bei vielen Zweigen der eisen- und metallverarbeitenden Industrie im August, September, ja sogar im Oktober hatte, wird wahrscheinlich ihren saisonmäßigen Charakter auch in diesem Jahr beibehalten, während man gegen Januar, Februar, März mit einem vorübergehenden Umsatzrückgang wird rechnen müssen.

Leider ist der Saisoncharakter der Produktionsperioden eines Jahres mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise immer ausgeprägter hervorgetreten, so daß selbst Produktionszweige, die früher eine über das ganze Geschäftsjahr ziemlich gleichmäßig verteilte, von der Jahreszeit unabhängige Beschäftigung aufzuweisen hatten, durch den wirtschaftlichen Niedergang der ausgesprochenen Saisonbetriebe, wenn auch nur mittelbar beeinflußt wurden

und dadurch selbst Saisoncharakter annahmen, z. B. Schreibmaschinenfabriken.

Niemand konnte auf Vorrat kaufen, die Lagerhaltung wurde auf das Allernotwendigste eingeschränkt, d. h. sie wurde vom Händler auf den Produzenten abgewälzt, der seinerseits auch nicht mehr imstande war, auf Vorrat zu arbeiten, sondern auch erst dann anfing zu fertigen, wenn die Bestellung vorlag.

Nun ist es jedem Betriebswirt klar, daß nichts verderblicher für die Wirtschaftlichkeit eines Betriebes ist als gerade die Auswirkungen der saisonmäßigen Schwankung des Beschäftigungsgrades. Ein gleichmäßig belasteter Betrieb wird, absolut genommen, geringere Unkosten verursachen und daher billiger erzeugen können als ein stark wechselnder.

Außerdem hatte es sich schon im Herbst gezeigt, daß viele Betriebe die Nachfragen nicht vollständig befriedigen konnten, weil die Materialbeschaffung und das Ansetzen größerer Belegschaftsgruppen nur schleppend erfolgen konnte. Die Folge davon war, daß die Umsatzmöglichkeiten nicht voll ausgenutzt werden konnten.

Diese Hemmungen des wirtschaftlichen Aufstieges dürfen im neuen Jahre nicht wieder auftreten. Daher müssen mindestens die zwei letzten Hauptstufen der Wirtschaft, die Erzeugung von Konsumwaren und ihr Handel, die Lager auffüllen, um die Nachfrage des Frühjahrmarktes voll befriedigen zu können.

Drei Hauptaufgaben laufen daher parallel:

- Die Wiedererlangung eines konstanten Beschäftigungsgrades und damit erhöhter Wirtschaftlichkeit und Rentabilität,
- Auffüllung der geschwundenen Lagerbestände bis zu einem wirtschaftlich tragbaren Höhepunkt und
- Erhaltung der eingestellten Belegschaft über die umsatzschwache Zeit, besonders über die Wintermonate.

Gerade die dritte Forderung wird von der Reichsregierung aus arbeitspolitischen und volkswirtschaftlichen Interessen immer nachdrücklicher gestellt werden. Die Treuhänder der Arbeit werden nur sehr schwer ihr Einverständnis zu Entlassungen geben dürfen und lieber eine weitgehende Kürzung der Arbeitzeit etwa auf 32 Std. oder 4 Arbeitstage zugestehen.

Hieraus ergeben sich bereits Folgerungen von einschneidender Bedeutung, denn mit der Festlegung des Arbeitsminimums bei einer bestimmten, nicht kündbaren Belegschaft ist auch die Mindestfertigung und damit die untere Grenze des Gesamtaufwandes bestimmt.

Diese Mindestfertigung bedeutet eine Lagerauffüllung in der stillen Zeit, hierzu notwendige vorübergehende Kapitalinvestition und daher saison mäßigen Bedarf an Betriebskrediten. Die Laufzeit dieser Kredite wird — weil saisonbedingt — etwa ein Jahr bis zur völligen Tilgung in Anspruch nehmen. Die auftretenden Beziehungen zwischen Lieferung und Zahlungseingang einerseits, Lager und Fabrikation anderseits lassen sich am besten in Form einer Zahlentafel erläutern (Zahlentafel 1). Das Beispiel stammt aus der Blechwarenindustrie.

Zunächst wird die Erzeugung jedes vergangenen Monats auf die Arbeitsstunden nur der mit der Produktion unmittelbar beschäftigten Arbeiter umgelegt. Man wird feststellen, daß die spezifischen Selbstkosten der Produktion je Stunde grundsätzlich steigen, wenn der Umsatz, d. h.

Zahlentafel 1. Wirtschaftsplan

	Edition and				Wiltediatespian					
	Produktive Belegschaft	Wochen- Stunden	Arbeit- stunden je Monat	Selb je Std. RM	Ins- gesamt 1000 RM	Um- satz	Über- schuß	Unter- schuß M		
1933			11_11=1		11/1/19	1				
Juli	310	40	53 700	2,80	150	150				
August	330	48	68 600	2,70	185	195	10			
September	350	48	72 800	2,70	197	230	33	-		
Oktober	360	48	74 900	2,70	202	240	38	_		
November	360	40	62 300	2,80	174	190	16			
Dezember.	360	32	50 000	2,90	145	125		20		
1004			382 300		1053	1130	97	20		
1934 Januar	360	32	50 000	2,90	145	100		45		
Februar.	360	32	50 000	3,00	150	110		40		
März	360	36	56 200	2,90	163	130		33		
April	360	40	62 300	2,80	174	150		24		
Mai	360	44	68 600	2,80	192	175		17		
Juni	380	48	79 000	2,70	212	205		7		
			366 100		1036	870	_	166		
Juli	400	48	81 600	2,65	216	230	14			
August	400	48	81 600	2,60	212	240	28			
September	400	48	81 600	2,60	212	260	48			
Oktober	400	48	81 600	2,60	212	270	58 40			
November Dezember.	400	40 32	69 300 55 400	2,75	190 158	230 170	12			
Dezember.	400	54		4,00						
			451 100		1200	1400	200			

die gesamte Erzeugung fällt — zunächst eine Folge der fixen Kosten.

An Hand dieser Zahlen aus der Gewinn- und Verlustrechnung ergibt sich ein Wirtschaftsplan, der über den Tiefstand der Beschäftigung bis in die nächste Saisonspitze, also über ein ganzes Wirtschaftsjahr projektiert worden ist.

Man ersieht daraus die Abschlußmöglichkeiten, die im Herbst bestanden hatten, und die wegen des leeren Lagers und der nicht rasch genug folgenden Fertigung nicht ganz ausgenutzt werden konnten. — In diesem Beispiel konnten Aufträge in Höhe von 97 000 RM im Herbst mangels Vorräten nicht befriedigt werden. Die Auffüllung des Lagers durch die Winterarbeit und die in der Saisonspitze sich ergebende, zusätzliche Lieferung ab Lager gestatten also erst die volle Wahrmehmung aller Absatzmöglichkeiten bei Erhaltung der Belegschaft und damit möglichst gleichbleibende Werktagsbeschäftigung.

Bei einem Jahresgesamtumsatz von etwa 2,3 Mill. RM wird in diesem Falle ein Saisonkredit von 200 000 RM, d. h. etwa $^{1}/_{12}$ oder dem durchschnittlichen Umsatz eines Monats benötigt werden. Es mag sich in einem andern Fall um einen höheren Betrag handeln, aber keinesfalls über $^{1}/_{6}$ des Jahresumsatzes.

Wenn im November, Dezember die Wünsche nach einem ausreichenden Winterkredit noch nicht merklich laut geworden sind, so hängt das wahrscheinlich mit der Phasenverschiebung der Zahlungstermine zusammen, die zwischen 6 und 8 Wochen beträgt, und durch die aus den guten Monaten immer noch Außenstände hereinkommen. Aber im Januar ist dieser nachströmende Betriebsmittelzufluß versiegt, und nun wird um so lauter nach Hilfe gerufen werden.

Die Frage der Sicherung dieser Kredite wird nicht

schwierig zu lösen sein; es ist selbstverständlich, daß vor Gewährung eine genaue Einsicht in den Geschäftsgang des Jahres 1933 erforderlich sein wird, um den Kreditgeber an Hand einer ausführlichen Gewinn- und Verlustrechnung und der monatlichen Umsatzbewegung zu überzeugen, daß er einen aussichtsreichen Betrieb finanzieren soll. Das ist jedenfalls gerade vom volkswirtschaftlichen und gleichzeitig vom nationalsozialistischen Gesichtspunkt aus die erste Vorbedingung. Es kann sich auch bei der Finanzierung der Winterarbeit nur um die Unterstützung wirtschaftlich lebensfähigen Betrieben handeln, bei denen man auf Grund der zielbewußten Leitung und wirtschaftlichen Betriebsführung annehmen darf, daß der aufgestellte Wirtschaftsplan aller Wahrscheinlichkeit nach auch eingehalten werden wird. Erst in zweiter Linie werden dann dingliche Sicherungen herangezogen werden, und hierzu wird man naheliegend nicht die Rohstoffe, sondern gerade die erzeugten und gestapelten Fertigprodukte heranziehen, d. h. gerade den Warenüberschuß, der finanziert worden ist. Auf diese Weise wäre auch die Kontrolle leicht möglich. Es könnte eine bestimmte Zahlungsweise, die dem Wirtschaftsplan entspricht, festgelegt werden, und dementsprechende Mengen des Vorratslagers für den Umsatz freigegeben werden. Dadurch könnten auch die mit der Kontrolle verbundenen Kosten auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden.

Jedenfalls wird es eine der vordringlichsten Aufgaben des Kapitalmarktes sein, rasch entschlossen den gesunden Unternehmungen über den Winter hinwegzuhelfen. [1947]

Die Größe des deutschen Kreditbedarfs

Nach Professor Dr. Ernst Wagemann, Berlin, ergibt sich für Deutschland folgender Bedarf an Kurzkrediten: Im Jahre 1932 betrug der Gesamtumsatz der deutschen Volkswirtschaft in allen ihren Zweigen 125 (1928: 220) Mrd. RM. Wenn man annimmt, daß von den 125 Mrd. RM die Hälfte mit Eigenmitteln und die andere Hälfte mit Kreditmitteln finanziert worden ist, so gelangt man auf 60 Mrd. RM Kreditumschlag für das ganze Jahr oder auf 15 Mrd. RM für die Finanzierung eines Dreimonatszeitraums. Die Probe hierauf kann über die Lagervorräte gemacht werden, die in der Industrie etwa 15 Mrd. RM, in der Landwirtschaft den gleichen Betrag erreicht hätten, zusammen also rd. 30 Mrd. RM betragen. Nimmt man hiervon wieder die Hälfte als durch Eigenkapital finanziert an, so verbleiben also 15 Mrd. RM als Bedarf an kurzfristigen Krediten.

In der Praxis dürfte der Kreditbedarf größer sein. Geheimrat Wagemann legt seinen Berechnungen die Lagervorräte bzw. den Warenumschlag des Jahres 1932 zugrunde. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß ein Konjunkturaufstieg nicht nur zu einer Vergrößerung der volkswirtschaftlichen Umsätze führen muß, sondern daß mit ihm auch ein Anbau der Lagervorräte verknüpft ist. Das Vorstandsmitglied der Reichskredit A. G., Dr. Otto Christian Fischer, hat z. B. festgestellt, daß in den Jahren 1924 bis 1928 allein für die Beschaffung einer normalen Gütervorratsmenge etwa 13 Mrd. RM benötigt wurden, die ohne Kreditinanspruchnahme nicht aufgebracht werden konnten. Nun haben aber, nach einer Feststellung des Statistischen Reichsamts und anderer amtlicher Stellen, die Warenvorräte der Industrie sowie des Groß- und Einzelhandels im Juli 1932 einen Tiefstand erreicht, wie wir ihn in Deutschland seit 1924 nicht mehr erlebt haben. Seitdem hat zwar ein energischer Lageranbau eingesetzt, aber die schwierigen Kreditverhältnisse verhinderten doch ein volles Zugreifen, und so war die Zahl derjenigen Kaufleute, die mit "gefüllten Scheunen" in den Konjunkturanstieg hineingingen, verhältnismäßig klein. [1979]

ARCHIV FUR WIRTSCHAFTSPRUFUNG

Die Begutachtung der Kreditfähigkeit eines Unternehmens

Von Wirtschaftsprüfer Dr.-Ing. WERNER GRULL VDI und VBI, Berlin

Die Abhandlung macht keinen Anspruch auf wissenschaftliche Vertiefung. Sie stellt vielmehr nur die praktisch in Betracht kommenden Gesichtspunkte Der Verfasser

Die Erstattung eines Kreditgutachtens hat sich zu erstrecken auf

die Prüfung der Kreditfähigkeit der Firma

die Prüfung der Kreditwürdigkeit der leitenden Per-

Prüfung der Kreditfähigkeit

1. Ein Unternehmen ist kreditfähig, wenn es in der Lage ist

a) den in Anspruch genommenen Kredit aus den Geschäftserträgnissen sicher zu verzinsen,

die Rückzahlung des Kredits aus den bei Fälligkeit

flüssig zu machenden Mitteln zu gewährleisten, den Kredit für den Fall des Zusammenbruchs des Unternehmens durch verwertbare Deckungsmittel sicherzustellen.

2. Die Prüfung, ob das Unternehmen im regelmäßigen Verlauf des Geschäfts die aus dem Kredit sich ergebenden laufenden Verpflichtungen aufbringen kann (Zins, Kosten der Kreditbestellung, etwaige Tilgungsraten, etwaiges Disagio) bedingt abgesehen von der Nachprüfung der technischen Zulänglichkeit der Anlagen eine eingehende Untersuchung der Ertragsfähigkeit an Hand der Geschäftsbücher. Die Gewinn- und Verlustrechnung in der üblichen Form ist hierfür nicht brauchbar. Man muß zunächst für die zurückliegende Zeit (etwa 2 bis 3 Jahre) eine sogenannte Erfolgsanalyse anfertigen. Zu diesem Zweck sind die einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung daraufhin zu untersuchen, ob in ihnen Beträge enthalten sind, die nicht mit dem Geschäftsergebnis des laufenden Geschäftsjahres zusammenhängen, sondern entweder einen andern Rechnungsabschnitt betreffen (nicht richtige Rechnungsabgrenzung) oder Zufalls-Charakter haben (Brandschaden, Konjunkturverluste) oder überhaupt mit dem Betriebe nicht zusammenliängen (Verluste oder Gewinne aus Effektengeschäften usw.). Diese Untersuchungen muß man sowohl für die Aufwands- als auch für die Ertragsseite der Gewinn- und Verlustrechnung anstellen. wird man zweckmäßig zwei Gruppen von Posten bilden:

a) die mit der Herstellung der Waren unmittelbar zu-sammenhängenden Posten (Warenkonto, Rohstoff,

Aufwand und Lohn),

b) die neben der Warenherstellung entstehenden Kosten (Unkosten, getrennt nach Betriebsunkosten, Vertriebsunkosten und Verwaltungsunkosten).

Bei der Untersuchung zu a) wird man zunächst den Einfluß von Preisschwankungen auf der Einkaufs- und der Verkaufsseite auszuschalten haben. Man berechnet zu diesem Zweck den Bruttogewinn, der sich bei einem mittleren Rohstoff- und mittleren Verkaufspreis ergeben wird, und stellt das Ausmaß der "Bewertungs"-Gewinne oder -Verluste fest, die dadurch entstehen, daß die in der Inventur angesetzten Einzelpreise der Rohstoffe und Waren am Jahresanfang und am Jahresschluß verschieden sind. Dabei hat man auch auf den Einfluß zu achten, der durch plötzliches Veralten von Waren im Lager, durch willkürliche Bewertungsmaßnahmen (Bildung stiller Reserven und deren spätere Auflösung) auf den Bruttoertrag ausgeübt wird. Zur Kontrolle rechnet man dann an Hand von Einzelkostenberechnungen noch aus, wie groß der Bruttoüberschuß (Verkaufspreis abzügl. Material + Lohn) sich bei den einzelnen in Betracht kommenden Artikeln auf Grund einer außerhalb der Buchführung stehenden Vor-kalkulation ergeben würde, stellt aus den Geschäftsbüchern den Anteil der einzelnen Artikel am Gesamtumsatz fest und berechnet nach den Regeln der Mischungsrechnung mit den Umsatzanteilen und den für die einzelnen Waren sich ergebenden Bruttogewinnsätzen den durchschnittlichen Bruttogewinn. Durch Vergleich dieser Zahlen für mehrere aufeinander folgende Jahre ergibt sich dann, ob der Bruttogewinn einigermaßen konstant bleibt, d. h. ob der Betrieb in der Lage war, seine Preise gegenüber der Konkurrenz den Schwankungen der Rohstoffpreise und Löhne anzupassen. Zweckmäßig wird man dies auch an einzelnen Nachkalkulationen aus den verschiedenen Jahren über-

Bei diesen Untersuchungen darf man die auf der Sollseite des Warenkontos stehenden Rückbuchungen nicht vergessen, die durch Rückwaren und sogenannte Erlösschmälerungen, d. s. außerhalb der Verkaufsrechnungen gewährte Rabatte und Preisnachlässe ("Treurabatte"), Kundenskonto, Fracht- und Portovergütung für frachtfreie Lieferung usw. entstehen, und die bei nicht besonders plan-mäßig ausgebildeten Kontensystemen im Soll des Waren-kontos erscheinen. Sie werden, da sie in der Selbstkostenrechnung nicht enthalten sind, weil sie keine Aufwendungen sind, sondern Minderungen des Erlöses, von einer Bruttogewinnberechnung, die nur auf die Listenpreise ab-gestellt ist, nicht mit erfaßt. Das führt zu erheblichen Fehlern. Zur Berücksichtigung dieser Minderungen des Bruttoertrages stellt man das Verhältnis dieser Sollposten zum Umsatz fest (wobei Rechnungs-Stornoposten aber auf beiden Seiten auszuscheiden sind) und zieht diesen Durchschnittssatz von dem listenmäßigen Verkaufspreis der einzelnen Artikel ab.

Bei der Untersuchung zu b) ist eine Durchleuchtung der Aufwendungen auch unter Berücksichtigung der technischen Gesichtspunkte zweckmäßig. Insbesondere wird man die Abhängigkeit der Kosten von der Betriebsleistung (Umsatz, mengenmäßige Betriebsleistung usw.) unter-suchen. Hierbei ist das von *Brasch* entdeckte Gesetz der Kostenhysteresis zu beachten. Das Ziel dieser Unter-suchungen ist die Aufstellung einer Kostenfunktion, aus der die Abhängigkeit der Kosten vom Umsatz ersicht-

Man kann hier empirisch vorgeben, indem man die Ergebnisse der tatsächlich vorliegenden Geschäftsjahre berücksichtigt. Dabei wird aber auf Änderung der Preislage der einzelnen Aufwandsposten (Indexänderungen) zu

Man kann aber auch (das wird häufig erst das richtige Bild geben) ausgehend von dem wirklichen Geschäftsergebnis ein vollständiges Betriebsbudget für verschiedene Betriebsleistungen aufstellen.

Unter der Annahme verschiedener Bruttoerträgnisse lassen sich dann die bekannten Kostendiagramme aufstellen, aus denen man den kritischen Punkt (die Rentabilitätswende) für verschiedene Verhältnisse ablesen kann.

Die weitere Untersuchung muß sich nun auf die Frage erstrecken, ob der zur Sicherstellung der Verzinsung und sonstigen laufend anfallenden Lasten notwendige Umsatz nach den Marktverhältnissen erreichbar erscheint. Man benutzt hierzu eine Analyse der Absatzverhältnisse an Hand des Kontokorrents, untersucht, welche Kunden als regelmäßige Bezieher, welche als "Eintagsfliegen" anzu-sehen sind, wie sich die Abnahme der einzelnen Kunden infolge des allgemeinen Konjunkturverlaufs verschoben hat, und mit welcher Wahrscheinlichkeit der notwendige Mindestumsatz erreicht werden kann.

Die Prüfung, ob die Rückzahlung des Kredits am Verfalltag möglich erscheint, wird sich auf die Untersuchungen zu 2) stützen können. Man wird sehen, inwieweit der Überschuß zur Reservebildung ausreicht. Dabei ist naturgemäß auch wichtig die Verwendung des Kredits. Wird der Kredit lediglich zur Ausdehnung des Umsatzes benutzt, ohne daß Anlagen neugeschaffen werden müssen,

Berechnung des Geldbedarfs für Geschäftsjahr

I. Grundlagen

1. Aus der Selbstkosten- rechnung festgestellt			tistik der estgestellt			ieferbe- tgestellt
Material º/o v. Umsatz Lohn º/o " " Bewegl. " " " " " Unkosten " " " " " Feste Kosten monatl RM	de nach 1 ,, 2 ,, 3	"		des Materialbezugs - 0/0 - 0/0 - 0/0 2 - 0/0 3 - 0/0 3 - 0/0 -		bezugs
Monat	1 11	III IV	V VI	IIIV IIIV	lX X	XI XII
Erwarteter Umsatz U						
Hierzu nötiges Material M						
Fertigungslohn (rot)						

II. Zu erwartender Geldeingang (schwarz) und fällig werdende Lieferer-Rechnungen (rot)

hre	Monat IX	U	М	
Vom Vorjahre	X			
по	XI			
>	XII			
	1			
	11			
	Ш			
ire	IV			
Vom laufenden Jahre	V			
nden	VI			
aufe	VII			
om l	VIII			
>	IX			
	Х			
	1X			
	XII			
Un	kosten (re	ot)		
Ko	stensumm	e (rot)		
Ge	ldeingang	(schwa	rz)	
111	Übersch	uß-Fehl	betrag .	
Fo	rtlaufende	Additio	on	

so ist eine Rückzahlung durch Umsatzdrosselung leichter, als wenn der Kredit für nicht oder nur sehr schwer ver-äußerliche Anlagen benötigt wird. Man wird hierbei auch berücksichtigen müssen, inwieweit am Fälligkeitstag eine Umschuldung möglich erscheint. Hierbei spielt die Möglichkeit der anderweitigen Verwertung der mit dem Kredit etwa angeschafften Anlagen eine große Rolle.

4. Die Prüfung der Kreditdeckung muß sich zunächst mit den einzelnen Vermögensstücken des Unternehmens und ihrer Eignung für Sicherheitszwecke befassen. Der Grad der Verwertbarkeit und die mit dem Besitz verbundenen laufenden Unkosten (Steuern, Unterhaltung, Bewachung) müssen untersucht werden, um den Kreditgeber vor Überraschungen zu bewahren. Nicht geeignet sind Gegenstände, die sich nur schwer verwerten lassen, oder deren Verwertung ohne Auflösung des Unternehmens nicht möglich ist. In Betracht zu ziehen ist auch, inwieweit die einzelnen Vermögensgegenstände für Kreditsicherheitszwecke überhaupt frei sind. Auf Eigentumsvorbehalte der Lieferer, Verkaufsbeschränkungen, bestehende Sicherheitsübereignungen und Mithaftung für Hypotheken muß um so sorgfältiger geachtet werden, als hierfür aus den Geschäftsbüchern in der Regel keine Anhaltspunkte zu gewinnen sind. Man muß auf den Schriftwechsel zurückgreifen. Zu beachten ist auch, daß durch die Bestellung der Sicherheiten nicht der Betrieb soweit wirtschaftlich ausgehöhlt werden darf, daß nur noch der Schein eines blühenden Unternehmens vorgetäuscht wird. Dann gerät der Kreditgeber möglicherweise gegenüber den Lieferern des Unternehmens, welche im Vertrauen auf die anscheinend bestehende Kreditwürdigkeit liefern, in eine Haftung wegen Kredittäuschung, die nach Ansicht des Reichsgerichts auch ohne böse Absicht fahrlässig begangen werden kann. Es muß also nach Wegnahme der Sicherheiten unter Berücksichtigung der Gesamtverhältnisse des Unternehmens zur Zeit der Kredithergabe dem Unternehmen noch ein Vermögensstock verbleiben, der die im regelmäßigen Geschäftsbetrieb in Anspruch genommenen Liefererkredite unter gewöhnlichen Verhältnissen noch deckt. Es muß ferner geprüft werden, in welcher Rechtsform die zu bestellenden Sicherheiten zu bestellen sind, ob einfache Vereinbarung genügt (meist nicht!), oder ob besondere Formvorschriften (constitutum possessorium bei Sicherheitsübereignung) oder notarielle Beurkundung notwendig sind.

5. Die Sicherheit eines Kredits ist bei Zusammenbruch, Zahlungseinstellung usw. immer gefährdet, auch wenn der Kredit noch so gut gedeckt ist. Der Geldgeber hat zum mindesten mit dem Wagnis und den Kosten der Verwertung der Sicherheiten zu rechnen. Infolgedessen ist für die Beurteilung der Kreditfähigkeit auch die Zahlungsbereitschaft des Unternehmens, das Verhältnis der eigenen Mittel zum Gesamtumfang des Unternehmens und die Verwendung der Betriebsmittel von Bedeutung. Ein festgefahrenes Unternehmen, das durch den Kredit nicht völlig flüssig gemacht werden kann, ist nicht kreditfähig. Man muß deshalb durch Aufstellung einer Geldbedarfsübersicht feststellen, ob mit den nach Zuführung des Kredits zur Verfügung stehenden Mitteln der regelmäßige Geschäftsbetrieb einschließlich etwaiger Sonderaufwendungen aufrecht erhalten werden kann. Hierzu dient die

Geldbedarfsberechnung (Vordruck 1).

Bei der Beurteilung des Wertes der Sicherheiten ist bei Sicherheiten, die der Verschlechterung unterliegen (Maschinen usw.), nicht der Zeitpunkt der Kredithergabe, sondern der Zeitpunkt maßgebend, in dem der Kredit zurückbezahlt werden muß. Bei der Bewertung muß man ebenfalls den ungünstigsten Fall, den der Stillegung und Ausschlachtung des Unternehmens im Auge haben. Hierbei wird man aber, um die Kreditfähigkeit nicht unnötig zu schmälern, auch in den besondern Verhältnissen des Unternehmens liegende Verwertungsmöglichkeiten mit in Rechnung stellen. So kann man z. B. bei einem Gebäude, dessen Verkauf für Betriebszwecke ausgeschlossen erscheint, das aber sehr viele Träger usw. enthält, sehr wohl den Abbruchswert unter Berücksichtigung der freiwerdenden Trägermassen in Rechnung

Prüfung der Kreditwürdigkeit

1. Kreditwürdig ist nur ein ehrbarer Kaufmann. Wer es mit den kaufmännischen Anstands- und Ehrbegriffen nicht ganz genau nimmt, der wird im Notfall auch Handlungen vornehmen, die den Kredit gefährden.

2. Einen guten Anhaltspunkt für die Beurteilung der Kreditwürdigkeit ergibt eine Betrachtung des Geschäftsverkehrs mit Kunden und Lieferern. Schon eine Durchsicht der Kontokorrentkonten bietet hierfür Anhaltspunkte, mehr noch der Schriftwechsel. Weitere Anhaltspunkte bieten Betrachtungen über die bisherigen Geldbeschaffungsmaßnahmen.

- 3. Kreditwürdig ist ferner nur, wer mit den ihm zur Verfügung gestellten fremden Mitteln richtig und sparsam haushalten kann. Wer sich mit seinen Privatentnahmen nicht nach der durch den Ertrag gegebenen Decke streckt, ist nicht kreditwürdig. Eine Untersuchung der Privatentnahmen, die Feststellung, inwieweit in Zeiten der Geldnot eine Anpassung der Privatentnahmen an die Geldlage erfolgt ist, bildet deshalb bei Privatunternehmungen eine wichtige Ergänzung der Kreditprüfung, wobei unvermeidliche Entnahmen, durch die nicht von heute auf morgen zurückzuschraubende Lebenshaltung, durch Steuern auf festliegendem Besitz und durch eingegangene Lebensversicherungen naturgemäß nicht in Betracht kommen.
- 4. In gleicher Weise ist die von dem Unternehmen betriebene Investitionspolitik zu untersuchen.
- 5. Für die Beurteilung der Kreditwürdigkeit ist schließlich wichtig, ob und inwieweit gewagte Geschäfte unternommen und Spekulationskäufe ausgeführt werden, und inwieweit die Betriebseinrichtungen (Buchführung) einen klaren Überblick über alle Verpflichtungen und die jeweils zu beschaffenden Deckungsmittel ergeben.

WIRTSCHAFTSDYNAMIK

Im Januarheft wurde ein Beispiel gebracht, in dem die wertmäßigen Vorgänge und Verlagerungen dardie wertmaßigen Vorgänge und Verlagerungen dar-gestellt waren, wie sie sich bei einem in sich ge-schlossenen "Handelsverkehr in einfacher Form" zwischen vier Unternehmungen nacheinander er-geben. Im folgenden wird das damalige Beispiel in bezug auf die Bedeutung des Mengeninhalts im Warenwerte ergänzt. Gleichzeitig werden die allgemeinwirtschaftlichen Schlußfolgerungen daraus gezogen.

Fall A 2. Handelsverkehr ohne Gewinn und Verlust

Die Abb. 1 bringt das im Januarheft wiedergegebene Beispiel ohne die Erzielung eines Gewinns. Der Ausgangszustand ist der gleiche geblieben, nur die inneren und äußeren Vorgänge im Werteverlauf sind verändert, der durchweg nunmehr einer reinen "Mengenbeweg u n g" entspricht.

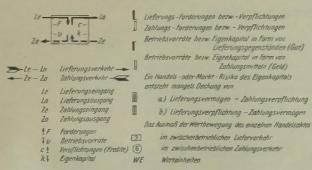
Auch in diesem Falle liegt im Anfang der Schwerpunkt des Warenvermögens in a, der des Geldvermögens in e, während wiederum b die größte Aktivität und Initiative aufweist. Auch hier läuft b durch seine unternehmende Handlung (Wagnis) Gefahr. Nur ist b diesmal nicht in der Lage, hierbei für sich einen Gewinn zu erzielen, da sich die Waren- und Geldbewegung mengenmäßig nach innen und außen in jedem Falle ausgleichen. Demgegen-über tritt aber im weiteren Verlauf des Handelsverkehrs ein neues Gefahrenmoment nicht mehr in Erscheinung, da sowohl bei c (6. Vorgang) wie bei d (7. Vorgang) die jeweils vorhandenen Geldbeträge zur Deckung der eingegangenen Zahlungsverpflichtungen genügen.

Durch den Abschlag der im Zuge von a über b, c und d wiederum nach a akkumulierten Gewinnaufschläge tritt eine starke Schrumpfung im Wertmaß der ein-zelnen Vorgänge ein, was ohne weiteres bei einem Vergleich der beiden Darstellungen zu erkennen ist. Gleichzeitig werden hierdurch die benötigten Waren- und Geld-kredite in steigendem Ausmaß verkleinert und zudem der Warenwert im Betrebvorrat und Eigenkapital in Übereinstimmung mit der konstanten Warenmenge gebracht.

Die im Anfangszustand vorhandene, für den Fall (Januarheft) gerade ausreichende "Geldmenge" ist infolgedessen im Falle A 2 zu groß, wodurch nicht nur der 11. Vorgang (Restzahlung c—b) in Fortfall kommt, sondern ein Teil der im Anfangszustand bei c und d vorhandenen Zahlungsmittel brach liegen bleibt. An sich wäre hier also die Voraussetzung für eine Steigerung der Warenlieferungen oder eine Verringerung der Geldvorräte ge-

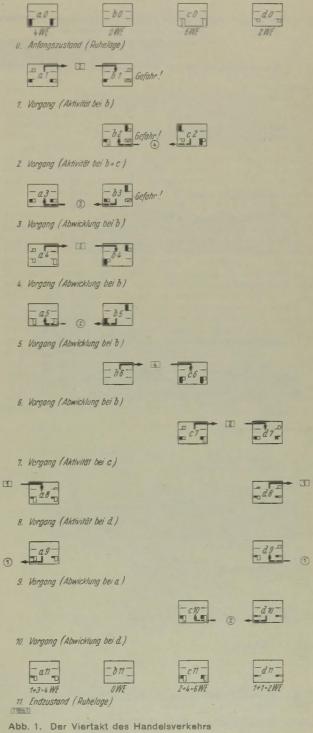
Der Endzustand (11) zeigt als Ergebnis des in sich geschlossenen Handelsverkehrs diesmal insgesamt keine Veränderung im Waren- und Geldbestand, sondern nur eine mengenmäßige Verlagerung in und zwischen den einzelnen Trägern des wechselseitigen Tausches.

Wie die Vermögensbilanz der Gesamtwirtschaft (Abb. 2) ausweist, ist aber auch bei einem



Frläuterung der Abb. 1

derartigen rein "mengenmäßig" geführten Handelsverkehr eine Reihe von Gefahrenpunkten (1, 2, 3) durch die Abweichung des Deckungsverhältnisses zwischen den jeweiligen Betriebsvorräten an Gut (Ware) und Geld sowie den anteiligen Gegenwerten des vorhandenen Eigenkapitals gegeben. Ein reiner "Mengentausch" schließt also ebensowenig das "wertmäßige" Tauschwagnis aus, wie er anderseits keinesfalls die Inanspruchnahme von Waren- und Geldkrediten erübrigt. Wohl aber tritt gegenüber einer Gewinn erzielenden Wirtschaft (Fall A 1), in der sich mit der Steigerung der Warenpreise auch eine Wertausweitung der Warenvor-



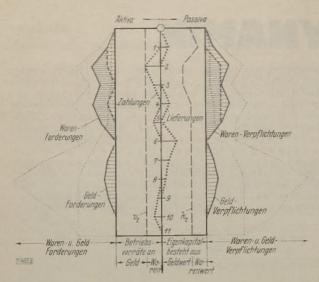


Abb. 2. Die Vermögensbilanz der Gesamtwirtschaft Gefahrenpunkte bei 1, 2, 3 Gewinnanfall —

Die Gefahrenpunkte sind aus der Abweichung der Eigenkapitalteilung $(k_t$ -Linie) von der Betriebsvorräteteilung $(v_t$ -Linie) ersichtlich.

Die dünn gestrichelten Linien stellen die entsprechenden Umrisse des Falles A 1 dar.

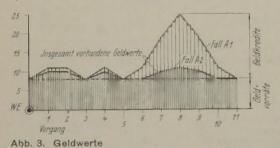


Abb. 4. Warenvorräte

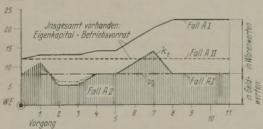


Abb. 5. Eigenkapital und Betriebsvorrat



Abb. 6. Lieferungen



Abb. 7. Zahlungen

räte und des entsprechenden Eigenkapitales vollzieht, bei einem reinen Mengentausch eine Schrumpfung des insgesamt benötigten Kredits und gegebenenfalls auch eine Verminderung der Gefahrenpunkte ein. So verschwindet z. B. hier, wie bereits erwähnt, das Gefahrenmoment bei c 6 und d 7.

Wie drückt sich nun die Wirkung eines derartigen in sich geschlossenen Handelsverkehrs in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht aus (Abb. 3 bis 7)? Zunächst seien die durch die Entwicklung bedingten Grenzen und Möglichkeiten der Geldbeschaft ab eschaffung betrachtet (Abb. 3). Hier vermag der neben den an sich vorhandenen (konstanten) Geldvorräten in Anspruch genommene Kredit als Unterlage für die Beschaffung zusätzlicher Zahlungsmittel zu dienen. Die Art und Weise der Beschaffung selbst soll dabei zunächst einmal unberücksichtigt bleiben.

Wie ein Vergleich der beiden behandelten Fälle erweist, ermöglicht im Zuge des Handelsverkehrs, wenn auch nur vorübergehend, ein gesteigerter Warenpreis oder ein sich hierin ausdrückender laufend akkumulierter Handelsgewinn auch eine wesentlich gesteigerte Beschaffung zusätzlicher Zahlungsmittel (Geldschöpfung), obwohl in beiden Fällen die gehandelte und gelagerte Warenmenge die gleiche bleibt. Daraus folgt, daß zwar die Möglichkeiten der Geldschöpfung selbst an sich durch Artund Ausmaß der eigentlichen mengenmäßigen Handelsvaklung des Warenperise, vielsen jeweils durch die Entwicklung des Warenpreise, vielmehr bestimmt umgekehrt die tatsächliche Preisbildung im Zuge des jeweiligen Handelsverkehrs die mehr oder weniger starke Kreditausweitung und damit die Genzen der jeweiligen praktischen Möglichkeiten, sich mehr oder weniger zusätzliche Zahlungsmittel zu schaffen.

Demgegenüber drückt in Abb. 4 der Ausschlag zwischen dem im Markte erzielten Warenpreis und dem im Betriebe vorhandenen Warenpreis und dem im Betriebe vorhandenen Warenwert (Warenvorräte) die noch in der Gesamtwirtschaft realisierbaren Reserven en der einzelnen Betriebe in bezug auf den jeweiligen Preisstand des Marktes aus. Dasselbe ist naturgemäß auch in negativem Sinne der Fall, wenn im Verlauf des Handelsverkehrs der Warenpreis sinkt. Gleichzeitig wird hierdurch die Entwicklung der mengenmäßigen Kaufkraft des Geldes selber bestimmt, die stets im umgekehrten Verhältnis zur Preisveränderung der Waresteigt oder fällt. Im Falle Albedingt somit die Steigerung des Warenpreises eine Kaufkraftverminderung des Geldes, und zwar an sich unabhängig davon, ob die Voraussetzungen für eine zusätzliche Geldschöpfung über den beanspruchten Kredit gegeben sind (Vorgang 5 bis 8) oder nicht (Vorgang 9 bis 11).

Das abweichende Deckungsverhältnis in der wertmäßigen Zusammensetzung der Betriebsvorräte und des Eigenkapitales sowie die dadurch bedingten Gefahrenmen momente der Wirtschaft (Abb. 5) stehen hiermit nur in einer losen kausalen Beziehung, die vor allem durch die Art und Weise des Viertakts im Handelsverkehr sowie die Anfangslage in der Verteilung der Waren- und Geldvorräte beeinflußt wird. Hierauf wird später noch näher einzugehen sein. Desgleichen werden die zunächst nur an einem besonders gelagerten Fall dargestellten Beziehungen zwischen Warenpreis, Geldschöpfung und Kreditausweitung noch näher behandelt.

Zusammenfassung

A. Voraussetzungen

- 1 bis 7. wie Fall A 1 (Techn. u. Wirtsch., Heft 1/1934, S. 19).
- 8. Der Warentausch schließt die Entstehung eines Gewinns wie eines Verlustes aus. Er erfolgt somit auf rein mengenmäßiger Grundlage.

B. Schlußfolgerungen

- 1 bis 6. wie Fall A 1.
- 7. Im einfachen Lieferungs- und Zahlungsverkehr einer in sich geschlossenen Wirtschaft kann auch ein reiner Mengentausch mit einem wertmäßigen Wagnis verbunden sein. Die Entstehung des Wagnisses selbst ist durch die

Art und Weise des Handelsverkehrs sowie die jeweilige Verteilung und Zusammensetzung der Betriebsvorräte und Eigenkapitalien bedingt.

8. Im einfachen Lieferungs- und Zahlungsverkehr einer in sich geschlossenen Wirtschaft sind die Möglichkeiten der Beschaffung zusätzlicher Zahlungsmittel (Geldschöpfung) auf Grund der in Anspruch genommenen Kredite an sich durch Art und Ausmaß der mengenmäßigen Handelsakte bedingt. Die mehr oder weniger weite Begrenzung aber ist an die Entwicklung der Warenpreise bzw. die hierin sich ausdrückenden akkumulierten Handelsgewinne und Handelsverluste gebunden.

9. Im einfachen Lieferungs- und Zahlungsverkehr einer in sich geschlossenen Wirtschaft ist eine Veränderung des tatsächlich erzielten Warenpreises solange mit einer Reservestellung in positivem (bei Preissteigerung) oder negativem (bei Preissenkung) Sinne verbunden, als die ursprünglich in den Betrieben vorhandene Warenmenge noch nicht vollständig zu der neuen Preislage umgesetzt worden ist.

10. Im einfachen Lieferungs- und Zahlungsverkehr einer in sich geschlossenen Wirtschaft steht die Veränderung der Kaufkraft des Geldes in umgekehrtem Verhältnis zur Veränderung der Warenpreisbildung im Markt, und zwar unabhängig davon, ob die Voraussetzungen für eine zusätzliche Geldschöpfung auf Grund der im Handelsverkehr beanspruchten Kredite gegeben sind oder nicht. Auch bei konstantem Geldvorrat und mengenmäßig gleichbleibendem Lieferverkehr tritt also durch die Veränderung des Warenpreises in umgekehrtem Verhältnis eine Veränderung des vorhandenen Zahlungsvermögens ein.

Bredt [1955]

WIRTSCHAFTSBERICHTE

Die deutsche Wirtschaft Mitte Januar 1934

Die Atempause, die gerade der Januar den meisten Zweigen der Wirtschaft bringt, erscheint in diesem Winter besonders willkommen. Nach Abschluß eines Jahres, in dem ein ganzes Volk mit geeintem Wollen und vereinten die Grundlagen für den Wiederaufstieg zu Kräften schaffen begann, ist es nicht nur wichtig, sondern auch notwendig, daß jeder einzelne Umschau bei den Nachbarn und Einkehr bei sich selber hält. Noch sind wir nicht durch die Notzeiten durch, so sehr auch erfreulicherweise der Kurvenzug fast aller konjunkturellen Zahlenergebnisse im letzten Jahre den Beginn des Wiederaufstiegs verkündet. Vor allen Dingen aber gilt es, die hier oder dort aus Unkenntnis oder Übereifer gemachten Fehler im Wiederaufbau nach Möglichkeit zu verbessern und aus ihnen für die kommende Frühjahrsarbeit zu lernen.

Für die Zukunft der deutschen Wirtschaft und darüber hinaus des deutschen Volkes würde kaum etwas schädlicher sein, als die heute überall deutlich erkennbaren Ansätze zur Aufwärtsentwicklung der den Aufstieg tragenden lebendigen Kräfte vorschnell zu einer Treibhausblüte zu zwingen. Die Wirtschaftsgeschichte aller Länder lehrt, daß allen Übertreibungen Rückschläge folgen. Gerade davor aber muß sich nach Möglichkeit eine wieder genesende Wirtschaft bewahren. Jeder sollte daher die derzeitige Atempause benutzen, nicht nur die Bilanz des letzten Jahres zu ziehen, um dabei einen mehr oder weniger erfreulichen Erfolg festzustellen, sondern darüber hinaus sich Rechenschaft ablegen, wo es noch bei ihm selber im Sinne des zukünftigen Aufstiegs fehlt. Gilt es doch, zunächst die im Daseinskampf Schritt für Schritt gewonnenen Positionen pfleglich zu sicher und damit gleichzeitig die Voraussetzungen für den zukünftigen Aufstieg zu schaffen.

Das vergangene Jahr hat einen 2 Millionen-Erfolg in der Bekämpfung der Arbeits- und

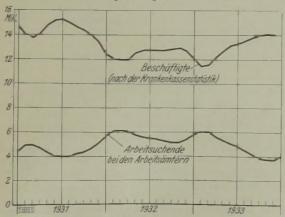


Abb. 1. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Erwerbslosigkeit gebracht (Abb. 1). Zwar ist aus saisonmäßigen Gründen die Anzahl der Arbeitsuchenden inzwischen wieder etwas gestiegen, was voraussichtlich noch sich bis tief in den Februar hinein fortsetzen wird. Für die Gesamtlage aber und damit den Ausgangspunkt des Jahreswerkes 1934 spielt das an sick keine bedeutsame Rolle. Wichtiger ist, daß es gelingt, die Gesamtheit der Werktätigen in ihrer nach dem Markt und Betrieb wechselseitig sich auswirkenden Erwerbskraft zu verbessern, um von hier aus die noch bestehenden Herde der Arbeits- und Erwerbslosigkeit mit Erfolg bekämpfen zu können.

Inzwischen haben sich die vom Inlandmarkt abhängigen Großhandelspreise anscheinend auf einer gleichbleibenden Höhe eingespielt, während die entsprechende Kennzahl der vom Weltmarkt abhängigen "reagiblen Waren" einmal wieder zur Abwechslung Auftriehstendenzen zeigt. Wie bereits mehrfach erwähnt, ist gerade auf diese Entwicklung sorgsam zu achten, weil von hier aus für die derzeitige deutsche Wirtschaftspolitik die größten Gefahren drohen. Kann doch bei einem raschen Anstieg der Rohstoffpreise das ganze deutsche Kalkulationsgefüge und damit die Grundlage der Preisstabilisierung ins Wanken geraten. Hier liegt daher auch eines der wichtigsten Aufgabenge biete einer großzügig in die Zukunft vorausschauenden deutschen Wirtsschauenden deutschen Wirtsschauenden deutschen Wirtssich auf eine Frage des Handels oder der Spekulation, es ist eine Lebensfrage des Volkes und damit

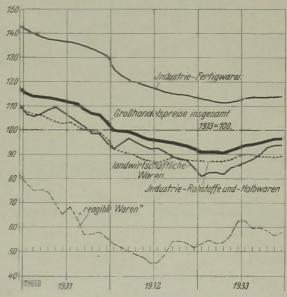


Abb. 2. Deutsche Großhandels-Kennzahlen (Stat. Reichsamt)

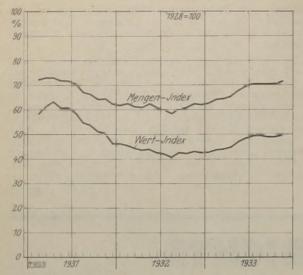


Abb. 3. Mengen- und Wertindex der industriellen Gesamtproduktion (Inst. f. Konj.)

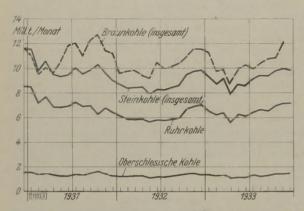


Abb. 4. Kohlenförderung in Deutschland

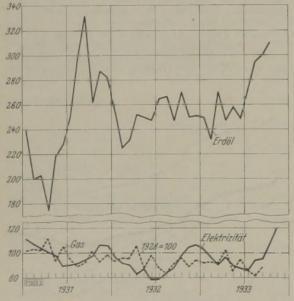


Abb. 5. Produktionskennzahlen für Elektrizität, Gas und Erdöl

eine der ganz großen Aufgaben der Wirtschaftsführung, die nicht der einzelne zu lösen vermag.

Gegenüber der in den Sommermonaten eingetretenen Stabilisierung zeigt der Mengenindex der industriellen Gesamtproduktion (Abb. 3) die Auswirkung des Weihnachtsgeschäftes, das nach dem

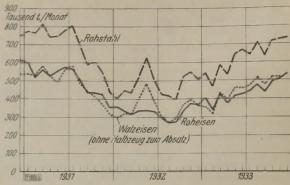


Abb. 6. Eisengewinnung in Deutschland

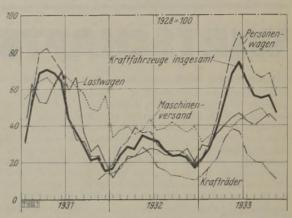


Abb. 7. Produktionskennzahlen des Maschinenund Kraftwagenbaues (Inst. f. Konj.)

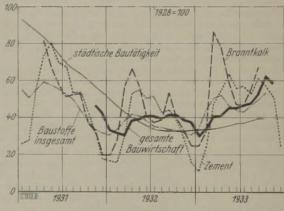


Abb. 8. Produktionskennzahlen der Bauwirtschaft

Rückschlag im Sept./Okt. dieses Mal besonders umfangreich war. Im Wertindex sind demgegenüber die Einflüsse der Preisbeschränkung der industriellen Erzeugnisse (Abb. 2) deutlich ersichtlich.

Im Kohlenbergbau (Abb. 4) hat die Belebung der inländischen Brennstoffmärkte sich insbesondere in einer raschen Zunahme des Industriekohlenversandes gezeigt, was vor allem Absatz und Erzeugung des Steinkohlenkokses günstig beeinflußte (I. f. K.). Ebenso hat der Kohlenabsatz an die Gas- und Elektrizitätswerke in Verbindung mit der Wirtschaftsbelebung und dem hierdurch verursachten vermehrten Gas- und Elektrizitätsverke tätsverbrauch (Abb. 5) zugenommen. Insgesamt konnten im Kohlenbergbau während des vergangenen Jahres infolge der Produktionssteigerung etwa 20 000 Mann mehr Beschäftigung finden.

Auch in der eisenschaffenden Industrie (Abb. 6) hat das Jahr 1933 einen neuen Aufstieg gebracht, obwohl das zusätzliche Inlandgeschäft zunächst einmal die Verluste im Auslandsabsatz ausgleichen mußte.

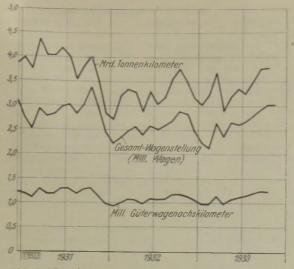


Abb. 9. Eisenbahnverkehr in Deutschland

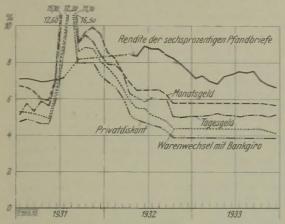


Abb. 10. Zinssätze in Deutschland

Gerade aber bei der eisenschaffenden Industrie hat sich die Answirkung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der öffentlichen Hand als besonders stützend und fördernd erwiesen, obwohl auch die Ersatzbeschaffungen der privaten Wirtschaft nach und nach eine erhöhte Bedeutung gewinnen (Abb. 7, Maschinenversand).

Im Kraftfahrzeugbau (Abb. 7) war der an sich stets in Erscheinung tretende Saisonausschlag im letzten Jahre besonders ausgeprägt, in Sonderheit wenn man hierbei die Personenwagen und Krafträder für sich betrachtet. Hier wirken sich die steuerlichen Maßnahmen der Reichsregierung aus. Insgesamt ist der Absatzfabrikneuer Fahrzeuge auf dem Inlandsmarkt von 1932 auf 1933 bei den Personenwagen etwa um 100 %, bei den Lastkraftwagen etwa um 60 % gestiegen. Die Ausnutzung der Kraftwagenfabriken hat sich infolgedessen in der zweiten Hälfte 1933 bereits dem Hochstande von Ende 1928 genähert. Demgegenüber stand der Aufschwung im Maschin en versand stark unter dem Druck des rückgängigen Maschinenexportes, der vom ersten bis dritten Viertel 1933 wertmäßig um etwa 14 % sank. Wenn trotzdem der Maschinenversand 1933 eine aufsteigende Entwicklung zeigt, so ist dies als Kennzeichen der Belebung des Inlandgeschäftes und damit der Ersatz- und Neubschaffung an Investitionsgütern in Deutschland besonders beachtlich.

Die staatliche Arbeitsbeschaffung und Arbeitserleichterung hat insbesondere den Tätigkeitsgrad der gesamten Bauwirtschaft (Abb. 8) in starkem Ausmaß erhöht. Vor allem war hiervon der Tiefbau betroffen, dessen Beschäftigung Anfang Dezember 1933 nur noch wenig hinter dem Stand des Hochkonjunkturjahres 1929 zurückblieb. Im Hochbau hat sich der Wohnungsbau belebt, was in Sonderheit auf die Steuererleichterungen für Gebäudeinstandsetzung und Siedlungsbauten zurückzuführen sein dürfte. Die Gesamtzahl der Neu- und Umbauwohnungen hat sich von 1932 auf 1933 um etwa 40 000 auf 200 000 vermehrt. In Verbindung mit der Belebung der Bautätigkeit sind auch die Produktionsziffern der Baustoffindustrien (Abb. 8) gestiegen.

Im Vergleich mit dem Fortschritt der gewerblichen Gütererzeugung zeigen die Verkehrszahlen der Deutschen Reichsbahn (Abb. 9) eine verhältnismäßig zu geringe Der Güterverkehr auf Bahnen und Binnenschiffen dürfte im abgelaufenen Jahr mit etwa 340 bis 350 Mill. t (I. f. K.) nur um etwa 10 % über dem Stand des Vorjahres liegen. Ob und inwieweit diese verhältnismäßig geringfügige Steigerung mit dem strukturell bedingten Verkehrsrückgang oder der starken Konkurrenz andrer Verkehrsmittel (z. B. des Kraftwagens) zusammenhängt, läßt sich an Hand des Kurvenverlaufes nicht ohne weiteres erkennen. Sicher ist, daß das gesamte Verkehrsund Versandproblem in Deutschland noch vor der Lösung steht. Hierbei ist insbesondere der wirtschaftlich gesunde und die Wirtschaftsentwicklung selbst fördernde und pflegende Reichsbahntarif noch immer eine für alle Beteiligten offene Frage, die in engster Berührung mit dem Übergang zu einer aktiven Verkehrs-politik steht. Dienst am Kunden und weitgehende politik steht. Dienst am Kunden und weitgehende Anpassung an die praktischen Erfordernisse der einzelnen Wirtschaftszweige ist hierbei nicht nur das Kernstück jeder bahnbrechenden Verkehrsentwicklung, sondern gleichzeitig auch die beste Gewähr für ein in der Zukunft gesichertes Geschäft. Wie in der gesamten deutschen Wirtschaftspolitik muß auch hier im Personen- und Güterverkehr der Grundsatz zur Geltung gelangen, zunächst einmal durch Stärkung der wirtschaftlich Schwächeren Entlastung der namentlich kostenmäßig verstopften Wirtschaftskanäle, selbst unter Einsatz des verfügbaren Kredits, die Voraussetzungen für den Wirtschaftsaufstieg zu

Wie bereits früher erwähnt, ist dies insbesondere die von der Reichsbank werfolgte Richtlinie in der Kurs- und Zinspolitik, deren bisherigen Erfolg am besten einige Kennziffern (Abb. 10) des Kapital- (Rendite der sechspozentigen Pfandbriefe) und Geldmarktes (die übrigen Kennziffern) zeigen (vgl. auch Techn. u. Wirtsch. Heft 11/1933, Seite 341, Die deutsche Wirtschaft Mitte Oktober 1933).

Wirtschaftskennzahlen

Gruppe	Januar 1934	Dez. 1933	Nov. 1933
Lebenshaltungskennzahl des Stat.			
Reichsamtes (1913 == 100) Großhandelskennzahl des Statist.	120,9	120,9	120,4
Reichsamtes (1913 = 100) Baukennzahl (Stat. Reichsamt, neue		96,2	96,0
Berechnung)		128,3	128,1
zahl – Stat. Reichsamt 1913 = 100)	-	122,3	122,4

Aktienkennzahl (Stat. Reichsamt) 1. 1. bis 6. 1.: 69,83; 8. 1. bis 13. 1.: 70,52; 15. 1. bis 20. 1.: 69,91; 22. 1. bis 27. 1.: 70,02; 29. 1. bis 3. 2.: 71,44.

Erwerbslosenzahlen¹) (in 1000) am 31. 12. 33. Gesamtzahl 4058

Arbeitslosen-	Krisen-	Wohlfahrts-	Nicht-
versicherung	fürsorge	erwerbslose	unterstützte
554	1175	1410	920
Vorl. Zahlen aus	Wirtschaft u.	Statistik" 1. Jan	Heft 1934.

G	eldmarkt am 1. Februar 1934			0.0
	Reichsbankdiskontsatz ab 2. 9. 32			. 4
	Lombardzinsfuß der Reichsbank ab 2.9.32			. 5
	Privatdiskontsatz in Berlin kurze Sicht.			. 37/8
	,, lange Sicht .			. 37/8
	Tagesgeld an der Berliner Börse	£ 1/2	bi	is 5½

Produktionsstatistik

FIOGRATIONSSIGNISTIK								
Land	Industrie	Nov. 1933	Dez. 1933 1000 t	Dez. 1932				
Deutschland	Steinkohle . Braunkohle . Ruhr-Steink . Ruhr-Koks . Rohstahl . Walzwerk- erzeugnisse Rohstahl . Roheisen . Roheisen .	9 994,0 12 174,3 7 113,1 1 400,8 725,3 514,7 706,1 143,9 137,2 1 102,4	9 914,9 12 926,7 7 059,1 1 564,0 730,6 529,7 679,6 163,6 147,0 1 195,8	9 855,2 11 551,3 7 038,2 1 404,9 506,5 360,8 437,3 171,6 169,8 554,7				
Güterwagengestelle Deutschen Reich beitstäglich in 1000	122,4	110,0	95,1					

Kohlenbergbau

Deutschlands Kohlenwirtschaft

Die folgenden Ausführungen sind dem kürzlich erschienenen Bericht des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikates für das Geschäftsjahr 1932/33

Ebenso wie die gesamte Weltwirtschaft war auch die Weltkohlenerzeugung in den letzten Jahren immer geringer geworden, um im Geschäftsjahr 1932/33 einen Tiefstand zu erreichen, von dem sich dann im laufenden Geschäfts-jahr 1933/34 in einigen Ländern, darunter auch in Deutschland, eine Besserung anbahnte. Aber gerade in den Ländern, die für uns als Abnehmer von Kohle besonders wichtig sind, sind noch keine oder nur so geringe Ansätze zur Besserung der Gesamtwirtschaftslage vorhanden, daß der deutsche Kohlenabsatz davon noch keine Erleichterung erfahren hat. In Holland haben die Handelsvertragsverhandlungen zu einem insofern erfreulichen Ziel geführt, als die unangenehmen politischen Auseinandersetzungen durch die landwirtschaftlichen Interessen beigelegt sind. Am wichtigsten war für uns die Entwicklung in Großbritannien. Der durch das entwertete englische Pfund und durch englische Zugeständnisse auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Erzeug-nisse ermöglichte Zuwachs in der englischen Kohlenausfuhr geht zu einem wesentlichen Teil auf Kosten Polens; das Vordringen Englands macht sich aber auch für uns bemerkhar.

Wenn auch bei der Kohlenausfuhr im allgemeinen unbefriedigende Ergebnisse erzielt werden, so ist dies doch immerhin das kleinere Übel gegenüber einer E in schränkung der Förderung, die ein Wachsen der Selbst-kosten und eine gerade in der jetzigen Zeit besonders bedenkliche Entlassung von Arbeitern zur Folge haben würde.

Von der 104 740 000 t betragenden Steinkohlen-Von der 104 740 000 t betragenden Steinkohlen - förder ung Deutschlands im Jahre 1932 entfielen 70 % auf den Ruhrbezirk, 7,1 % auf Aachen, 14,6 % auf Oberschlesien und 4 % auf Niederschlesien. Seit 1925 hat sich die Förderung des Aachener Bezirkes mehr als verdoppelt. Rund 25 % der Kohlenförderung des Deutschen Reiches im Jahre 1932 wurden ausgeführt. Die Braunkohlen im vergangenen Jahre langsamer ab als die Steinkohlenförderung. rung. An Braunkohlenbriketts wurden 29 752 000 t hergestellt; die Herstellung von Braunkohlenbriketts war damit um 35,38 % größer als im Jahre 1913.

Der höchste arbeitstägliche Gesamtabsatz des Ruhrsyndihates war im Monat November 1932 mit 189 740 t vorhanden. Die Förderung der Syndikatszechen verteilte sich zu 69 % auf Fettkohle, zu 18,7 % auf Gas und Gasflammkohle und zu 12,3 % auf Eß- und Magerkohle. Vom Koksabsatz entfielen 57,4 % auf Brech- und Siebkoks, 34,7 % auf Hochofenkoks und 7,2 % auf Gießereikoks. Von den 2.15 Mill. t Briketts wurden 61,9 % in Form von Vollbriketts, 38,1 % in Form von Eiformbriketts abgesetzt. Am 1. Januar 1932 wurden die Kohlenpreise um rd. 8 %, die Kokspreise um 10 % herabgesetzt. Der Verkaufspreis für Fettförderkohle, der als Grundpreis für die Bemessung der übrigen Kohlenpreise dient, ist von diesem Zeitpunkt bis heute mit 14,21 RM unverändert geblieben.

Die letzten drei Monate des Jahres 1932 wiesen eine merkliche Absatzbelebung auf. Seit den Frühjahrsmonaten 1933 befindet sich der Kohlenabsatz im Inlande wieder auf einer leicht ansteigenden Linie. Im April 1933 änderte die Regierung die Bestimmungen des Kohlenwirt-schaftsgesetzes über die Zusammensetzung der Kohlenwirtschaftsorgane. Im gleichen Monat wurde der Reichskohlenrat aufgelöst und die Erledigung seiner Aufgaben bis auf weiteres dem Geschäftsführer des RKR übertragen. Die seit mehreren Jahren schwebenden Verhandlungen mit den Aachener Zechen wurden durch das Eingreifen der Regierung im laufenden Jahre derart gefordert, daß im Dezember Vereinbarungen erzielt werden konnten, durch die der Beitritt des gesamten Aachener Steinkohlenbergbaues zum Rheinisch-Westfälischen Syndikat zum 1. April d. J. gesichert ist.

Im Jahre 1932 hatte auch die Verkehrswirtschaft weitere schwere Einbußen erlitten. Gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1927/29, in denen der Güterverkehr der Deutschen Reichsbahn verhältnismäßig stetig war, betrug der Verhaltinshabig stellg war, beirug der Verlust rd. 204 Mill. t, d. h. der Güterverkehr der Reichsbahn ist auf 57,9 % des Durchschnittsverkehrs aus den Jahren 1927/29 gefallen. Die von der Deutschen Reichsbahn im Zusammenhang mit der Neuordnung der Kohlentarife um die Jahreswende 1931/32 vorgenommene erhebliche Senkung der Kohlenfrachten hat weder den Verkehrsrückgang aufhalten können, der durch die in unverminderter Schärfe andauernde Wirtschaftskrise bedingt wurde, noch den gegenüber den Vorjahren sogar gesteigerten Einbruch fremder Kohle. Auch sonst hat die Neuordnung der Kohlentarife in der Wirtschaft nicht den Anklang gefunden, den die Reichsbahn wohl erwartet hatte. Der Ruhrbergbau fühlt sich durch die Neuregelung in keiner Weise befriedigt. Der Koksverkehr nach den Hochofenwerken in Frankreich und Luxemburg hat dank der von der Reichsbahn gewährten Frachtrückvergütungen in gleicher Höhe wie im Vorjahre gehalten werden können.

Die große Bedeutung des Hausbrandes für den Absatz veranlaßte die Einrichtung eines Versuchsstandes für die Untersuchung der Erzeugnisse des Ruhrkohlenbergbaues in Zentralheizungskesseln und Haushaltsöfen und -herden. Die Untersuchungen führten zu einem lebhaften Gedankenaustausch mit Herstellern dieser Feuerungsanlagen. Es wurde eine Reihe neuer eiserner Zimmeröfen entwickelt, die für die verschiedensten Kohlensorten gleich gut geeignet sind und auf dem Ofenmarkt unter dem Namen "Allesbrenner" eine sehr gute Auf-nahme gefunden haben. Pr. [1969]

Eisen- und Stahlindustrie

Eisen- und Stahlerzeugung 1933

Nach einem Bericht von Dr. Reichert in "Stahl und Eisen" 1) weist die Erzeugung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie im vergangenen Jahre erfreulicherweise eine beträchtliche Steigerung auf, und zwar erstreckt sich diese Erzeugungssteigerung auf fast alle Sorten von Roheisen und Rohstahl. Die arbeitstägliche Erzeugung hat sich von Anfang bis Ende des Jahres Schritt für Schritt erhöht,

bei Roheisen.... von etwa 12000 t auf 17000 t, " Rohstahl , " , 20 000 t , über 30 000 t, " Walzwerksfertig-erzeugnissen . . , " , 13 000 t , " , 21 000 t.

Vom ersten bis zum letzten Monat gerechnet, liegt eine Erzeugniszunahme von 50 % und mehr vor. Ein Vergleich der gegenwärtigen Monatsleistungen mit denjenigen der allerschlechtesten Monatserzeugungen 1932 würde den Prozentsatz weit über 50 % hinaus steigen lassen. Ein Vergleich der Kalenderjahre 1932 und 1933 ergibt folgenden Anstieg der Jahreserzeugung

im deutschen Zollgebiet: 1932

bei Roheisen.... von 3933000t auf 5234000t 33% of Rohstahl.... 5759000t 7556000t 31%

Walzwerksfertig-

" Walzwerksfertig-erzeugnissen . . " 4234000t " 5426000t 28% 1) Stahl und Eisen 54 (1934) Heft 1 S. 11/13.

im deutschen Saargebiet:

bei Roheisen von 1349000t auf 1591000t 18 % , Rohstahl , 1463000t , 1687000t 15 %

" Walzwerksfertigerzeugnissen . . " 994 000 t " 1 250 000 t 26 %

Mit diesen Leistungen hat die Eisen schaffende Industrie des deutschen Zollgebietes sich dem Stand von 1931 genähert, während das Saargebiet den Stand von 1931 bereits überschritten hat. [1975]

Elektrotechnische Industrie

Die Investitionen in der elektrotechnischen Industrie

Der zwischen industriellen Investitionen und dem Wirtschaftsverlauf bestehende Zusammenhang, daß lebhafter Geschäftsgang und gule Erträge die industrielle Anlagetätigkeit anregen und damit für die Konjunktur zugleich zu einer sturken Stütze werden, nachlassendes Geschäft dagegen auf die Investitionen der Industrie einschränkend wirkt und hierdurch den wirtschaftlichen Abschwung verschärft, wird durch die Ergebnisse von Untersuchungen des Statistischen Reichsamtes belegt (s. Wirtschaft u. Statistik 1933 Nr. 19). Diese verfolgten den Verlauf des industriellen Anlagenverm ögens bei den deutschen Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 1 Mill. RM und darüber und bei denjenigen kleineren Gesellschaften, deren Aktien an deutschen Börsen gehandelt werden. Im folgenden sollen für die elektrotechnische Industrie im Rahmen der gesamten deutschen Industrie die Ergebnisse der amtlichen Ermittlungen behandelt werden, wobei ebenfalls nur Millionen- und Börsenaktiengesellschaften berücksichtigt werden.

Unter den Investitionen unterscheiden wir die Neuanlagen, durch die der vorhandene volkswirtschaftliche Sachgüterbestand an Gebäuden, Maschinen und Inventar einen Zuwachs erfährt; sodann die Ersatzanlagen, die der Erhaltung und laufenden Erneuerung des industriellen Anlagevermögens dienen — hierfür werden in einer industriellen Wirtschaft wie der deutschen mit sehr hohem investierten Kapital bedeutende Beträge benötigt — und schließlich die als besomders reagibel den komjunkturellen Einflüssen am ehesten unterworfenen Vorräte.

Zahlentafel 1. Die Anlageninvestitionen der deutschen Industrie in Mill. RM

Jahr	Änderung der Anlagen- buchwerte insgesamt	Summe der Neuanlagen	Summe der Ersatz- anlagen	Brutto- investitionen (Neu- und Ersatzanlagen)
1924 bis 28 1929 1930 1931	$+2314 \\ +317 \\ +32$	$egin{pmatrix} +2314 \ +327 \ +116 \ +21 \end{bmatrix}$	3244 841 791 501	5558 1168 907 522
1929 bis 31	$\begin{array}{c c} & -348 \\ & + 1 \end{array}$	+ 464	2133	2597

Im Jahre 1928 hatte die Wirtschaftstätigkeit in Deutschland den Höchststand in der Nachkriegszeit erreicht, und entsprechend war auch die industrielle Neubautätigkeit auf dem Höhepunkt angelangt. In dem hier betrachteten bedeutenden Ausschnitt deutscher Industrie-Unternehmungen wurden 1928 Neuanlagen im Werte von 711 Mill. RM durchgeführt. Zusammen mit den noch größeren Ersatzanlagen von 789 Mill. RM ergabsich eine Bruttoinvestition von 1,5 Mrd. RM. Mit dem folgenden Jahre setzte mit dem beginnenden wirtschaftlichen Niedergang auch das Nachlassen der Investitionstätigkeit ein, wodurch die Konjunktur eine ihrer stärksten Stützen verlor. 1931 wurden Neuinvestitionen nur noch im Werte von 21 Mill. RM ausgeführt.

Für die Ersatzanlagen wurde festgestellt, daß sie hinter den regelmäßigen Abschreibungen, in deren ungefährer Höhe sie sich normalerweise bewegen müssen, immer weiter zurückblieben. Auch 1932 ist, wie die bisher vorliegenden Bilanzen erkennen ließen, das Investitionsvolumen auf dem niedrigen Krisenstand geblieben. In der

Zahlentafel 2. Anlagenabschreibungen 1) und Ersatzanlagen der dentschen Industrie in Mill. RM

Gruppe		1929		1930		1931			
		Ersatzanlagen	Ersatzanlagen in % der Ab- schreibungen	Abschrei- bungen	Ersatzanlagen	Ersatzanlagen in % der Ab- schreibungen	Abschrei- bungen	Ersatzanlagen	Ersatzanlagen in % der Ab- schreibungen
Industrie insgesamt davon: Produktionsgüter-	851	841	99	875	791	90	870	501	58
industrien davon:	634	634	100	643	602	94	617	342	57
Konstruktions- industrien	120	120	100	122	110	90	113	67	59

1) laufende regelmäßige Abschreibungen auf Anlagen (ohne Sonderabschreibungen).

Gruppe der Konstruktionsindustrien, zu der auch die elektrotechnische Industrie gehört, betrugen, ungefähr ebenso wie im industriellen Durchschnitt, im Jahre 1931 die Ersatzanlagen nur 59 % der Abschreibungen. In dieser Entwicklung der Ersatzinvestitionen, die sich nur zum Teil aus einem Rückgang der Investitionskosten erklärt, kommt das auch in früheren Depressionsperioden beobachtete Bestreben zum Ausdruck, die Abschreibungen zur Stärkung der Liquidität zu benutzen; die notwendigen Ersatzbeschaffungen werden zunächst zurückgestellt.

Zahlentafel 3. Investitionen in der elektrotechnischen Industrie (in Mill. RM)

Jahr	Änderung der Anlagen- buchwerte	Aus- gewiesene Ersatz- anlagen	Anderung der Vorratswerte		
				davon: elektro- techn. Industrie	
1924 bis 28	+139	188	+456	+125	
1929	+ 36	33	- 56	+ 17	
1930	+ 24	36	-303	-131	
1931	- 5	26	-349	-105	
1929 bis 31	+ 55	95	-708	-219	

1) Hauptgruppen: Maschinenbau, Elektrotechnik, Kraftwagenbau.

Für die der Untersuchung zugrunde liegenden Gesellschaften der elektrotechnischen Industrie wurde in den Jahren 1924/28 ein Anlagen zuwachs von 139 Mill. RM ermittelt. Das bedeutet, bezogen auf den Anfangsbuchwert der Anlagen (nach der Goldmarkeröffnungsbilanz 1924), eine Anlagensteigerung um 42 % gegen 28 % im industriellen Durchschnitt 1). In dieser größeren Investitionskraft spiegelt sich der gerade in diesem Zeitraum besonders lebhafte Elektrifizierungsprozeß wider, der für die fabrizierenden Unternehmungen der Elektrotechnik eine Ausweitung der Produktionskapazität zur Folge hatte. Auch 1929 und 1930 hatte die elektrotechnische Industrie noch einen Zuwachs ihres industriellen Anlagevermögens durch beachtliche Neuanlagen, und erst 1931 folgte sie der bei fast allen betrachteten Gesellschaften einheitlichen Tendenz des Rückganges der Anlagenbuchwerte.

Dem intensiven Lageraufbaualler Industrie-zweige während 1924/28 folgte ab 1929 im industriellen Durchschnitt, bei der Elektrotechnik ab 1930, ein Rückgang der Vorratswerte in außergewöhnlichem Umfange, der, soweit feststellbar, auch 1932 angedauert hat. Er erklärt sich jedoch nur zum Teil aus einer tatsächlichen Mengenverminderung in Anpassung der Bestände an den Absatzrückgang. Im übrigen kommt darin der starke Preisfall der Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate zum Ausdruck. Die Elektrotechnik gehört zu den Industriezweigen mit sehr starken Vorratsrückgängen, die außer in den bedeutenden Preissenkungen für Rohstoffe, insbesondere für Kupfer, in der besonderen Struktur ihres Vorratskontos begründet liegen, das auch die Aufwendungen für in Ausführung befindliche — infolge der Krise vor allem rückläufige — Großaufträge einschließt.

Dr. H. Winkler, Berlin [1974]

¹⁾ S. auch Sonderheft 22 des I. f. K. "Kapitalbildung und Investitionen in der deutschen Volkswirtschaft 1924 bis 1928".

Erdölwirtschaft

75 Jahre Mineralölförderung

In dem kleinen pennsylvanischen Orte Titusville brachte vor nunmehr 75 Jahren (1859) Colonel E. L. Drake die erste Erdölbohrung nieder. Zwar wurden auch früher schon dünnflüssiges Erdöl, Naphtha sowie Bergteer und Asphalt verwendet. So diente den alten Ägyptern das Erdöl zum Einbalsamieren der Leichen, Alexander der Große benutzte es bereits zu Leuchtzwecken, während ihm im alten Rom vorwiegend medizinische Aufgaben als Arzneimittel gestellt waren. Der Ausgangspunkt der heutigen Welterdöl in dustrie aber ist jenes erste pennsylvanische Bohrloch Drakes, dessen historische Bedeutung nach 75 Jahren eine Rückschau fordert. Aus jener ersten Bohrung wurden durch menschlichen Unternehmergeist nicht nur der Wirtschaft neue Energiequellen erschlossen, sondern gleichzeitig eine Weltindustrie zum Leben erweckt, deren beispielloser Aufstieg in einem ¾ Jahrhundert durch die Produktionsziffern am besten gekennzeichnet wird.

Zahlentafel 1. Erdölförderung der Welt

Jahr	1000 FaB (barrels)	Jahr	1000 FaB (barrels)
1860 1880	521 30 018	1920 1930	688 884 1 418 723
1900 1910	167 440 327 763	1933	rd. 1 485 682

Während die Förderung der letzten Jahre stagnierte, zeitweilig sogar rückläufig war, zeigte die Entwicklung bis zum Jahre 1930 eine sprunghafte Steigerung der Ausbeute, der ein entsprechender Bedarfsauftrieb gegenüberstand Die bisherige Erdölförderung wird auf Grund vorsichtiger statistischer Berechnungen mit 24 Mrd. barrels angegeben. V. R. Gartias schätzt die gegenwärtigen Erdölvorräte im Innern der Erde auf 24,465 Mrd. barrels = 3,493 Mrd. t. Damit würden die Welterdölvorräte nach dem gegenwärtigen Stand der Forschung und Erkenntnis etwa dem Erdölverbrauch der letzten 75 Jahre entsprechen. Kaum eine andere Industrie hat aber auch in gleicher Weise wie die Erdölindustrie Bedarf zu wecken verstanden. Ausgehend von dem Leuchtpetroleum, dem man den asiatischen Markt durch jene denkwürdige Werbemaßnahme der kostenlosen Verteilung tausender von Petroleumlampen erschloß, hat sich das Erdöl im Laufe der Jahre nicht nur als Schmiermittel, als Treibstoff, als Straßenbaustoff und anderes durchgesetzt, sondern seine Veredelungsprodukte finden Eingang und werden Ausgangspunkt zahlreicher anderer synthetischer Erzeugnisse der Erdölchemie.

Zahlentafel 2.
Aufteilung des Welterdölverbrauchs

Erzeugnis						
Gas- und Heizöl	42,8					
Benzin	39,9					
Leuchtöl (Petroleum)	8,5					
Schmieröl	3,4					
Sonstiges	5,4					

100,0

Als Gas- und Heizöl ebenso wie als Benzin hat sich das Erdöl zu einem bestimmenden Faktor innerhalb der Energiewirtschaft entwickelt. Auf einzelnen Gebieten, so insbesondere innerhalb der Welthandelsflotte hat das Erdöl die Kohle stark zurückzudrängen vermocht. 1914 fuhren knapp 4 % aller Handelsschiffe mit Ölfeuerung, während Kohle mit 88,8 % der bevorzugte Brennstoff war. 1932 fiel der Anteil der Kohlenbefeuerung auf 54,8 % zurück, während bis zum gleichen Zeitpunkt die Ölfeuerung 43,3 % crobert hatte. Der Luftverkehr wird völlig vom flüssigen Treibstoff beherrscht, und auch der Landverkehr mit seinem ständigen Anstieg an Kraftfahrzeugen bevorzugt Erdöl als Treibstoff. Sogar in den schienengebundenen Kraftverkehr dringt der Benzin- und Dieselmotor mehr und mehr ein.

Dieser Aufstieg einer Weltindustrie ist freilich durchaus nicht kampflos und reibungsfrei verlaufen. Im Gegenteil scheint gerade das Jubiläumsjahr der Erdölindustrie diese Produktion vor schwerste wirtschaftliche Entscheidungen zu stellen. Seitdem die Krise der Weltwirtschaft auf allen Ländern der Erde lastet, zeigt der internationale Erdölmarkt immer stärkere Verfallserscheinungen. Denn nur dem Uneingeweihten scheint es, als ob wenige Riesentrusts die Erzeugung, die Verarbeitung und den Vertrieb des Weltendöls beherrschen. Zwar liegt ein gewichtiger Produktionsanteil in den Händen der großen Konzerne, der Verfall des internationalen Erdölmarktes hat aber gezeigt, daß bei stagnierendem und rückläufigem Absatz und bei der Unsicherheit, die durch die Auffindung neuer Lagerstätten und neuer Produktionen in den Markt gebracht wird, bereits kleine Rohstoffmengen ausreichen, um die Unruhe in der Preisbildung bis zur völligen Deroutierung des Marktes zu steigern.

Das Aufblühen der Industrie und die Absatzsteigerung in allen Ländern der Welt machten das Erdöl zum bevorzugten Steuerträger für den Fiskus. Es wurde, um ein Vielfaches des Weltmarktpreises mit Steuern belastet, zu einem wesentlichen Finanzposten im Budget der Staaten Diese Funktion war für das Erdöl in wirtschaftlich günstigen Zeiten tragbar und sicherte ihm vielfach den Absatz, da der Finanzbedarf der einzelnen Länder an einem Mehrverbrauch und einem entsprechenden steuerlichen Mehraufkommen aus der Treibstoffwirtschaft interessiert war. In Krisenzeiten mußte diese Mehrbelastung aber zu einer Verbrauchsdrosselung führen und gleichzeitig den mit dem Erdöl in Wettbewerb stehenden vielfach heimischen Treibstoffen einen erheblichen Vorsprung sichern. So sehen wir, wie die Weltwirtschaftskrise in allen Ländern der Welt Autarkiebestrebungen ausgelöst hat und insbesondere in Europa die Inlanderzeugnisse mit der Welthandelsware Erdöl in schärfsten Wettbewerb treten.

Mit dem Einsetzen des konjunkturellen Aufstiegs wird zweifellos ein Anstieg des Treibstoffverbrauchs in der Welt verbunden sein. Gerade die Krisenentwicklung aber hat dazu beigetragen, daß die Deckung dieses Mehrverbrauchs wesentliche Verlagerungen innerhalb der Treibstoffwirtschaft in Aussicht stellt. Zollmauern, devisenpolitische Maßnahmen und der staatliche Zwang zum Verbrauch von heimischen Ersatztreibstoffen schränken den Erdölabsatz ein. Neue Industrien sind entstanden, um statt des Erdöls die Kohle als Grundstoff des flüssigen Treibstoffs zu setzen. Noch hat das Erdöl den Vorsprung des Preises, noch kann die Versorgung durch den Welt-markt mit diesem Rohstoff zu den wirtschaftlichsten Organisationen der Bedarfsdeckung überhaupt gerechnet werden. Sicher hat der Welthandel gerade auf dem Gebiet des Erdöl eine hervorragende Leistung hervorgebracht und eine preiswürdige Versorgung geschaffen. Dennoch läßt der bevorstehende Umbruch auch für die Weltversorgung ökonomische Gesetzmäßigkeit erkennen. Unter der Voraussetzung, daß ein konstanter Bedarf von 200 Mill. t Erdöl im Jahre eintritt, würden nach der gegenwärtigen Kenntnis der Lagerungen die Erdölvorräte der Welt noch 15 Jahre reichen. Aus den Erfahrungen der Kohlenwirtschaft und der Auffindung immer neuer Lagerstätten wird man auch für das Erdöl mit umfassenden neuen Vorkommen rechnen müssen. Dennoch bedeutet jede technische Weiterentwicklung der Verfahren für die Inlanderzeugung flüssigen Treibstoffes eine weitere Sicherung der Bedarfs-deckung auf Jahre hinaus. Deshalb scheint es falsch, wenn man im Jubeljahre der Erdölindustrie die Zeichen der Gegenwart ausschließlich negativ gegen diese Welt-industrie deuten zu müssen glaubt. Im Kampf um den wirtschaftlichen Treibstoff steht das Erdöl noch immer in der ersten Reihe der Wettbewerber, und wenn die Gegenwart neue Mitbewerber schafft, so werden dadurch nicht nur die vorhandenen Treibstoffvorräte vergrößert, sondern vor allem ihre Veredelung weiterentwickelt und die wirtschaftliche Ausnutzbarkeit gesteigert. Diese Aussicht auf eine ständige Verbesserung der Treibstoffwirtschaft in der Welt erscheint uns nach 75 Jahren Erdölwirtschaft ein positives Zeichen künftiger Entwicklung.

Riester, Berlin [1952]

Zementindustrie

Steigerung des deutschen Zementabsatzes 1933

Nach dem außerordentlich starken Rückgang, den die deutsche Zementerzeugung infolge der Stockung der Bautätigkeit in den Jahren 1929/32 zu verzeichnen hatte, hat das Jahr 1933 zum erstenmal dem Absatz der deutschen Zementindustrie wieder günstigere Aussichten eröffnet. Die Initiative der Reichsregierung bei der Inangriffnahme des Arbeitsbeschaffungsprogramms hat, da sich die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zum wesentlichen Teil auf das Gebiet des Baumarktes erstreckten, neben den übrigen Zweigen der Baustoffwirtschaft auch der Zementindustrie bedeutende neue Absatzmöglichkeiten auf dem Binnenmarkt eröffnet. Die Belebung des Zementabsatzes führte 1933 zu einer Steigerung der Verkaufsum sätze der Zement-Syndikate um 25 %, mengen mäßiggegen über dem Vorjahr um rd. 682 000 t. Dannt ist allerdings, wie aus der folgenden Zusammenstellung hervorgeht, der starke Produktionsrückgang, der im Jahre 1932 gegenüber 1931 eingetreten ist, noch nicht völlig ausgeglichen worden, es ist jedoch zu hoffen, daß die Fortführung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im neuen Jahr zu einer weiteren Absatzbelebung in der Zementindustrie führen wird.

Der Absatz der Zement-Syndikate stellte sich in den letzten Jahren wie folgt:

Jahr	1000 t	Jahr	1000 t
1926	5950	1930	5511
1927	7342	1931	3711
1928	7576	1932	2796
1929	7039	1933	3478

Die zu erwartende Neuregelung der Kartellverhältnisse in der Zementindustrie dürfte zweifellos einen günstigen Einfluß auf die Absatzmöglichkeiten der Zementindustrie im Jahre 1934 nach sich ziehen.

wd. [1973]

Tabakindustrie

Neuordnung in der deutschen Zigarettenindustrie

Die deutsche Zigarettenindustrie leitet zurzeit eine Preisund Absatzregelung in die Wege, obwohl sich deutliche Anzeichen einer Gesundung durch Hebung des Verbrauchs bemerkbar machen. Bei der besonderen Struktur dieses Wirtschaftszweiges ist aber gerade jetzt der geeignete Augenblick zur Ordnung des Marktes gekommen, nachdem ein Teil des auf ihm lastenden Druckes durch die Konjunkturbesserung genommen worden ist. In der Zigarettenindustrie werden etwa 70 bis 80 % der Gesamterzeugung von rd. 10 großen Firmen hergestellt. Neben einer größeren Anzahl von Mittelfirmen bestehen aber noch zahlreiche kleine und kleinste Firmen, die zeitweise durch ruinöse Preisunterbietungen auch dem Großerzeuger gewisse Schwierigkeiten bereitet haben, wenn auch ihr Hauptkampf in erster Linie gegeneinander gerichtet war. Da bei den zahlreichen psychologischen Einflüssen auf den Zigarettenverbrauch der Marktanteil der einzelnen Hersteller besonders hohen Schwankungen unterworfen ist, während der Gesamtabsatz in den schlimmsten Krisenjahren nur um etwa 15 % zusammengeschrumpft war, ist die Neigung in der Industrie gewachsen, dem heftigsten Konkurrenzkampf ein Ende zu bereiten und eine Kartellierung vorzunehmen.

Diese Besonderheiten der Produktions- und Absatzbedingungen der Zigarettenindustrie entspricht auch der Entwurf der Satzungen für das geplante Zigarettenkartell, der dem Reichswirtschaftsministerium mit dem Ersuchen eingereicht wurde, bei der Kartellregelung sich etwa sperrende Außenseiter zwangsweise beizuschließen. Der Satzungsentwurf trägt deutlichen Kompromißcharakter. Da es unmöglich erschien, die kleinen Firmen unter einen Hut zu bringen, und da selbst die mittleren Firmen in ein festes Quotenkartell schwerlich hineinzubringen sind,

plant man einen etwas komplizierten Kartellaufbau mit drei grundsätzlichen Stufen: Die kleinen Firmen mit einem monatlichen Umsatz (gemessen an den Kleinverkaufspreisen) bis zu 150 000 RM brauchen sich weder an eine Preis- und Konditionenregelung, noch an eine Quotenregelung zu binden; der Beitritt steht ihnen aber frei. Firmen mit einem Umsatz von 150 000 bis 300 000 RM monatlich können bei Bindung an die Preise einen Rabatt bis zu 2 % gewähren. Firmen mit einem Umsatz zwischen 300 000 bis 600 000 RM können 1 % Rabatt und 1 % Umsatzprämie geben. Von einem Umsatz von 600 000 RM an müssen die Firmen die vollen Preise und Konditionen einhalten. Übersteigt der Umsatz 750 000 RM monatlich — das ist nur bei den genannten 10 großen Firmen der Fall — dann müssen sie sich einer Quotenregelung unterwerfen, die für die übrigen Firmen nur freiwillig ist. Die Quote richtet sich nach dem Absatz in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1933. Sie ist nach einem Jahr abänderungsfähig. In vierteljährlichen Abständen wird festgestellt, ob die Firmen, gemessen am Absatz der beteiligten Gesellschaften, in diesem Zeitraum ihre Quote über- oder unterschritten haben. Es findet also keine Bindung an ein von vornherein festgelegtes Mengenprogramm statt.

Eine weitere wichtige Bereinigung des Marktes ergibt sich dadurch, daß die Handelsspanne genau festgelegt werden soll. Gerade auf dem Gebiete der Händlerrabatte sind in der Zigarettenindustrie arge Mißstände eingerissen. Nachdem eine Unterschreitung der Banderolenpreise durch gesetzliche Festlegung im Kleinverkauf unterbunden worden ist, hat man die Händlerrabatte, die normalerweise 18 bis $20\,^{0}/_{0}$ betragen, durch gegenseitige Konkurrenz der Fabriken stark in die Höhe getrieben.

Es ist erklärlich, daß das Reichswirtschaftsministerium noch Bedenken gegen einen Zwangseingriff und wohl auch gegen Einzelteile der Kartellkonstruktion hat, und es ist möglich, daß im Falle einer Zustimmung zu den Grundzügen Einzelbestimmungen noch verändert werden. Das Reichsfinanzministerium unterstützt die Absichten der Industrie, da das Reich im Falle ihrer Durchführung besser und leichter zu einem gesicherten Steuerertrag kommen kann (im Kleinverkaufspreis einer Zigarette stecken durchschnittlich 50 % Steuern).

Gelingt die Schaffung des Kartells in der dargestellten oder einer ähnlichen Form, dann würde das für die Industrie eine wesentliche Erleichterung bedeuten, da auf der anderen Seite sich auch der Absatz bemerkenswert günstig entwickelt hat. Geht man davon aus, daß bis zum Abschluß des Fiskaljahres 1933/34 der durchschnittliche Zigarettenverbrauch um 2,7 Mrd. Stück monatlich liegen wird, dann käme man für 1933/34 auf einen Gesamtverbrauch von 32 bis 33 Mrd. Stück gegen 27,9 Mrd. Stück im Jahre 1931/32. Neben dieser günstigen Mengenentwicklung steht auch eine gewisse Umkehrung in der Tendenz des Sortenverbrauchs. Während sich seit 1928/29 der Verbrauch in seinem Schwerpunkt von der 5 und 6 Pfg.-Zigarette auf die 3½ Pfg.-Zigarette verlagert hat, die im Juni 1933 mehr als zwei Drittel des Gesamtverbrauchs auf sich vereinigte, und bis September der Anteil der 2½ Pfg.-Zigarette auf 18,5% angewachsen ist, ging der Verbraucher in den letzten Monaten wieder etwas mehr zu den teueren Sorten über. Von September bis November 1933 ist der Anteil der 2½ Pfg.-Zigarette von 18,5 auf 16,2% gesunken, der der 3½ Pfg.-Zigarette von 64 auf 66,1% und der der 4 Pfg.-Zigarette von 9 auf 10% gestiegen. Da durch das Anziehen der Rohtabakpreise um 10 bis 15% gegenüber dem Tiefstand die erheblichen Lagerverluste mehr und mehr aufhören, ergeben sich auch von dieser Seite her für die Zukunft der Zigarettenindustrie günstigere Aussichten.

WIRTSCHAFTSRECHT

Die Änderungen im Zivilprozeßverfahren

Mit dem 1. Januar sind die neuen Bestimmungen über das Zivilprozeßverfahren in Kraft getreten. Es handelt sich zwar hierbei noch nicht um die völlige Neuordnung des Zivilprozeßrechts, sondern es sind vorläufig nur hinsichtlich einzelner Vorschriften Änderungen vorgenommen worden, die jedoch grundlegender Art sind. Die Ziele der Reform sind in einem dem Gesetz zur Änderung des Verfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (R. G. Bl. 1933, Teil I, S. 788) vorangestellten Vorspruch dargelegt worden. Danach soll durch straffe Leitung des Verfahrens, durch redliche Prozeßführung seitens der Parteien und durch enge Fühlungnahme des Richters mit den Parteien der Prozeß schneller und entschiedener als hisher gestaltet werden, und es soll dadurch die Rechtssicherheit und das Vertrauen zur Rechtspflege gestärkt werden.

Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme

Außer den neuen Bestimmungen über das Schiedsgerichtsverfahren, die in einer besonderen Abhandlung dargestellt sind (vgl. Techn. u. Wirtsch. 1933, S. 377), verdienen vor allem die Einführung der Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme und die Abschaffung des Eidesrechts in der bis-herigen Form Beachtung. Hier ergeben sich folgende Neuerungen: Bisher konnte in den Verfahren vor dem Landgericht und dem Oberlandesgericht, in denen die Entscheidungen von einem Richterkollegium von drei Richtern gefällt wurden, die Aufnahme eines Zeugenbeweises einem Richter des Prozeßgerichts unter im Gesetz bestimmten Voraussetzungen übertragen werden, nämlich 1. wenn die Vernehmung des Zeugen an Ort und Stelle dienlich erschien, 2. wenn der Zeuge verhindert war, vor dem Prozeßgericht zu erscheinen, 3. wenn der Zeuge sich in großer Entfernung vom Sitz des Prozeßgerichts aufhielt und schließlich 4. wenn die Beweisaufnahme vor dem Prozeßgericht erhebliche Schwierigkeiten bereiten würde. Mit der Begründung, daß die Beweisaufnahme vor dem Prozeßgericht erheblichen Schwierigkeiten unterliege, wurde bisher in der Regel die Beweisaufnahme einem Richter übertragen. Nach ihrer Erledigung hatte dieser den bei-den andern Richtern über das Ergebnis der Beweisaufnahme Bericht zu erstatten; auf dieser Grundlage erging sodann eine Entscheidung des Richterkollegiums. Nach den neuen Bestimmungen findet grundsätzlich die Beweisaufnahme vor dem Kollegium der drei Richter statt. Das Ziel dieser Änderung ist, daß alle an der Entscheidung mitwirkenden Richter einen unmittelbaren Eindruck von den Zeugen gewinnnen und nicht nur auf die Berichterstattung des einen Mitgliedes ihres Kollegiums angewie-Zudem wird hierdurch eine Beschleunigung des Verfahrens erstrebt, indem der Prozeß in einer Verhandlung seine Erledigung finden soll, während bisher vor dem Einzelrichter und dem Kollegium mehrere Termine angesetzt werden mußten und damit den Parteien die Möglichkeit gegeben war, im Laufe des Verfahrens neue, den Prozeß verschleppende Beweisanträge zu stellen. Für Ausnahmefälle ist auch jetzt noch die Beweisaufnahme durch den einzelnen Richter zulässig, nämlich unter den oben zu 1. bis 3. genannten Voraussetzungen.

Neuregelung des Eidesrechtes

Von gleicher Wichtigkeit ist die Neuregelung des Eidesrechts. Nach den bisher geltenden Bestimmungen konnte eine Partei, falls ihr keine andern Beweismittel zur Verfügung standen, dem Gegner über eine bestimmte Tatsache den Eid zuschieben. Nahm die andere Partei diesen an und schwor sie, so war der Richter hieran gebunden und mußte eine dementsprechende Entscheidung treffen, ohne Rücksicht darauf, ob er von der Richtigkeit der beschworenen Tatsache überzeugt war oder nicht. z. B. eine Partei auf Rückgabe eines Darlehns und konnte sie die Hingabe des Geldes weder durch eine Quittung noch durch Zeugen beweisen, so konnte sie der beklagten Partei den Eid darüber zuschieben, daß sie ihr an einem bestimmten Tage eine bestimmte Summe als Darlehn gegeben habe. Nahm die beklagte Partei den Eid nicht an oder weigerte sie sich, ihn zu schwören, so galt damit die Hingabe des Geldes als erwiesen und die beklagte Partei war zu verurteilen. Leistete sie dagegen den Eid dahin, daß sie das Geld nicht empfangen habe, so war damit bewiesen, daß das Geld nicht gegeben worden war; der Richter mußte demgemäß die Klage abweisen, selbst wenn er aus irgendwelchen Gründen anderer Überzeugung war. Um eine derartige formelle Bindung des Richters zu beseitigen, und ferner um auch zu vermeiden, daß einer Partei die Möglichkeit gegeben wird, durch die Ableistung eines falschen Eides den Ausgang eines Prozesses auf jeden Fall für sich günstig zu gestalten, ersetzt die neue Zivilprozeßordnung den Eidesbeweis durch den Beweis durch Parteivernehmung. Danach kann das Gericht, wenn andere Beweismittel nicht vorgebracht sind, die eine oder die andere Partei über eine streitige Tatsache vernehmen und kann auch die Beeidigung der Aussage anordnen, falls es dies für erforderlich hält; es hat sodann unter Berücksichtigung der gesamten Sachlage nach freier Überzeugung darüber zu entscheiden, ob es die Tatsache als bewiesen ansehen will oder nicht.

In weiterer Durchführung dieses Grundsatzes der freien Beweiswürdigung ist ferner entgegen den früheren Vorschriften eine Anordnung getroffen, daß auch bei Vernehmungen von Zeugen ein Zwang zur Beeidigung nicht mehr besteht; es hat vielmehr jetzt das Gericht, wie es bereits im arbeitsgerichtlichen Verfahren geschieht, frei darüber zu entscheiden, ob es die Beeidigung zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage für erforderlich erachtet.

Weitere Änderungen

Von den andern Neuerungen bleibt zunächst das gesetzliche Gebot zur vollständigen und wahrheitsgem äßen Erklärung der Parteien zu erwähnen.

Schließlich ist hervorzuheben, daß die Vorschriften über das Armenrecht nicht ganz unwesentliche Änderungen erfahren haben. Bisher war das Armenrecht nur zu bewilligen, wenn die Rechtsverfolgung oder -verteidigung eine Aussicht auf Erfolg bot. Um diese Voraussetzung festzustellen, waren vielfach umfangreiche Beweiserhebungen notwendig, die das Armenrechtsverfahren zu einem langdauernden Vorverfahren machten. Zwecks Beseitigung dieses Mangels bestimmt die neue Fassung der hierfür maßgeblichen Vorschrift (§ 114 Z.P.O), daß das Armenrecht zu bewilligen sei, wenn die Rechtsverfolgung oder -verteidigung eine hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet. Ferner kann nach den neuen Bestimmungen auch einer sogen. Partei kraft Amts, z. B. dem Testaments-vollstrecker, dem Konkurs- und Nachlaßverwalter, das Armenrecht bewilligt werden, wenn nämlich die zur Führung des Prozesses erforderlichen Mittel weder aus der verwalteten Vermögensmasse noch von den an der Führung des Prozesses wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können. Desgleichen haben inländische juristische Personen einen Anspruch auf Bewilligung des Armenrechts, wenn die erforderlichen Mittel nicht ihnen oder den an der Führung des Prozesses wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können und die Unterlassung der Rechtsverfolgung oder -verteidigung allgemeinen Interessen zuwiderlaufen würde. Ze.

Weitere Erleichterungen bei Gebührenzahlungen für gewerbliche Schutzrechte

Durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 wurden bereits gewisse Erleichterungen für die Zahlung von Patentjahresgebühren, Gebrauchsmusterverlängerungs- und Warenzeichenerneuerungsgebühren geschaffen, indem das Reichspatentamt ermächtigt wurde, auf Antrag und bei Nachweis der Bedürftigkeit die nach Ablauf der üblichen, zuschlagsfreien Zahlungsfrist abzusendende Benachrichtigung über den Beginn der letzten, einmonatigen Frist zur Entrichtung der Gebühr mit Zuschlag hinauszuzögern. Von dieser Stundungsmöglichkeit ist nicht nur von Einzelpersonen, sondern auch von Firmen und Betrieben weitgehend Gebrauch gemacht worden, und das Patentamt hat die Stundungsersuchen sehr entgegenkommend behandelt. Vielfach gingen die Anträge jedoch beim Patentamt erst ein, nach dem die letzte Zahlungsbenachrichtigung bereits abgesandt war. Infolge Fehlens einer gesetzlichen Handhabe hatte die Behörde aber dann keine Möglichkeit mehr, die laufende Frist zu verlängern, wenn auch alle sonstigen Vorbedingungen für die Stundung gegeben waren.

Diesem Mangel wird erfreulicherweise durch das kürzlich in Kraft getretene Gesetz vom 28. 12. 1933 über Maßnahmen auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes (RGBl. II Nr. 62, Patentblatt v. 18. 1. 1934) abgeholfen. Sofern ein Verzögerungsantrag noch nicht gestellt war, können nunmehr die im voraufgegangenen Absatz erwähnten Gebühren und Zuschläge beim Nachweis der Bedürftigkeit noch nach Zustellung der bisherigen "letzten" Zahlungsbenachrichtigung gestundet werden, wenn dies binnen vierzehn Tagen nach der Zu-

stellung beantragt und die bisherige Säumnis gebührend dentschuldigt wird. Bei der Stundung kann das Patentamt Teilzahlungen festsetzen. Wird eingestundeter Betrag nicht rechtzeitig entrichtet, so wiederholt das Patentamt die Benachrichtigung und fordert den gesamten Restbetrag ein. Nach Zustellung der zweiten Nachricht ist eine weitere Stundung nicht mehr zulässig. Tritt infolge Nichtzahlung der Verfall des Schutzrechts ein, so werden die bereits entrichteten Teilbeträge nicht zurückerstattet.

Das Hinausschieben der Verfallstermine hat manchmal eine nicht umbeträchtliche Verlängerung der Schutzfristen zur Folge. Um im Interesse der Allgemeinheit eine sich hieraus vielleicht ergebende Rechtsunsicherheit nach Möglichkeit einzuschränken, ist bestimmt worden, daß die letzte Zahlungsbenachrichtigung unweigerlich spätestens zwei Jahre, bei Gebrauchsmusterverlängerungsgebinhren ein Jahr nach Fälligkeit der Gebühr abgesandt werden muß.

Der Reichsregierung gebührt Dank für das soziale Verständnis, das sie erneut der bedrängten Lage vieler Schutz-

rechtsinhaber entgegengebracht und durch Erlaß des neuen Gesetzes wirksam in die Tat umgesetzt hat.

W. Schb. [1965]

Berufsbezeichnung "Wirtschaftsprüfer"

Die unberechtigte Führung der Berufsbezeichnung "Wirtschaftsprüfer" ist durch ein Gesetz zur Änderung der Reichsgewerbeordnung vom 18. Dezember 1933 (Reichsgesetzblatt I, S. 1080) ab 1. April 1934 unter Strafe gestellt. § 147 der Reichsgewerbeordnung wird dahingehend ergänzt, daß mit Geld bzw. mit Haft bestraft wird, wer sieh als Wirtschaftsprüfer bezeichnet oder sieh eine ähnliche Bezeichnung beilegt, ohne öffentlich zum Wirtschaftsprüfer bestellt zu sein, oder wer als Vertreter einer Gesellschaft tätig ist, die eine auf eine Wirtschaftsprüfertätigkeit hinweisende Bezeichnung führt, ohne daß die Gesellschaft in die von der zuständigen Stelle geführte Liste der die Wirtschaftsprüfertätigkeit ausübenden Gesellschaften eingetragen worden ist.

Me. [1944]

LITERATURNACHWEIS

Wirtschaftswissenschaft und -politik

Wie soll es weitergehen?

Ratschläge eines führenden amerikanischen Ingenieurs

Mehr denn je muß der überlastete Leser streben, sich in höchster Konzentration über wirklich Wichtiges zu unterrichten. Eine solche Gelegenheit bietet ein kleiner Aufsatz von Ralph E. Flanders, der kürzlich in der amerikanischen Zeitschrift "The Atlantic Monthly" unter dem Titel "Business looks at the NRA" erschien.

Flanders ist der Vorsitzende und die Seele des Ausschusses. der vom amerikanischen Ingenieurrat (Engineering Council) vor mehreren Jahren zum Studium der Frage eingesetzt wurde, durch welche Mittel Erzeugung, Verteilung und Verbrauch von Gütern am besten aufeinander abgestimmt werden können. Er hat in der Juni-Nummer 1932 der Zeitschrift des Amerikanischen Maschineningenieur-Maschineningenieur-Vereins 1) sehr bemerkenswerte und klare Ergebnisse und Vorschläge veröffentlicht. In dem erwähnten Aufsatz vereinigt Flanders unausgesprochen die Ergebnisse dieser Arbeiten mit Folgerungen aus einem andern, nicht minder bemerkenswerten Bericht, den ein noch von Präsident Hoover 1929 eingesetzter Ausschuß von Ingenieuren und Soziologen Anfang 1933 unter dem Titel "Recent Social Trends" bei der McGraw Hill Book Company herausgegeben hat. Vor allem aber spricht aus dem Aufsatz der umfassend erfahrene, gediegene Geschäftsmann größten Formats und ein vorbildlicher Ingenieur. (Ralph E. Flanders ist Leiter der weltbekannten Werkzeugmaschinenfabrik von Jones & Lamson in Springfield, Vt.).

Mit großem Takt und doch bemerkenswerter Freiheit beleuchtet er kritisch die Maßnahmen der NRA (National Recovery Administration) des Präsidenten Roosevelt, für den persönlich er die größte Hochachtung an den Tag legt. Zum Schluß zeigt er in unübertrefflicher Kürze und Klarheit die Entwicklung slinien — nicht ein Planungsschema — für eine wahrhafte "recovery", d. h. Genesung der Wirtschaft.

Kritik der NRA-Maßnahmen

Kürzere Arbeitzeit. Sie ist kein grundlegendes Heilmittel, trägt jedoch während der Genesung nützlich zu besserer Arbeitsverteilung bei. Man kann sich mit ihr einverstanden erklären "als mit einer längst überfälligen sozialen Dividende aus der Wirkung Arbeit sparender Maschinen". Wenn es ermöglicht werden kann, den Men-

1) "The Balancing of Economic Forces", Mechanical Engineering, Juni 1932, S. 415 ff.

schen jahraus jahrein 35 Stunden Arbeit die Woche zu verschaffen, statt sie in Krisenmonaten und -jahren ganz auszuschalten, so wird dadurch ihre Produktivität gehoben, statt eingeschränkt.

Bescitigung der Kinderarbeit. Sie kann als Ausfluß elementarer Menschlichkeit nur begrüßt werden.

Dasselbe gilt für angemessene Mindestlöhne.

Das Verbot von Verkäufen unter Selbstkosten (es sei denn in sorgsam überwachten Ausnahmefällen bei Liquidationsverkäufen) kann die Heftigkeit von Schwankungen im Geschäftsgang herabmindern, vorausgesetzt, daß es sich wirksam durchführen läßt. Auch andern in den einzelnen Branchen üblichen Handelsmißbräuchen sollte aus den gleichen Gründen ein Riegel vorgeschoben werden.

Besonders interessant ist, was uns durch die Feder Flanders' aus Amerika, der Hochburg liberaler Geschäftsauffassung, über die Funktionen von Fachverbänden vor Augen kommt. In den Maßnahmen der NRA ist ja ohnedies der Zug zur Bildung von "Fachschaften", mutatis mutandis, unverkennbar. Hierzu schreibt Flanders:

"Die Fachverbände müssen in ihrer neuen Funktion als Überwachungsorgane gegen industrielle Mißbräuche gestärkt werden. Außerdem sollten sie angehalten, ja gezwungen werden, Statistiken über Erzeugung, Verkauf, Lagerbestände usw. und Unterrichtung über die Preise, zu denen Abschlüsse vorgenommen sind, derart zu sammeln, daß sie Geschäftsleuten und Sparern ein Urteil auf gesicherter Grundlage ermöglichen. Eine dauernd wirksame planvolle Wirtschaft kann sich nur herausbilden, wenn sich die geschäftliche Erfahrung des einzelnen auf Tatsachenmaterial stützen kann, das in ausreichender Menge und Genauigkeit allgemein zugänglich ist. Noch ist damit bei uns nicht einmal der Anfang gemacht."

Allgemeine Ratschläge

Kurzfristiger Kredit, d. h. der Ein- bis Dreimonatswechsel, darf nur zur Finanzierung laufender Geschäfte verwendet werden. Derartiger Wechselkredit paßt sich sowohl nach Menge wie nach Umlaufgeschwindigkeit dem Fluß der Güter zu den Märkten an. Er wirkt sich deshalb nicht ernstlich auf den Preisstand aus. Ferner führt er, da "selbstliquidierend", nicht zu einer langfristigen Kreditlast, die bei Verfall laufende Kaufkraft absorbiert, wenn die Schulden später bei ganz anderer Preis- und Einkommenshöhe zurückgezahlt werden müssen. Im rechten Ausmaß in Anspruch genommene und gewährte kurzfristige Kredite schaffen Kaufkraft in richtigem Umfang zu rechter Zeit. 80 bis

90 % der amerikanischen Geldversorgung (bei uns etwa 70 %) bestehen in derartig geschaffenem Bankkredit-Geld (Giralgeld); nur der Rest besteht in Gold oder größtenteils goldgedecktem Bargeld. Wenn daher jener größere Teil des Geldumlaufes durch eine solche Kreditpolitik wirkungsgerecht gehalten werden kann, so wird viel weniger Kritik an der Goldwährung laut werden als jetzt, und die Vorteile des Goldes im internationalen Zahlungsverkehr können trotzdem gewahrt bleiben. Bei der heutigen Lage verursacht nicht das Gold, sondern der Kredit, "sein hysterischer Gesellschafter", mehr als $^{4}/_{5}$ allen Übels.

Langfristige Anlagen

Bauliche Anlagen dürfen nur aus Ersparnissen, nicht aus Kreditinflation finanziert werden. Jede (gesunde) Anlage läuft immer nur auf Finanzierung aus Ersparnissen hinaus. Die auf dem Verbrauchsgebiet ersparten Einkommensbestand-teile bilden den finanziellen Gegenwert der Güter- und Arbeitsmengen, die von der Darbietung von Verbrauchsgütern auf die Darbietung von Produktionsgütern gelenkt werden. Jede einschneidende Deflation - und sicherlich die gegenwärtige — bringt es ans Tageslicht, daß eine un-geheure Menge langfristiger Investierungen, sei es in Form tatsächlich errichteter Anlagen oder sei es in Form von Aktien, Obligationen und Hypotheken, nicht aus Er-sparnissen, sondern durch Kreditaufblähung finanziert waren. Hierin liegt ein doppelter Schaden. Da eine solche Kreditaufblähung eine künstliche, nicht auf der Erzeugung von Gütern beruhende Geldschöpfung darstellt, so erhöht sie den Preisstand auf dem Produktionsgütermarkt und erzeugt, wie sich herausgestellt hat, Spekulation und wei-tere Kreditaufblähung. Typisches Ergebnis: die zur Zeit hoher Einkommen eingegangene Schuldverpflichtung, bei niedrigem Einkommen erfüllt werden muß. W dann solche Verpflichtungen nicht erfüllt werden können, so wird eine gewaltige Menge buchmäßig liquider Werte tatsächlich durch die Kreditdeflation zu eingefrorenen Forderungen. Die Folgen sind nur allzugut bekannt.

Die Grundlage jeder gesunden Finanzpolitik besteht darin, daß eine Kreditausdehnung sich nur auf das laufende Geschäft erstreckt, Anlagen jedoch aus Ersparnissen finanziert werden. Der wahre Inflationsmaßstab besteht in der Menge au Kredit, der seinem eigentlichen Zweck entfremdet und langfristigen Verpflichtungen zugrunde gelegt ist, die den Charakter von Investierungen tragen. Hierin und nur hierin besteht (Kredit-)Inflation. Derartige Kreditgewährung sollte so nahe dem Nullpunkt gehalten werden, wie möglich 2).

Temperamentvoll ruft Flanders aus:

"Wir können es uns nicht länger leisten, daß unser Kreditmechanismus zu Zeiten Milliarden an vermeintlicher Kaufkraft in unsere Märkte pumpt, nur um ihnen gerade dann diese Mittel wieder bis zum letzten wegzusungen, wenn sie eben angefangen haben, so auszusehen, als wären sie wirkliche Substanz. Das sind Springfluten, verheerender als je eine Springflut, die über die Küsten Portugals oder Japans hereinbrach. Unser wirtschaftliches, gesellschaftliches und politisches Gefüge wird mehrere Wiederholungen dieses gewissenlosen Vorgehens nicht überdauern. Kein Mittel, das dieses Verhängnis nicht abwendet, wird uns fruchten oder uns retten."

Zinsfuß

Die Funktion des Zinsfußes, wenn gesund, besteht in der Regelung des Verhältnisses zwischen Verbrauch und Anlagen. Werden die obengenannten Grundsätze bezüglich langfristigen und kurzfristigen Kredites innegehalten, so dürfte der Zinsfuß sich auf eine Höhe von 3 bis 4% einspielen. (Diese Ziffer stellt nach den Forschungen Snyders den tatsächlichen Durchschnittszuwachs des amerikanischen Nationalvermögens (auf längere Sicht) dar.)

Spekulation. Die künstliche Kurssteigerung vorhandener Wertpapiere und die — typisch amerikanische — Ausgabe von nicht auf tatsächlichen Anlagewerten be-

 $^{2})$ Siehe das Buch von $\it E.~G.~Harmood:$ "Cause and Control of the Business Circle".

ruhenden Papieren ("verwässerten" Aktien) führt zu heftigen Schwankungen des Geldmarktes. Diese können dadurch gedämpft werden, daß der vom Spekulanten zu hinterlegende Kaufpreisanteil erhöht wird; ferner kann durch eine ins Gewicht fallende Börsenumsatz-Besteuerung die Spekulation eingedämmt werden, ohne die solide Anlagetätigkeit einzuengen.

Die Steuer als Sozialregler. Flanders verläßt bewußt den in der Vergangenheit vielfach von Finanzsachverständigen vertretenen Standpunkt, daß Steuern lediglich nach fiskalischen Gesichtspunkten auferlegt werden dürfen, nicht aber, um dadurch die Verteilung des Sozialeinkommens zu regeln. Er erblickt in der Besteuerung, insbesondere in der Form einer zweckmäßig gestalteten allgemeinen Einkommensteuer, ein Mittel, große Einkommen physischer oder juristischer Personen in die Kanäle wünschenswerter gesamtheitlicher Ausgaben zu lenken, statt Gefahr zu laufen, daß sie sich in Form überflüssiger Anlagen niederschlagen. Vorsichtig noch, mit Rücksicht auf die bisherige liberalistische Einstellung seiner Landsleute, aber doch mit aller Deutlichkeit formuliert er den Satz:

"Jedenfalls ist es wahrscheinlich, daß wir mit der Zeit einen immer größeren Anteil unseres gesamten Einkommens gesamtheitlich (sozial) ausgeben, statt nach dem Ermessen des Einzelnen (individuell). Damit wird den höchsten menschlichen Werten gedient sein."

Hiermit erwächst die in dem Bericht des Hoover-Ausschusses ("Recent Social Trends", siehe oben) klar ausgesprochene Aufgabe, neue Mittel und Wege der öffentlichen Finanzpolitik zu "erfinden", um es zu ermöglichen, daß sich das schwankende öffentliche Einkommen ohne Gefahr in entgegengesetzt schwankende öffentliche Ausgaben umsetzen läßt. Als Mittel hierzu empfiehlt Flanders in Übereinstimmung mit den Ergebnissen des amerikanischen Ingenieurrats den Übergang von einer Etatsaufstellung auf der Grundlage des Jahres zu einer auf jeweils eine volle Konjunkturperiode abgestellten Etatsgebarung (Aufnahme öffentlicher Anleihen und starke öffentliche Auftragserteilungen in Zeiträumen sinkender, kräftige Besteuerung und Tilgung der öffentlichen Anleihen bei steigender Konjunktur.)

Mit einer Reihe aufgeklärter Amerikaner sieht auch dieser hervorragende amerikanische Ingenieur klar den Anbruch einer neuen Zeit. Seine Ratschläge sind die eines Arztes der kranken Volkswirtschaft im Gegensatz zu den Bestrebungen planwirtschaftlicher Wirtschaftskonstrukteure in der NRA. Er steht damit der deutschen geistigen Haltung näher, als der des "Gehirn-Trusts" um Roosevelt.

Es ist bezeichnend und erfreulich, daß hier gerade der Sprecher der Ingenieure organische Genesungsmittel, statt mechanischer Konstruktionspläne empfiehlt. Seine Ratschläge verdienen die größte Aufmerksamkeit auch des deutschen Ingenieurs.

Dipl.-Ing. zur Nedden VDI.

[1923]

Die Krise des Industriebetriebes. Von Waldemar Koch. Berlin 1933, Junker und Dünnhaupt Verlag. 102 S. Preis 4 RM.

Die Schrift ist die erweiterte Wiedergabe eines Vortrages, den der Verfasser im Winter 1932/33 vor der Studentenschaft der Technischen Hochschule Berlin gehalten hat. Zunächst werden die Ursachen untersucht, welche nach Ansicht der Fachwelt zur Wirtschaftskrise geführt haben. Im Anschluß hieran wird die Entstehung der Weltkrise und insbesondere der deutschen Wirtschaftskrise behandelt sowie die Struktur der deutschen Arbeitslosigkeit an Hand eines reichen statistischen Materials aufgedeckt. Sodann wird unter dem Titel "Die Krise des Industriebetriebes" in großen Strichen ein guter Überblick über das Werden des industriellen Betriebes und die bereits in diesem Werden auftretenden Krisenerscheinungen gegeben. Nach einem Abriß der vor unsrer Zeit liegenden Entstehungsgeschichte des industriellen Betriebes läßt Koch noch einmal die industrielle, allgemeinwirtschaftliche und politische

Entwicklung an unsern Augen vorüberziehen, die zu dem Stande um die Jahreswende 1932/33 geführt hat, um dann im letzten Abschnitte zu zeigen, wie auf Grund einer solchen Entwicklung der "Industriebetrieb als Produktionssystem" und die "Betriebsweise der Zukunft" entsteht.

Das Bild, das Koch vom der bisherigen Entwicklungsgeschichte des industriellen Betriebes entwirft, ist micht nur in sachkundiger Weise gestaltet, sondern deckt darüber hinaus auch noch die großen Zusammenliänge auf, die zwischen politischem und wirtschaftlichem Geschehen in allen Ländern der Welt festzustellen sind. Die Arbeit ist daher einem jeden bestens zu empfehlen, der sich in knapper Form über die auf diesem Gebiete besonders wichtigen Entwicklungsabschnitte unterrichten will.

Nur mit dem Ausblick in die Zukunft, den Koch zum Schluß seiner Abhandlung gibt, kann man sich nicht einverstanden erklären, obwohl Koch sich mit Recht gegen Spenglers These vom unausweichlichen Ende der Technik verwahrt. Denn die Lösung der deutschen Krise des Industriebetriebes ist nicht auf dem Wege einer immer mehr verringerten Zahl der Arbeitstunden aller schaffenden Kräfte zu suchen, sondern indem man den Boden für neue Betätigungs- und Daseinsmöglichkeiten der durch den Fortschritt freigesetzten Arbeitskräfte im Sinne des menschlichen und völkischen Aufstiegs schafft. Wenn daher Koch unter dem Eindrucke der riesengroßen, die ganze Welt, besonders aber uns Deutsche bedrückenden Arbeitslosigkeit den Artikel 163 der Reichsverfassung betrachtet, der in seinem zweiten Absatze sagt: "Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Lebensunterhalt zu erwerben" und weiter bemerkt, man sehe daraus, daß Menschenwissen und Menschenwille Stückwerk ist, so trifft das bis zu einem gewissen Grade sicherlich auf die tatsächliche Schaffung von Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten in der Vergangenheit zu. Nicht aber darum, weil dies überhaupt praktisch unmöglich ist, sondern weil es bis zum Winter 1932/33 mißlang, die lebendigen Kräfte des Volkes im Rahmen der vorhandenen oder zu schaffenden Arbeitsund Erwerbsmöglichkeiten zu wecken und zur Entfaltung zu bringen (vgl. Wirtschaftskultur, Techn. u. Wirtsch. Heft 1/1934, S. 1 f.). Erst dann wird das Goethewort, mit dem Koch seine fesselnde Schrift abschließt, "Stirb und werde" gegenüber Spenglers Resignation zum lebendigen Wegweiser zukünftigen Wirtschaftens werden, wenn am Anfang jeden neuen Werdens, dem andern Goetheworte getreu, die Tat einsetzt. Nicht aber als resignierender Verzicht im Sinne einer zahlenmäßigen Anpassung an bestehende Krisenverhältnisse, sondern als positiver Aufbau im Sinne einer ziel- und verantwortungsbewußten Nutzung der durch den Fortschritt für den Aufstieg gegehenen Erfolgsmöglichkeiten.

Bredt [1956]

Wirtschaftsprüfung

Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen nach Abschnitt II des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 und Steuerermäßigung für Instandsetzungen und Ergänzungen an Betriebsgebäuden nach § 1 des Gesetzes über Steuererleichterungen vom 15. Juli 1933. Erläutert von Otto Kienzle und Hermann Götze. Berlin 1933, Verlag von Franz Vahlen. 56 S. und Bildbeilage. Preis kartoniert 1,95 RM.

Die Schrift bringt einen Auszug aus den entsprechenden Texten der Gesetze vom 1. Juni und 15. Juli 1933, dem einschlägigen § 16 des Einkommensteuergesetzes vom 10. August 1925 sowie die vom Reichsfinanzministerium am 22. Juli 1933 herausgegebenen Erläuterungen zum Gesetz über Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen, die für giedes Unternehmen besonders wichtig sind. Des weiteren wird der persönliche umd sachliche Geltungsbereich, die Wirkungszeit und Wirkungsart der steuerlichen Durchführung behandelt sowie die besonderen Voraussetzungen (Arbeitsbeschaffung, Anschaffungszeit, Ersatz gleichartiger Gegenstände und Arbeitserhaltung) der Gesetze selbst untersucht. Zum Schluß werden in Verbindung mit dem Gesetz über Steuererleichterungen vom 15. Juli 1933 noch die Steuerermäßigungen für Instandsetzungen und

Ergänzungen an Betriebsgebäuden kommentiert, was ebenfalls in diesem Zusammenhang von Interesse ist.

Die Schrift ist in ihrer knappen und sachkundigen Form einem jeden zu empfehlen, der sich über die einschlägigen Bestimmungen und ihre praktische Auswirkung unterrichten will.

Bredt [1961]

Industrie und Handel

Aufbau der europäischen Industrie nach dem Kriege. — Zum wirtschaftlichen Schicksal Europas. Von Otto Schlier. 1. Teil: Arbeiten zur europäischen Problematik. Herausgegeben von Alfred Weber. 1. Heft. Berlin 1932, Verlag Junker und Dünnhaupt. 56 S. Preis 3,40 RM.

Als Beitrag zu den Untersuchungen über das wirtschaftliche Schieksal Europas hat Schlier eine Standortsstudie geliefert, in der der Aufbau der europäischen Industrie nach dem Kriege unter Zugrundelegung der verschiedenen Volks- und Berufszählungen in den Jahren um 1925 durchforscht wird. Sie ist mit 56 Seiten als statistischer Begleittext einerseits und als Sammlung von Leitsätzen anderseits zu verstehen.

Selbst wenn man die Arbeit lediglich als Begleittext auffaßt, hätte bei der Behandlung des strukturellen Aufbaues mehr den Grundursachen der Krise Rechnung getragen werden müssen, da auch sie standortverändernd gewirkt Die Krise ist u. a. sowohl für material- als auch arbeitsorientierte Industrien eine Folge der seit der Jahrhundertwende und dann besonders seit der Kriegsund der Autarkiebewegungszeit unorganischen Vergrößerung der industriellen Kapazität außerhalb der ursprünglichen Industriezentren. Wenn man die Zahlen der Volkszählungen des letzten Jahrzehnts vor der Jahrhundertwende zum Vergleich zugrunde gelegt hätte, wäre diese Tatsache klar herausgekommen. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts verlagerte sich der Schwerpunkt der industriellen Entwicklung von England nach dem Kontinent. Um die Jahrhundertwende setzten erste Verselbständigungsbestrebungen in verschiedenen Ländern, und zwar bei arbeitsorientierten Industrien außerhalb der ursprünglichen Industriezentren ein. Von hier griff die Bewegung im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts auf die Überseeländer über.

Man mag über den Begriff Europa seit Bildung der Sowjetrepublik denken wie man will, aber es ist eine Gefahr für Europa selber, wenn man mit solcher Selbstverständlichkeit, wie se hier geschieht, dieses große ehemals deutsche Hauptabsatzgebiet aus dem europäischen Kulturkreis herausläßt, auch wenn sich Rußland heute interkontinental gebärdet.

Besondere Beachtung verdient die Beobachtung von Schlier über die Bedeutung der Verknüpfung industrieller und wissenschaftlicher Arbeit für die Wahl des Standortes der neuen arbeitsorientierten Industrien.

Dr. Brandl, Berlin [1930]

Organisation

Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit

Jahresbericht 1932/33 — Veröffentlichung Nr. 99 "Wirtschaft, Wirtschaftlichkeit, Ständische Wirtschaftsordnung".

Der kürzlich erschienene Jahresbericht des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit für die Jahre 1932 und 1933, der auf einer vielbeachteten Kundgebung am 19. Dezember 1933 in Anwesenheit des Vizekanzlers von Papen, des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium Gottfried Feder und vieler andrer maßgebender Vertreter von Reichs- und Staatsbehörden, von Industrie und Handel, der Öffentlichkeit übergeben wurde, enthält u. a. bemerkenswerte Angaben über die in den letzten Jahren weiter mit Erfolg durchgeführten branch en mäßigen Betriebs untersuchungen erstrecken sich nicht nach Art einer Enquête auf den gesamten Umfang einer Branche, sondern nur auf eine bestimmte Auswahl, wobei Größe, Standort, Organisation eine Rolle spielen; auf diese Art und Weise werden die besonders typischen Firmen einer Branche erfaßt. Bei der Untersuchung selbst steht im Vordergrund, Ver-

lustquellen aufzudecken und auf der Grundlage der Istzahlen bessere Wege der Wirtschaftlichkeit anzustreben, ganz gleich, oh die Verlustquellen auf dem Gebiete der Betriebsführung, Organisation, von Kapital-Fehlleitungen usw. usw. liegen. Derartige Untersuchungen sind vom RKW u. a. durchgeführt worden in einzelnen Zweigen der Landwirtschaft, in der Industrie der Steine und Erden, in der Papierindustrie, im Vervielfältigungsgewerbe, in der Lebensmittelindustrie, im Groß- und Einzelhandel, in der Schrauben- und in der chemischen Industrie.

Von weiteren wichtigen Arbeiten des Reichskuratoriums sind zu nennen die Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaft Mensch und Rationalisierung sowie die Erfolge auf dem Gebiete des Behälterverkehrs. Über beide Gebiete haben wir in dieser Zeitschrift bereits in besondern Abhandlungen berichtet (Der freiwillige Ar-beitsdienst. Von Dr. Fritz Reuter. April 1933; Behälterverkehr. Von W. Kaufmann. August 1933).

Großes Interesse erweckten auch die mit der Überreichung des Geschäftsberichtes verbundenen Ausführungen von Otto Schaefer über das Problem der Ständischen Wirtschaftsordnung. Schaefer, der mit diesen seinen Gedankengängen, wie der Vorsitzende des RKW, Dr. C. Köttgen, zusammenfassend hervorhob, die Arbeitskompetenzen des RKW zwar überschritt, will den Ständischen Wirtschaftsaufbau den Arbeitsgebieten des Mendischen Wirtschaftsaufbau den Arbeitsgebie schen angepaßt wissen, für die er folgende Gruppen aufstellt:

- 0 Stoffgebiete, Wertgebiete
- Wissenschaft, Forschung
- 2 Technik, Fertigung
- 3 Wirtschaft
- Wirtschaft
 Organisation, Verwaltung
 Gesellschaft, Verkehr, Recht
 Kultur, Erziehung, Werbung
 Schutz, Wehr, Wacht
 Geschichte, Politik
 Fürsorge, Religion.

Jedes dieser Arbeitsgebiete ist mit jedem andern zwangsläufig verbunden. Schaefer zeigte im einzelnen diese Verbindungen auf und unterstrich insbesondre die Zusammenhänge, die das RKW in einer so gegliederten Ständischen Wirtschaftsordnung mit den einzelnen Ständischen Wirtschaftsorganen haben würde. Dr. Fr. [1945]

Geld-, Bank- und Börsenwesen

Das Kreditgeschäft im Bankbetriebe. Von Paul Rozumek. 8. neubearb. und erw. Aufl. von H. Herold und B. Hilgermann. Hamburg 1933, Hanseatische Verlagsanstalt. 427 S. Preis geb. 10,80 RM.

Dieses bewährte Lehrbuch ist nach dem Tode des Verfassers von Dr. Hermann Herold und Dr. Bernhard Hilgermann neu bearbeitet. Es zeichnet sich durch klare Anordnung bei der Besprechung der einzelnen Kreditgeschäfte aus, von denen der Kontokorrent-, Lombard-, Diskont-, Akzept-, Rembours- und Avalkredit ausführlich und mit zahlreichen Ausblicken auf benachbarte Gebiete und einschlägige gesetzliche Bestimmungen behandelt sind.

Es folgt dann der Abschnitt über "die persönliche und materielle Kreditwürdigkeit" mit allgemein verständlichen Darlegungen über die bei Untersuchung einer Bilanz maßgeblichen Gesichtspunkte.

Im zweiten Teil des Buches ist "die Sicherstellung des Kredits" erörtert, u. a. das Pfandrecht an beweglichen Sachen und Forderungen, die Sicherungsabtretungen, Diskontierung von Buchforderungen, verschiedene Formen der Bürgschaft und zuletzt, besonders wertvoll für alle Kredit gebenden und suchenden Kreise, die Grundstücks-Pfandrechte, wobei die Einrichtung des Grundbuches sowie das Hypothekenrecht und der Baugeld-Kredit ausführlich behandelt werden.

Von besonderm Interesse ist der Absatz über die Prüfung der materiellen Kreditwürdigkeit an Hand der Bilanzen. Hier finden sich Betrachtungen über die Bedeutung des "gemeinen Wertes". Es wird ausgeführt, daß der gemeine Wert eines Gegenstandes unter Berücksichtigung des Umstandes, daß er dem Betrieb des Unternehmens dient, derjenige sei, der sich beim Verkauf eines Unternehmens im ganzen für ihn erzielen lasse, wobei angenommen wird, daß der Käufer das Unternehmen fortführt.

Bekanntlich pflegt nun aber der Veräußerungspreis eines Unternehmens sehr verschieden zu sein, je nachdem es bei günstiger Gelegenheit unter der Hand den Besitzer wechselt oder z. B. nach Eröffnung der Liquidation aufgekauft wird. Im letzten Falle pflegt eine Zwangslage des Besitzers vorhanden zu sein, die vom Käufer aus-genutzt wird und sich auch in einer "Liquidations-Bilanz" widerspiegelt. Grade derartige Liquidations-Bilanzen, die sich meist auf der Ertragsmöglichkeit aufbauen, müssen bei industriellen Unternehmungen die Kredit gebenden Banken interessieren, zumal da sie das einzige Hilfsmittel darstellen, für die zulässige Beleihung auch von Teilen des Vermögens Anhaltspunkte zu finden. Sie können u. a. Aufschluß über den Wert von Grundstücken und Gebäuden einer Fabrik geben und auch den wenig beliebten "Fabrik-Hypotheken" eine zuverlässige Grundlage bieten. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn, dem Zwecke des Buches entsprechend, neben den Handels- und Steuerbilanzen auch die eigentlichen "Kredit-Bilanzen" einer Erörterung unterzogen wären, also diejenigen Bilanzen, die mit der Rentabilität des Unternehmens eng zusammenhängen.

Von selbst würden dann auch die technologischen Vorbedingungen einer Rentabilität in das richtige Licht gesetzt und wichtige Fragen, wie die Höhe der infolge von Wertminderungen des Anlagevermögens noch notwendig erscheinenden herabgesetzten Abschreibungen, ferner der erträglichen Zinslasten für das Fremdkapital usw. angeschnitten sein.

Über die Abschreibungen sind für die Praxis geeignete Winke und zahlenmäßige Unterlagen gegeben.

Die vorbehaltlose Empfehlung der Abschreibung vom Anschaffungswert gibt zu der Bemerkung Anlaß, daß die Abschreibung vom Buchwert in vielen Fällen nicht nur einfacher ist, sondern auch bei richtig gewählten Abschreibungsprozentsätzen sich dem Verlauf der tatsächlichen Entwertung z. B. von maschinellen Einrichtungen besser anpaßt.

Es wäre ferner zu begrüßen gewesen, wenn bei den "Abschreibungen" und später bei der "Liquidität" auf die Bedeutung der durch jährliche Abschreibungen zur Er-neuerung der Anlagen angesammelten Reserven und ihre Erhaltung und Verwendung nachdrucksvoll hingewiesen

Es heißt (Seite 159):

"Die Praxis der hohen Abschreibungen hat sich immer außerordentlich bewährt. Sie schafft wie jede Minderbewertung stille Reserven, die dem Unter-nehmen Rückhalt gewähren und schlechte Jahre leicht überwinden lassen."

Leider ist dem nicht immer so, weil dieser Reserve nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt zu werden pflegt, so daß sie im entscheidenden Augenblick nicht vorhanden oder wenigstens nicht greifbar ist.

Weil die Abschreibungsbeträge meist nicht ihrem eigentlichen Zwecke, nämlich dem Ersatz abgenutzter oder wirtschaftlich entwerteter Gegenstände zugeführt, sondern zu Neubauten oder andern Vergrößerungen verwendet oder auch, mit Hilfe entsprechender Bilanzierung, als Gewinn ausgeschüttet wurden, wenn sie nicht anderweitig verbraucht wurden oder verloren gingen, befindet sich die deutsche Industrie heute ohne Mittel zur Wiederinstandsetzung ihrer abgenutzten und entwerteten Anlagen.

Hier könnten die Kredit gebenden Banken in hohem Maße erzieherisch wirken, wenn sie Rechenschaft über den Verbleib der Abschreibungsbeträge und über das jeweilige Abschreibungsbedürfnis des Unternehmens fordern würden.

Unter den Fragen, die Seite 188/89 der Bankier bei Prijfung einer Geschäftsbilanz sich vorzulegen hat, befindet sich hinsichtlich der Abschreibungen nur diese:

"Sind bei den Anlagewerten ausreichende Abschreibungen gemacht worden?"

Es fehlt hier die Hauptfrage:

"Wie sind die noch vorhandenen Abschreibungsreserven angelegt, und wie hoch ist gegenüber diesem Fonds das Abschreibungsbedürfnis des Unternehmens?"

Das Buch, das überall die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zu berücksichtigen sucht und aufschlußreiche Erläuterungen dazu gibt, bedeutet nicht nur für den Bankfachmann und Juristen, sondern auch für den Unternehmer und Wirtschaftsberater ein wertvolles Nachschlagewerk, das sich zur sehnellen Unterrichtung über alle die Kreditgebung betreffenden Fragen eignet.

Dr.-Ing. F. Döhne VDI, Wirtschaftsprüfer [1935]

Übersicht über die Sonderabkommen der deutschen Regierung mit verschiedenen Ländern zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs mit dem Auslande. Zusammengestellt von Jos. Riffarth, Köln. Köln 1933, J. P. Bachem. Preis der Tabelle 1 RM.

Die von Dr. Riffarth zusammengestellte Übersichtstabelle über die zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs mit verschiedenen Ländern getroffenen Sonderabkommen gibt in kurzer Form klare Auskunft, wie man seine Zahlungen nach dem Auslande — notfalls auch nach Erschöpfung des Kontingentes — leisten kann.

rt— [1813]

Handbücherei des Wohnungswesens. Hrsg. von Fr. Schmidt und J. Fischer. Heft 3: **Die Reichsbaudarlehen für Eigenheime.** Von *J. Fischer.* Berlin-Eberswalde 1933, Verlagsgesellschaft R. Müller m. b. H. 48 S.

Wer sich heute ein Eigenheim bauen und hierfür ein sogenanntes Reichsbaudarlehen in Anspruch nehmen will, soll sich das Büchlein von Dr. Fischer kaufen. Es ist klar geschrieben und enthält nicht nur den Wortlaut der Bestimmungen mit den dazugehörigen Erläuterungen, sondern behandelt auch die Steuer- und Gebührenfrage sowie die sonst mit der Finanzierung eines Eigenheims durch öffentliche Mittel zusammenhängenden Gesichtspunkte. Der Schrift sind als Anlagen Muster für den Vorbescheid, den Bewilligungsbescheid, für die Fertigstellungsbescheinigung sowie für die Schuldurkunde beigefügt.

Dr. Fr. [1904]

Einkauf

Hilfsbuch für Einkauf und Abnahme metallischer Werkstoffe. Von Ernst Pohl. Berlin 1933, VDI-Verlag G. m. b. H. 133 S. 88 Abb., 45 Zahlentafeln. Preis 8 RM; für VDI-Mitglieder 7,20 RM.

Eine übersichtliche Darstellung der technischen Gesichtspunkte, die beim Einkauf und bei der Abnahme metallischer Werkstoffe beachtet werden müssen. Einem einführenden Abschnitt über allgemeine Fragen bei der Prüfung metallischer Werkstoffe folgen Sonderabhandlungen über den Einkauf, die Prüfung und Abnahme von Eisen und Stahl, von Kupfer, Aluminium, Nickel und ihren Legierungen, von Blei, Zinn, Zink und Magnesiumlegierungen.

Die Schrift verdient Beachtung bei allen im Einkauf tätigen Personen. S. W. [1903]

Kartellwesen

Das neue Kartell-, Zwangskartell- und Preisüberwachungsrecht. Von Heinz Müllensiefen und Wolfram Dörinkel. Berlin 1933, Carl Heymanns Verlag. 173 S. Preis 6,50 RM.

Der vorliegende Kommentar bringt sowohl eine Erläuterung der einschneidenden kartellgesetzlichen Bestimmungen vom 15. Juli 1933 als auch erstmalig eine systematische Darstellung der gesamten in Kraft befindlichen Gesetze auf den Kartell-, Markenwaren-, Preisüberwachungs- und allen damit zusammenhängenden Gebieten. Die Verfasser, denen auf Grund ihrer Tätigkeit bei der Bearbeitung ein umfangreiches praktisches Material sowie Vorgänge und Informationsmöglichkeiten besonderer Art zur Verfügung standen, geben mit dieser Veröffentlichung jedem Industriellen ein wichtiges Hilfsmittel der Unterrichtung an Hand,

das um so bedeutsamer ist, als gerade das Kartellproblem und insbesondere das Kartellrecht zur Zeit im Brennpunkte praktischer Wirtschaftspolitik stehen. Jedem, der sich in Wissenschaft oder Praxis mit der Frage des Kartellwesens befaßt, kann der Kommentar bestens empfohlen werden.

Bredt [1966]*

Technik und Recht

Wettbewerbs- und Warenzeichenrecht. Von Eduard Reimer. Band I: Allgemeine Grundlagen und Schutz der geschäftlichen Kennzeichnungsmittel. Berlin 1933, Carl Heymanns Verlag. 498 S. Preis geh. 32 RM, geb. 34 RM.

Es hat nicht an Bestrebungen und Versuchen gefehlt, die verschiedenen Gebiete des gewerblichen und geistigen Rechtsschutzes, z. T. sogar unter Einschluß des Rechtes an der technischen und künstlerischen Schöpfung, einem gemeinsamen Begriff, dem des Wettbewerbsgedankens, unterzuordnen. Ob eine so weitgehende Verallgemeinerung berechtigt und zweckentsprechend ist, mag dahingestellt bleiben. Tatsache ist jedenfalls, daß das heutige Wettbewerbsrecht in einer Vielzahl von Einzelgesetzen verankert ist, die häufig in ihren Bestimmungen ineinandergreifen oder sich überschneiden und so eine einheitliche Rechtsergründung und Rechtsprechung erschweren.

Den Weg zu dieser Einheitlichkeit zu weisen, ist eines der Hauptziele des vorliegenden verdienstvollen Werkes. Die bei den meisten älteren Kommentaren und Lehrbüchern übliche Anlehnung an die Paragraphenfolge der Einzelgesetze ist daher bewußt vermieden. An ihre Stelle ist eine systematische begriffliche Gliederung des Rechtsstoffes getreten, wie sie klarer, übersichtlicher und umfassender wohl kaum gegeben werden kann.

Der erste Band behandelt die allgemeinen Grundlagen (Dogmatik, Schutzansprüche und Einwendungen, Prozeßrecht) sowie den Schutz der geschäftlichen Kennzeichnungsmittel (Warenzeichen, Ausstattung, Name, Firma, Geschäftsbezeichnungen und -Abzeichen). Alle hiermit zusammenhängenden Fragen werden eingehend und tiefschürfend erörtert. Die systematische Unterteilung ist bis ins Kleinste durchgeführt. So wird z. B. das Warenzeichenrecht in folgenden Kapiteln, die wiederum in Unterabschnitte gegliedert sind, erläutert: Rechtsnatur, Entstehung des Schutzes, Schutzwirkung, Beschränkung der Schutzwirkung, Verletzungshandlungen und ihre Folgen, Löschung, Verfügung (Übertragung, Lizenzerteilung usw.), Verbandszeichen, internationales Recht. In gleicher Weise sind die Abhandlungen über Ausstattung, Name, Firma usw. gegliedert. Das Fachschrifttum und die Spruchpraxis der Gerichte und des Reichspatentamts sind bis auf die neueste Zeit in allerweitestem Umfange berücksichtigt, wobei die oft schwankende Rechtsprechung quemsten erreichbaren Quellen aussuchen kann. Alle nur denkbaren drucktechnischen Mittel, wie Inhaltsverzeichnisse und Übersichten bei den einzelnen Abschnitten, Randnoten, Register der Streitfälle und Gesetzesbestimmungen, sowie ein umfangreiches Stichwortverzeichnis erleichtern die Benutzung des Werks, das schon mit seinen 500 enggedruckten Seiten des 1. Bandes eine bewundernswerte Leistung darstellt.

Dem 2. Band, der für Anfang 1934 angekündigt wird und die Vorschriften des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, soweit sie nicht bereits im vorliegenden Band berücksichtigt sind, sowie die Notverordnung vom 9. 3. 1932 behandeln soll, darf mit größtem Interesse entgegengesehen werden.

Druck und Ausstattung verdienen Anerkennung.

W. Schb. [1901]

Der Lizenzvertrag in rechtsvergleichender Darstellung. Von H. Rasch. Berlin 1933, Carl Heymanns Verlag. 131 S. Preis 7 RM.

Die Schrift behandelt eingehend alle mit dem Lizenzvertrag irgendwie zusammenhängenden Rechtsprobleme. Sie bringt zu allen Fragen nicht nur die verschiedenen bestehenden Ansichten, sondern auch mit guter Begründung die verschiedentlich von der herrschenden Ansicht abweichende Stellung des Verfassers. So ist besonders interessant die Auffassung der Lizenz als dingliches Recht mit der Folgerung, daß zur Entstehung der Lizenz Eintragung in die Patentrolle notwendig ist, eine Folgerung, deren praktische Anerkennung im Interesse der Rechtssicherheit nur zu begrüßen wäre. Wertvoll ist bei jeder behandelten Frage die Parallele zum Recht der wichtigsten Auslandstaaten, welche nicht nur sonst kaum zu findende Aufschlüsse über das einschlägige Auslandsrecht vermittelt, sondern auch vielfach Fingerzeige für die richtige Auffassung des Lizenzvertrages im deutschen Recht gibt. Für alle, die mit Lizenzverträgen zu tun haben, dürfte das Buch eine wertvolle Ergänzung der meist mehr praktisch eingestellten Literatur über den Lizenzvertrag in wissenschaftlicher Hinsicht sein.

Patentanwalt Dr. Weber, Köln [1928]

Sozialpolitik

Elementares Lehrbuch der Sozialpsychologie. Von Willi Hellpach. Berlin 1933, Julius Springer. 165 S. Preis 8,80 RM.

Der Versuch einer lehrbuchmäßigen Darstellung des sozialpsychologischen Erkenntnisstandes auf Grund 20 jähriger Lehrtätigkeit liegt vor uns. Eine kurze Einführung äußert sich über Gegenstand und Methode der Sozialpsychologie. Ausführlich werden die Mittel und Motive des Entstehens sozialer Beziehungen von Mensch zu Mensch untersucht. Daran schließt sich eine Darstellung der aus sozialen Beziehungen entstandenen Formen menschlichen Zusammenlebens. Die Unterschiede im Verhalten einer Menschenmasse oder -menge gegenüber dem Verhalten des Einzelmenschen werden festgestellt. Zum Schluß werden diejenigen Einzelwesen behandelt, die sich aus dem Zusammenleben entwickeln wie Führer, Ausführer und Abarten.

In lebendiger Sprache wird eine Fülle von Erfahrungsstoff in übersichtlicher Anordnung geboten, stets auf der Suche nach "Gesetzen". Es ist aber nicht leicht, dem Verfasser überall zu folgen. Seine Verdeutschung von "sozialpsychisch" in mitseelisch als Analogon zu "mitmenschlich" kann nicht befriedigen, weil der Begriff "Mensch" die "seelischen" Beziehungen einschließt. Diese Verdeutschung verhindert auch die sonst recht fruchtbare Unterteilung der Funktionen menschlichen Geistes in Verstand, Vernunft und Seele. Die im liberalistischen Zeitalter entstandene Vergeistigung aller mitmenschlichen Beziehungen unter gleichzeitiger Entseelung (nach Sombart) findet daher keine Berücksichtigung. Es liegt die Gefahr vor, daß die entdeckten "Gesetze" als unbedingt gültig angesehen werden, während es sich nur um historisch (durch Rechtssatzung und vorherrschende Weltanschauung) bedingte Regelmäßigkeiten handelt. In der Einleitung vermißt man auch die Beschäftigung mit der kantischen Fragestellung, wie Sozialpsychologie als Wissenschaft möglich ist.

Wer beruflich oder aus sonstigen Gründen an sozialen Problemen interessiert ist, muß dieses Buch lesen. Man erlangt nicht nur ein Bild vom Stande, sondern auch vom Zustand dieser Wissenschaft. Müller-Neuhaus [1922]

Aus andern Zeitschriften

Zum Problem des Wirtschaftsführers. E. Sachsenberg.

Zeitschrift für Organisation Jg. 7 (1933) H. 8 Fachbl. A S. 314/17. Zeitgedanken über wirtschaftliches Führertum. Persönliche Führung und unpersönliche Verwaltung. Geeignete und ungeeignete Führer. Sittliche Voraussetzungen wirtschaftlichen Führertums, Nachwuchsfrage und Erziehungsmöglichkeiten. Vorschlag zur Auslese: Großer Werkstab als Führer-Reserve.

Das Nachwuchs-Problem. Economist (Pseud.). Zeitschrift für Organisation Jg. 7 (1933) H. 10 Fachbl. B

Im Anschluß an die Vorschläge von Sachsenberg (s. o.) behandelt dieser Beitrag die besondern Schwierigkeiten, die sich aus der heutigen Lage der Wirtschaft und der sozialen Struktur für die Führerauslese ergeben. Vier Ursachen des Nachwuchsmangels. Volontär-Erziehung verstößt gegen das Leistungsprinzip und kann sozial ungerecht sich auswirken. Es wäre eine Aufgabe der Wirtschaftsstände, für Auswahl geeigneter Kräfte zu sorgen und die Mittel für ihre Ausbildung zu beschaften. — Ob nicht für die Heranbildung eines fähigen und geeigneten Führer-Nachfolgers das Unternehmen doch das "Unkostenkonto belasten" sollte und könnte (was Economist bezweifelt)? Und ob man durch Volontieren Führer wird?

Wirtschaftliche Großmächte II: Der Händler. W. Vershofen. Die Deutsche Fertigware Jg. 5 (1933) H. 5-6 Teil A S. 84/89.

Die eine Fortsetzung der mit dem Konsumenten begonnenen Betrachtungsreihe (vgl. Techn. u. Wirtsch. Heft 1/1934 an dieser Stelle) darstellenden Ausführungen wenden sich zunächst gegen jene Händlerfeindlichkeit, die heute aus sachlicher Verkennung zur Ablehnung der Handelsfunktion überhaupt gelangt. Der Verfasser zeigt, wie in der Marktwirtschaft die Vermittlung zwischen spezialisiertem Angebot und spezialisierter Nachfrage schlechthin unentbehrlich ist. (Eine marktlose Zwangs-Planwirtschaft mit weitestgehender Vereinheitlichung der Bedürfnisse und Lebensformen unter Verzicht auf letzten Endes jede kulturelle Mannigfaltigkeit würde einen zwangläufigen Verteilungsapparat, keinen Handel mehr brauchen; die Entscheidung für ein solches Wirtschaftssystem ist keine wirtschaftliche, sondern eine weltanschauliche Frage.) Vershofen geht dann auf die Leistung und Bedeutung des Handels jenseits der reinen Vermittlerfunktion ein, die er gegenüber Verbrauchern wie Erzeugern einnimmt, aktiv in der Gestaltung des gesamtwirtschaftlichen Geschehens. Die Stellung des Händlers zum Gedanken der Planmäßigkeit des Wirtschaftens wird als keineswegs rein verneinend gekennzeichnet. In der Erkenntnis seiner Aufgabe gegenüber dem Verbraucher, der sachliche, warenkundliche Beratung und Unterrichtung braucht und vom ernsten Fachhandel verlangt, und in der gemeinschaftlichen Erfüllung seiner Einkaufsfunktion, die erleichtert und verbessert wird durch das selbstgeschaffene Instrument der Einkaufsgenossenschaften, liegen die Hauptfaktoren einer Entwicklung, die extrem individualistisch-liberalistischen Händlergeist überwinden, ja ausschließen und zur sinnvollen Ordnung der Gesamtwirtschaft wesentlich beitragen kann.

Grundsätzliches zur Neuordnung im Eisenhandel.

R. Scheer-Hennings. Stahl und Eisen Jg. 53 (1933) Nr. 49 S. 1273/75 1 Abb. Der Führer des Bundes deutscher Eisenhändler legt die Grundsätze dar, die für die Neuordnung des deutschen Eisenhandels maßgebend sind. Der Forderung der freien Eisenhändler auf völlige Beseitigung des Werkhandels konnte nicht stattgegeben werden. - Gebietseinteilung und Aufbau der Organisation des gesamten deutschen Eisenhandels (Groß- und Einzelhandel). - Verantwortlichkeit der Gebiets-Fachgruppenführer für die Marktregelung; Grundsätzliches zur Preisgestaltung. Bedeutung der einheitlichen Gesamtorganisation des Handels für den Eisenhandel.

The role of finance and accountancy in the management of large business combines. F. R. M. de Paula, F. C. A. The Accountants' Journal (London E. C. 1, 41 Moorgate) Bd. 51 Nr. 609 (Jan. 34) S. 676/87.

Zusammenfassende Betrachtung der organisatorischen Eingliederung der Finanzverwaltung und des Rechnungswesens in die Betriebsführung großer Konzerne; der Verfasser kennzeichnet die Besonderheiten und Schwierigkeiten bei kombinierten Großunternehmen und entwickelt die allgemeinen Grundsätze für die geeignete Gestaltung der notwendigen umfassenden Organisation.

Wandlung der technischen Anzeige. K. Langenbacher VDI. "Die Anzeige" Jg. 10 (1934) H. 1 S. 44/47 8 Abb.

An eindrucksvollen Beispielen zeigt der Verfasser den Wandel, den die technische Anzeige seit 1924 erfahren hat. Der Wandel der technisch-wirtschaftlich-sozialen Grundauffassungen, der allgemeinen Einstellung zur Technik und zum Problem Mensch: Maschine findet auch in der technischen Anzeige seinen Niederschlag. Ihre künftige Entwicklungsrichtung im Einklang mit der neuen Ingenieurgesinnung wird gekennzeichnet.

INDUSTRIELLER VERTRIEB

UNTER MITWIRKUNG DER FACHGRUPPE VERTRIEBSINGENIEURE BEIM VDI

Die Gemeinschaftsreklame in der Praxis

Der Rationalisierungsgedanke hat auch auf die Werbeverfahren seinen Einfluß ausgeübt. Für viele Zweige der deutschen Wirtschaft bedeutet der in einer Gemeinschaftsreklame seinen Ausdruck findende Zusammenschluß von gleichen oder einander nahestehenden Betrieben eine Möglichkeit zur erhöhten Werbung bei verhältnismäßig geringen Kosten.

Unter Gemeinschaftsreklame versteht man die von einer Mehrheit rechtlich und wirtschaftlich völlig selbständiger Betriebe geführte Reklame für die gemeinsamen Artikel und Leistungen aller beteiligten Betriebe. Sie steht im Gegensatz zur Einzelreklame, die lediglich für das Erzeugnis eines bestimmten Betriebes wirbt und von diesem allein organisiert wird. Es soll hier untersucht werden, in welcher Weise bisher in Deutschland Gemeinschaftsreklame getrieben wurde, welcher organisatorischer Maßnahmen es zu ihrer Durchführung bedarf, und welchen Umfang sie angenommen hat.

Organisatorische Voraussetzungen

Die Gemeinschaftsreklame wirbt für das Produkt einer gesamten Branche oder einer Mehrheit von Betrieben und versucht, einen Mehrverbrauch (z. B. von Milch, Zucker, Elektrizität usw.) herbeizuführen.

Erste Voraussetzung hierzu ist die Bildung der Gemeinschaft selbst. Da im Anfangsstadium der Gedanke einer Gemeinschaftsreklame zunächst immer nur von einem engen Kreis von Betrieben vertreten werden kann, ist es deren Aufgabe, möglichst die Gesamtheit der Branche zu einer Gemeinschaft zu vereinigen. Das stößt in vielen Fällen auf so bedeutende Schwierigkeiten, daß nur ein geringer Anteil in Aussicht genommener Gemeinschaftsreklamen auch tatsächlich durchgeführt wird.

Um die Möglichkeiten des Zusammenschlusses zu einer Gemeinschaft zu prüfen, wird in den meisten Fällen ein "Vorbereitender Ausschuß" gebildet. Dieser setzt sich aus Vertretern der für eine Gemeinschaftsreklame in Betracht kommenden Betriebe zusammen. Er hat die ersten Verbindungen zu andern an einer Gemeinschaftsreklame interessierten Betrieben anzuknüpfen und ihnen gegenüber die Vorteile der Gemeinschaftsreklame zu vertreten. Der Vorbereitende Ausschuß hat auch in den Grundgedanken die Bestimmungen des zukünftigen Gemeinschaftsvertrages festzulegen.

Hat die Arbeit des Vorbereitenden Ausschusses zu dem Entschluß geführt, für die gemeinsamen Artikel bzw. Leistungen einer Mehrheit von Betrieben gemeinschaftliche Reklame zu treiben, so ist der nächste Schritt die Bildung der Gemeinschaft selber. Sie kann sich entweder lediglich auf schriftliche Vereinbarungen stützen oder aber die Beteiligten durch vertragliche Bindungen auf längere Zeit zur Zugehörigkeit zur Gemeinschaft verpflichten. Auf diese Weise entstanden die die Interessen eines ganzen Wirtschaftszweiges vertretenden Ausschüßse: Reichsausschuß zur Förderung des Seefischverbrauchs, Reichsausschuß zur Förderung des Milchverbrauchs, Zentralausschuß für deutsche Schmuckkultur, Reichsausschuß für Sachwerterhaltung durch Anstrich G. m. b. H. und andere. Eine Reklamegemeinschaft, deren Mitglieder weniger streng gebunden sind, stellte die nach der seinerzeit schon einmal erfolgten Aufhebung der Sektsteuer für den Sektverbrauch gemeinsam werbende Gemeinschaft sieben deutscher Sektfirmen dar: Burgeff Grün, Deinhard Kabinett, Henkell Trocken, Kupferberg Gold, MM Müller Extra, Schultz Grünlack, Söhnlein Rheingold.

In der Regel wird nach erfolgreichem Arbeiten des Vorbereitenden Ausschusses dessen Tätigkeit durch eine "Ständige Werbestelle" fortgesetzt. Ihr steht ein beratender Ausschuß zur Seite, der sich aus Vertretern aller an der Gemeinschaftsreklame beteiligten Betriebe zusammensetzt. Die Lösung werbetechnischer Fragen ist die Hauptaufgabe der ständigen Werbestelle; der Umfang der zu

führenden Gemeinschaftsreklame, deren Intensität und periodischer Rhythmus sind von ihm festzusetzen. Von der richtigen Wahl der Werbeverfahren und dem Reklameentwurf selbst hängt der Erfolg der Gemeinschaftsreklame in großem Maße ab.

Alle Beteiligten haben zwecks fin an zieller Sicherstellung des Unternehmens einen Beitrag abzuführen, dessen gerechte Festsetzung auf Schwierigkeiten stößt, da der für einen bestimmten Betrieb auftretende, der Gemeinschaftsreklame zuzuschreibende Erfolg schwer bestimmbar ist. Es findet sich oft eine Staffelung der Beiträge gemäß dem Umsatz der Beteiligten. Selbst bei einer mit großem Erfolg durchgeführten Gemeinschaftsreklame kann es sich bei den zu leistenden Beiträgen um sehr geringe Summen handeln.

Häufig werden die bei vielen Gemeinschaftsreklamen verwandten Markenzeichen benutzt, um bei deren Vertrieb gleichzeitig die Beiträge für die Gemeinschaft einzuziehen. Der Überschuß des Verkaufspreises der auf die Waren anzubringenden oder in der Außenreklame zu verwendenden Markenzeichen über die Herstellungskosten stellt oft den zu entrichtenden Beitrag dar. Die Gemeinschaftsreklame wird zumeist im Kampf einer Branche gegen die andere geführt. Die Bedingungen sind namentlich in der Nahrungsmittelindustrie besonders günstig, da hier ein Bedürfnis durch mehrere Güter befriedigt werden kann. Kaffee, Tee, Kakao und Milch werben um den Verbraucher und stehen einander gegenüber; gleichfalls Fleisch und Fisch, Schokolade und andere Süß- und Backwaren. Das gleiche zeigt sich aber auch in andern Industriezweigen. Zum Beispiel sucht der Stahl sich dem Beton, im Schuhhandel das Bodenleder dem Gummi gegenüber als besser zu erweisen. Hier ist die Gemeinschaftsreklame das Mittel, um aufklärend zu arbeiten und eine bessere Wirkung zu erzielen als jede Einzelreklame. Aber nicht nur im Kampf einer Branche gegen die andere tritt die Gemeinschaftsreklame auf, sie versucht auch, den Umsatz irgendeines Gutes zu heben, ohne dadurch eine andere Branche zu schädigen (vgl. die Gemeinschaftsreklame der Schmuckwarenindustrie).

Praktische Beispiele

Eine Übersicht über einige der bisher in Deutschland durchgeführten Gemeinschaftsreklamen gibt Aufschluß darüber, in welchen Branchen sich bisher die Gemeinschaftsreklame durchsetzte.

Sehr intensiv wurde sie für den Fisch, namentlich für den Seefisch, aufgezogen: "Eßt Fisch, dann bleibt Ihr schlank, gesund und frisch" bzw. "Heut gibts Karpfen", welch letztere Gemeinschaftsreklame sich auf den Süßwasserfisch bezieht. Für das Obst sucht man durch das Motto: "Eßt Früchte und Ihr bleibt gesund" zu werben, eine Reklame, die anscheinend nur von einer großen Obstgroßhandelsgesellschaft durchgeführt wird, dennoch aber die Wirkung einer Gemeinschaftsreklame hat. Mit der Gemeinschaftsreklame des deutschen Wein baues: "Trinkt deutschen Wein" werden zwei Ziele verfolgt: die Mahnung, keinen fremden, sondern einheimischen Wein zu trinken, wird mit der Aufforderung verbunden, mehr Wein überhaupt zu verbrauchen.

In der gleichen Richtung liegt die für Blumen geführte Reklame: "Blumen zu jedem Fest, kauft deutsche Blumen".

Sehr stark wird in Form der Gemeinschaftsreklame für die Milch geworben: "Mehr Milch" wird hier als Mahnruf verwandt.

Die von der "Wirtschaftlichen Vereinigung der deutschen Zuckerindustrie" veranstaltete Werbung für den Zucker arbeitet mit dem Motto: "Am Zucker sparen, grundverkehrt, der Körper braucht ihn, Zucker nährt". Diese Vereinigung umfaßt sämtliche Betriebe der Zuckerindustrie, sowohl die Rüben verarbeitenden Betriebe als auch die Raffinerien. Sie ist also vertikal organisiert. In ge-

meinschaftlicher Form wurde auch für die Gelatin e geworben. Man schlug dabei Rezepte für Gelatine enthaltende Speisen vor und wies vor allem auf den hohen Eiweißgehalt der Gelatine hin.

In ähnlicher Weise wird auch jetzt noch die Verwendung des Kandis in einer Gemeinschaftsreklame empfohlen, indem man ihn namentlich als vorteilhaft für das Teesüßen hinstellt. Diese Gemeinschaft bedient sich zur Kenntlichmachung ihres Artikels keines Markenzeichens, sondern vertreibt den Kandis immer in blauen Packungen.

In den bisher genannten Fällen lagen wegen der Natur der propagierten. Erzeugnisse zumeist horizontal organisierte Gemeinschaften vor, die für irgendeine Ware der Nahrungsmittelbranche warben. In der Tat liegt hier ein bedeutendes Wirkungsfeld gemeinschaftlicher Reklame, da sie an die Vernunft des letzten Verbrauchers appelliert und ihn zu einer Änderung seiner bisherigen Lebensgewohnheiten zu bewegen versucht.

Aber auch in andern Industriezweigen hat die Gemeinschaftsreklame Erfolge gezeigt. Für den Stahl wirbt die "Beratungsstelle für Stahlverwendung", die durch Beiträge von an der Stahlverwendung interessierten Betrieben erhalten wird. Hier liegt eine im Kampf gegen eine konkurrierende Branche durchgeführte Gemeinschaftsreklame vor. Man versucht mit dem Stahl andere Werkstoffe zu verdrängen. Der Stahl wird propagiert im Automobilbau für die Karosserie, man sucht die Vorteile der Stahlhäuser herauszustellen, selbst in die Möbelindustrie ist der Stahl durch den Bau von Stahlmöbeln eingedrungen. Die Propagierung dieses Werkstoffs konnte nur auf Grund einer Werbetätigkeit durchgeführt werden, an der sich die ganze Wirtschaftsgruppe oder ein großer Teil der in Frage kommenden Firmen beteiligte. Es ist interessant zu verfolgen, in welcher Weise die Tätigkeit der Beratungsstelle für Stahlverwendung in den Krisenjahren 1930/31 den auf die Krise zurückzuführenden Rückgang des Stahlskelettabsatzes gehemmt hat. Die Gegenüberstellung der Kennzahlen für den Stahlskelettabsatz und den Zementabsatz ergibt für die Jahre 1928 bis 1931 folgendes Bild:

Absatz von	1928	1929	1930	1. Halbjahr 1931
Stahlskelett Zement	100 100	94 167	70 155	49

Auffallend ist der geringe Rückgang des Stahlabsatzes von 70 auf 49, während der Zementabsatz von 155 auf 64 abnahm, ein Ergebnis, das z. T. auf die gemeinschaftliche Werbearbeit der Stahlindustrie für diese Verwendung des Stahls zurückzuführen ist.

Der Reichsverband der deutschen Aluminium in ium industrie setzte jetzt wieder mit seiner Gemeinschaftsreklame für das Aluminium ein, nachdem ein früher begonnener Versuch abgebrochen werden mußte. Vor einigen Jahren scheiterte die Werbung für die Verwendung des Aluminiums zur Topfherstellung an dem Vorhandensein unzähliger Größen und Formen. Erst nach der Verwendung der DIN-Normen auch in dieser Branche war die Voraussetzung für eine wirkungsvolle Gemeinschaftsreklame der Aluminiumindustrie gegeben, und man erzielte mit ihr dann auch einen großen Erfolg.

Die für den Gebrauch elektrischer Kraft aufgezogene Gemeinschaftsreklame ist wieder ein Beispiel einer vertikalen Gemeinschaftsorganisation. Die Beteiligung an dieser Reklame ("Elektrizität in jedem Gerät" mit den Abwandlungen "Elektrizität im Bügelgerät", ". im Koch- usw. -gerät") ist sehr umfassend. Die öffentlichen und gemischtwirtschaftlichen Strom erzeugenden Betriebe arbeiten mit den Einzelfirmen und Verbänden der Geräte, elektrische Anlagen, Zähler usw. erzeugenden Industrie sowie mit Installateuren, Groß- und Einzelhandel Hand in Hand, um die Elektrizität in jeden Haushalt und Betrieb hineinzutragen.

Anderseits wird aber auch für das Gas heftig die Werbetrommel in Form der Gemeinschaftsreklame gerührt. "Alles mit Gas", "Koche mit Gas", "Brate mit Gas" usw. sind Schlagworte, die in Anzeigen, Plakaten an An-

schlagsäulen, in den Verkehrsmitteln, auf Rechnungen und Drucksachen immer wieder wiederholt werden. Hier ist die Organisation eine ähnlich vertikale wie bei der für die Elektrizität werbenden Gemeinschaftsreklame. Von einer der Brennstoffindustrien wird auch in der jüngsten Zeit stark für Ruhr-Anthrazit-Eierform briketts mit Erfolg gemeinschaftlich geworben.

Eine sehr schwierige, aber dennoch nicht erfolglose Gemeinschaftsreklame führte die Schmuckwaren in dustrie durch, als die Mode zur einfachen, schlichten Linie aufrief und das Tragen von Schmuck unmodern wurde. Hier suchte die deutsche Schmuckindustrie an die Eitelkeit der Weiblichkeit zu appellieren und riet ihr mit allen Werbemitteln: "Trage Schmuck, Du gewinnst."

Ebenso erstrebte die Pelzindustrie einen erhöhten Umsatz durch eine Gemeinschaftsreklame, die von den Kürschnerinnungen unterstützt wurde. So wurde der Pelz auch im Sommer als kleidsames und kühlendes Kleidungsmittel hingestellt: "Tragt Pelze auch im Sommer". In der Tat ließ sich die Mode durch diese Werbung wirksam beeinflussen.

Von Bedeutung ist auch die vom Verband deutscher Leinen webereien durchgeführte Gemeinschaftsreklame für das "Reine Leinen", die gleichfalls die Moderichtung der jüngsten Zeit mit Erfolg beeinflussen konnte. Auch hier suchte man in gemeinschaftlicher Arbeit für ein hochwertiges Produkt zu werben, dessen Stellung auf dem Markt seitens der Substitutions- und Surrogatgüterindustrien angegriffen wurde. Die Schirmindustrie als ein Industriezweig, dessen Produkt die Gunst des Publikums wegen des Vordringens regensicherer Schutzkleidung ganz zu verlieren schien, wandte sich dagegen mit einer das Motto: "Jeder braucht einen Regenschirm" anwendenden Gemeinschaftsreklame.

Alles in allem scheint der Gedanke einer Zusammenarbeit der Betriebe in der Reklame an Bedeutung zu gewinnen. Die größere Wirksamkeit der Gemeinschaftsreklame im Zusammenhang mit den geringeren Kosten gegenüber der Einzelreklame läßt diese Form der Beeinflussung des Marktes immer weiteren Raum einnehmen. Zu berücksichtigen sind aber immer die beschränkten Möglichkeiten der Gemeinschaftsreklame, die nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen mit Erfolg durchgeführt werden kaun. Hierauf und auf andere Probleme der Gemeinschaftsreklame ist an anderer Stelle einzugehen. H. N. [1910]

Inhalt	Seite
Aufsatzteil:	
Ständischer Aufbau und Kartellierung. Von Reg. Rat a. D. Rudolf Ott Betriebswirtschaftslehre und Gesamtwirtschaft. Von Prof. Dr.	33
Betriebswirtschaftslehre und Gesamtwirtschaft. Von Prof. Dr.	36
Carl Ruberg	90
thal Von Dr. E. Schneider	39
Okonometrische Forschung. Von Dr. E. Schneider Saisonkredite für die Industrie. Von Wirtschaftsprüfer	42
Dr. Ing. Guido Prachtl Die Größe des deutschen Kredithedarfs	43
Die Größe des deutschen Kreditbedarfs	44
Archiv für Wirtschaftsprüfung:	
Die Begutachtung der Kreditfähigkeit eines Unternehmens.	
Von Wirtschaftsprüfer Dr. Ing. Werner Grull VDI Wirtschaftsdynamik: Von Dr. Ing. Otto Bredt	45
Wirtschaftsberichte:	41
Die deutsche Wirtschaft Mitte Januar 1934. Von DrIng.	
Otto Bredt	49
Wirtschaftskennzahlen	51
Konien bergban	52
Eisen- und Stablindustrie	52
Elektrotechnische Industrie	53
Zementindustrie	54
Zementindustrie Tabakindustrie	55
Wirtschaftsrecht:	
Die Änderungen im Zivilprozeßverfahren	55
Weitere Erleichterungen hei Gehührenzahlungen für gewerbliche	
Schutzrechte	56
Schutzrechte Berufsbezeichnung "Wirtschaftsprüfer"	57
Literaturnachweis;	
Wirtschaftswissenschaft und -politik	. 57
Wirtschaftsprüfung	. 59
Industrie und Handel	. 59
Organisation	. 59
Geld, Bank- und Börsenwesen	
Einkauf	
Kartellwesen	61
Technik und Recht	
Sozialpolitik Aus andern Zeitschriften	62
Aus andern Zeitschriften	62
Die Gemeinschaftsreklame in der Praxis	
Die Gemeinschaftsfeklame in der Frans	63